

中国报导

CHINA
REPORT



NR.: 26/1975 - 27/1976

中国报导

CHINA- REPORT

INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5 Peter J. Opitz, München
PAUSE ODER PERMANENZ DER REVOLUTION ? - Zur innenpolitischen
Entwicklung in der VR China nach der Kulturrevolution
- Seite 19 Gerd Kaminski, Wien
NEUE ASPEKTE DER CHINESISCHEN HALTUNG ZUM GEWALTVERBOT
- Seite 30 Soichiro Inukai, Tokio
ÜBER DEN GESAMTSTAND VON KRAFTFAHRZEUGEN IN DER VR CHINA
- Seite 38 Harry Sichrovsky, Wien
CHINA-SEMINAR IN AFRIKA
- Seite 40 Li Chao, Peking
ZUR PREISSTABILITÄT IN CHINA
- Seite 42 Zheng Rui, Peking
DIE SOZIALE BETREUUNG CHINESISCHER ARBEITER- UND ANGESTELLTEN-
FAMILIEN
- Seite 45 CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR CHINA-FORSCHUNG

Tuchlauben 8/1, 1010 Wien, Tel.: 63 04 76

EHRENPRÄSIDENT:

Dr. Alfred MALETA
Präsident des Nationalrates a.D.
Präsident der Polit. Akademie

Prof. Dr. Eduard MAYER
Vizepräsident der Polit. Akademie
Univ. Lektor der Joh.-Kepler-
Universität Linz

Adalbert R. KOPEJTKO
Leiter der Zweigstelle des ÖCF
in Innsbruck

VORSTAND:

Vorsitzender:

DDr. Bruno PITTERMANN
Vizekanzler a.D.
Präsident der Sozialistischen
Internationale

Professor Vivien PICK
Lektorin für die chinesische
Sprache an der Univ. Wien und
der Diplomatischen Akademie

Dr. Herb J. PINDUR
Sektionschef im Bundesministerium
für Gesundheit und Umweltschutz

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Franz MADI
Vorsitzender des Instituts für
Übersee der Österreichischen
Jungarbeiterbewegung

Peter SCHIEDER
Amtsführender Stadtrat, Mitglied
der Wiener Landesregierung

Dipl. Ing. Josef RESCHEN
Gemeinderat, Geschäftsführer
der Zweigstelle Salzburg der
ÖGCF

Generalsekretär:

Dr. Gerd KAMINSKI
Lehrbeauftragter an der Uni-
versität Wien

KURATORIUM:

Präsident:

Leopold GRATZ
Bürgermeister von Wien

Dr. Stephan RADINGER
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Herbert SALCHER
Landeshauptmann-Stellvertreter,
Tirol

Dr. Herbert SCHOELLER
Gesellschafter des Bankhauses
Schoeller & Co

Vizepräsidenten:

Dr. Bruno BUCHWIESER
Präsident der Öst. Jungarbeiter-
bewegung

Dr. Wolfgang SCHÜSSEL
Geschäftsführender General-
sekretär des Öst. Wirtschafts-
bundes

VORSTANDSMITGLIEDER:

Karl BLECHA
Zentralsekretär der SPÖ
Abgeordneter zum Nationalrat

Ing. Wilhelm HRDLITSCHKA
Präsident der Kammer für Arbeiter
und Angestellte für Wien und des
Österr. Arbeiterkammertages a.D.

Red. Harry SICHROVSKY
ORF

Helmuth BRAUN
Landtagsabgeordneter, Zentral-
sekretär der Gewerkschaft der
Privatangestellten

Minister a.D. Dr. Alois MOCK
Bundesobmann des ÖAAB

Dipl.-Volkswirt Herbert TIEBER
Kabinett des Bundesministers
für Handel, Gewerbe und Industrie

Dr. Peter FITZ
Asienreferent der handelspoli-
tischen Abteilung der Österr.
Bundeswirtschaftskammer

Kuratoriumsmitglieder:

Dr. Dietmar BACHMANN
Landtagsabgeordneter, Tirol

Univ. Prof.
Dr. Dr. h. c. mult. Alfred VERDROSS

DDr. Franz J. HASLINGER
Generalkonsul a.D.
Vorsitzender des China-Ausschusses
der Öst. Industriellenvereinigung

Dr. Franz BAUER
Abgeordneter zum Nationalrat,
Landesparteiobmann d. ÖVP, Wien

o.HS.-Prof. Dr. Karl WAGNER
Gemeinderat, Vorsitzender der
Zweigstelle Salzburg der ÖGCF

Johann HATZL
Abgeordneter zum Nationalrat
Verbandsobmann der SJ Österreichs

Dr. Wolfgang BLENK
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Walter WAIZER
Direktor, Tyrolit-Schleifmittel-
werke

Magister Josef HÖCHTL
Abgeordneter zum Nationalrat
Bundesobmann der Jungen ÖVP

Dr. Erhard BUSEK
Abgeordneter zum Nationalrat,
Generalsekretär der ÖVP

Dr. Norbert WITTMANN
Kulturstadtrat, Wr. Neustadt

Dr. Franz KARASEK
a.o. Gesandter und bev. Minister
Abgeordneter zum Nationalrat
Außenpolit. Sprecher der ÖVP

Franz Henkel
Gemeinderat, Salzburg

Univ. Prof. Dr. Felix Ermacora

Rechnungsprüfer:

Alois HIESS, Klaus SAMLICKI

DDr. Fritz KÖNIG
Abgeordneter zum Nationalrat

Dir. Dipl. Ing. Dr. Hans KETTL
Gemeinderat, Salzburg

Walter HEINZINGER
Bundesrat
Generalsekretär des ÖAAB

Das von der Gesellschaft betriebene
ÖSTERREICHISCHE CHINA-FORSCHUNGS-
INSTITUT:

Wissenschaftliche Leitung:

Dr. Gerd KAMINSKI
Else UNTERRIEDER, Dipl. rer. pol. (Berlin)

Peter J. Opitz, München

PAUSE ODER PERMANENZ DER REVOLUTION?

Zur innenpolitischen Entwicklung in der VR China nach der Kulturrevolution

China kommt nicht zur Ruhe - und nach maoistischer Ansicht ist das auch gut so und kann gar nicht anders sein. Denn das Land befindet sich noch in der Geschichtsperiode des Sozialismus, und diese ist geprägt durch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe und dauert, wie schon Lenin feststellte und wie Mao später wiederholte, eine ziemlich lange Zeit. Es begann mit dem mysteriösen Ableben des designierten Mao-Nachfolgers Lin Piao und der bald darauf einsetzenden Anti-Lin, Anti-Konfuzius Kampagne, die sich aber wiederum weniger gegen den verstorbenen Marschall Lin zu richten schien. Weitere Anzeichen für innenpolitische Aktivitäten lieferten zudem umfassende Rehabilitierungen von Kadern, die während der Kulturrevolution in Ungnade gefallen waren, Revirements in den oberen Befehlsrängen der Armee sowie offensichtliche Einbußen am Einfluß der kulturrevolutionären Linken. Anlaß zur Verwunderung und Spekulation bot aber auch das Fehlen Mao Tse-tungs auf dem IV. Nationalen Volkskongress und seine ostentative Schweigsamkeit hinsichtlich der neuen Verfassung. Bildete sie tatsächlich, wie manche China-watchers vermuteten, das "Testament Mao Tse-tungs¹? Bestätigung fanden diese Spekulationen über die Unzufriedenheit Mao Tse-tungs mit dem Gang der Dinge in China durch die im Frühjahr 1975 ausgelösten Diskussionen über die "Diktatur des Proletariats", die Shui-hu-chuan-Kampagne und die zu Beginn dieses Jahres sich erhellenden Debatten über die richtige Bildungspolitik. Daß der Tod Chou En-lais kaum dazu beitragen würde, die innenpolitischen Entwicklungen in ruhigere Wasser zu lenken, dürften selbst ungeschulte Beobachter der chinesischen Szene nicht er-

wartet haben; daß Teng Hsiao-ping, gerade erst wie ein Phönix aus der Asche seiner kulturrevolutionären Verdammung aufgestiegen, aber so schnell in Bedrängnis geraten und fallen würde, hätten selbst Kenner nicht vorherzusagen gewagt.

Geht die Revolution weiter oder strandet sie nun auch in China an den Klippen neuer Individual- und Gruppeninteressen? Zur Beantwortung dieser Fragen soll im folgenden der Versuch unternommen werden, die wichtigsten Phasen und Entwicklungstendenzen seit der Kulturrevolution zu erhellen.

Vom Ende und Erbe der Kulturrevolution

Chou En-lai selbst war es gewesen, der in seinem "Bericht über die Tätigkeit der Regierung" zur Eröffnung des 4. Nationalen Volkskongresses (4.NVK) die Kulturrevolution (KR) als das "größte und bedeutendste Ereignis im politischen Leben der Volksmassen aller Nationalitäten"² Chinas seit dem 3.NVK feierte und die wichtigen Erfahrungen hervorhob, die dieses Ereignis vermittelt hatten. Kurz zuvor schon hatte das offizielle Parteiorgan Hung-ch'i (Rote Fahne) einen längeren Katalog jener "sozialistischen neuen Dinge"³ aufgeführt, die seit der KR entwickelt worden waren und zugleich zu ihrer Weiterentwicklung aufgerufen.

Besondere Erwähnung fanden dabei die Umgestaltungen im Erziehungssystem, die Abwanderung von Medizinern aufs Land, die wachsende Zahl von "Barfuß-Ärzten" und die Bildung von Revolutionskomitees, um nur einige zu nennen.

Inzwischen mußten auch außerhalb Chinas jene Deutungen revidiert werden, zumindest teilweise, die in der KR vornehmlich ein gigantisches happening ideologischer Fanatiker oder einen nackten Machtkampf gesehen hatten. Doch auch bei Würdigung der politischen Errungenschaften - etwa die Korrektur der Verformungen der chinesischen Macht- und Gesellschaftsstruktur oder die Entwicklung von Ideen und Institutionen, mit denen ähnliche Entgleisungen in Zukunft erschwert werden können - kann nicht das übersehen werden, das ebenfalls durch die KR hinterlassen wurde.

Vor allem zwei Probleme waren es, die auf das Konto der KR gingen: die Zerschlagung der alten Partei und das Vordringen der Armee an die Schaltstellen der politischen Macht. "Als der 9. Parteikongreß schließlich im April 1969 zusammentrat, um den Epilog zur KR zu schreiben", resümierte Ellis Joffe, einer der aufmerksamsten westlichen

Beobachter der VBA, "war es eher die Volksbefreiungsarmee (VBA) als die Partei, die die meisten Schlüsselstellungen der Macht besetzt hielt."⁴ Die Durchleuchtung der politischen Entscheidungsorgane der VRCh bestätigt diese Feststellung: Während von den insgesamt 170 Mitgliedern des Zentralkomitees und von den alternierenden 109 Mitgliedern jeweils mehr als ein Drittel Militärs waren, besetzte die VBA im 25-köpfigen Politbüro sogar mehr als die Hälfte aller Sitze. Die Situation in den Provinzen sah kaum anders aus: Von den Vorsitzenden der insgesamt 29 Revolutionskomitees rekrutierten sich 21 aus der Armee und von den 250 stellvertretenden Vorsitzenden nochmals ein knappes Drittel.⁵

Das Bild änderte sich auch nicht, nachdem der Aufbau der Parteikomitees in den Provinzen im August 1971 abgeschlossen war. Im Gegenteil, der Verstoß gegen die alte Regel Mao Tse-tungs, derzufolge die Partei die Gewehre kommandiert, war noch eklatanter geworden; die Armee hatte noch mehr Positionen politischer Macht erobert. Berücksichtigt man zudem das hohe Ansehen, das die VBA bei der chinesischen Bevölkerung genoß, ihre großen administrativen Fähigkeiten sowie die Tatsache, daß vor allem sie es war, die den Wiederaufbau der Partei kontrollierte, so ist evident, daß das Machtgleichgewicht zwischen Partei und Armee empfindlich gestört war und Mao Tse-tung große Sorgen bereitet haben muß. Sicherlich war die VRCh damit noch keine Militärdiktatur geworden, wie einige Beobachter meinten; die Lin Piao-Affäre zeigte jedoch bald, daß das Land auf dem besten Wege dahin war.

Der Aufstieg und der Fall

Mit der Macht der Armee, die spätestens seit ihrem Eingreifen in die KR gegen Ende Januar 1966 zahlreiche Bereiche des öffentlichen Lebens in China zu kontrollieren begann, war auch die Macht Lin Piaos gewachsen.⁶ Seit 1958 auf dem Posten des kurz zuvor wegen Mao-Kritik entlassenen Verteidigungsministers P'eng Teh-huai, hatte Lin sogleich damit begonnen, die Armee nach maoistischen Vorstellungen zur reorganisieren - und das hieß vor allem: zu politisieren. Während der KR von allen Publikationsorganen als "engster Waffengefährte" Maos hochstilisiert, hatte Lin seine eigene Position immer mehr aufgebaut. So stieg nicht nur seine Frau Yeh Ch'un auf den 24. Platz in der offiziellen Hierarchie auf; es gelang ihm auch, eine

Gruppe ihm ergebener Offiziere in den wichtigen Ausschuß für militärische An-
gelegenheiten einzuschleusen.

Die namentliche Erwähnung Lins als designierten Nachfolger Mao Tse-tungs, bedeutete somit für niemand, in und außerhalb Chinas, eine Überraschung. Zwar konnte man seine Eignung infrage stellen - daß der Marschall jedoch, einmal abgesehen von seinen jüngsten Meriten als einer der Mitbegründer der VBA, als Veteran des 'Langen Marsches', als erfolgreicher General im chinesisch-japanischen Krieg und im anschließenden Bürgerkrieg über alle formalen Qualifikationen eines potentiellen Nachfolgers Mao Tse-tungs verfügte, war unbestritten. Nichts deutete in den folgenden Jahren auf eine Gefährdung seiner Position hin, und bis tief in den Herbst 1971 hörten die chinesischen Zeitungen nicht auf, ihn als "leuchtendes Vorbild"⁷ des ganzen Landes zu feiern. - Erst im Winter 1971, nachdem Lin Piao einige Monate lang nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten war, setzten Gerüchte ein, denen zufolge er am 13. September nach einem mißglückten Putschversuch auf der Flucht in die Sowjetunion tödlich verunglückt sei. Nicht nur bestätigten bald chinesische Politiker - darunter Mao Tse-tung selbst - diese Gerüchte;⁸ im Sommer 1974 wurden außerhalb Chinas Dokumente veröffentlicht, die das "Projekt 571" - den angeblichen Putschplan der Lin-Gruppe - enthielten.⁹ Zwar enthielten diese Dokumente nicht den Schlüssel zu den Ereignissen, die in der Nacht zum 13. September mit dem Absturz des Trident Jet in der Nähe der mongolischen Stadt Undur Khan ihren Abschluß gefunden hatten; zusammen mit anderen Informationen trugen sie jedoch wesentlich dazu bei, sie zu erhellen.

Welches waren die Ursachen, die zum Putsch und Sturz des scheinbar so erfolgreichen Marschalls geführt hatten? Daß seine links-extreme Politik, vor allem aber das von ihm begünstigte Vorrücken der Armee in die Politik ihm nicht gerade die Sympathien des Partei Establishments um Chou En-lai eingebracht hatte, dürfte Lin Piao von Beginn an klar gewesen sein. Ein wenig politisches Fingerspitzengefühl vorausgeschickt, konnte es ihm auch nicht lange verborgen geblieben sein, daß auch auf das Vertrauen Mao Tse-tungs Schatten gefallen waren. Die Gründe dafür waren sicher nicht schwer zu erraten:¹⁰ die Art und Weise, in der Lin Piao die Partei "gesäubert" und geschwächt hatte, spielte

dabei ebenso eine Rolle, wie die Verschleppung ihres Wiederaufbaus, der ihm anvertraut worden war. Hinzu kamen die wachsende Macht und Arroganz des Militärs, über die sich Mao Tse-tung wiederholt mißfällig geäußert hatte. Lin mußte den Vertrauensverfall spätestens im Frühjahr 1970 gespürt haben, als Mao sich dezidiert für die Streichung des Staatspräsidenten-Amtes im neuen Verfassungsentwurf aussprach und ebenso nachdrücklich sein eigenes Desinteresse an diesem Amt bekundete.¹¹ Die Konsequenzen, die sich für Lin aus diesen Schritten ergaben, waren evident: Statt - wie erhofft - selbst die Nachfolge Maos als Staatspräsident antreten zu können oder einen ihm ergebenen Mann in dieses Amt zu schleusen, blieb ihm nur noch der Posten des Parteivorsitzenden, dem die Macht Chous als Ministerpräsident die Waage hielt. Sofern sich Lin zu diesem Zeitpunkt aber noch über das Ausmaß des Mißtrauens Maos getäuscht hatte, mußte ihm der Eklat, zu dem es im Herbst 1970 auf einer Plenarsitzung des ZK in Lushan kam und die Ereignisse, die ihm bald darauf folgten, den Ernst der Lage klar gemacht haben.

Vieles deutet freilich darauf hin, daß Lin Piao diese Lage schon erkannt hatte und sein Aktionsplan auf dem Plenum selbst schon ein Akt der Verzweiflung oder zumindest eine Flucht nach vorn darstellte. In einem "Überraschungsangriff" - wie Mao Tse-tung es später nannte - traten sieben hohe Militärs sowie Ch'en Po-ta, der langjährige Sekretär Maos und ein Repräsentant der kulturevolutionären Linken, nicht nur für die Beibehaltung des Staatspräsidenten-Amtes ein, sondern auch für die konstitutionelle Verankerung einer Formel, die Mao als ein "Genie" (t'ien-ts'ai) pries. Der Versuch scheiterte am energischen Widerstand Mao Tse-tungs. Aber hatte dieser bislang abwartend reagiert, so ging er nun zum Gegenangriff über: Schon bald darauf forderte Mao Tse-tung in einem "Brief an die ganze Partei" eine Kampagne zur Kritik an Ch'en Po-ta, der kurze Zeit später von der politischen Bühne verschwand; nur wenige Monate später, im Dezember 1970, verlangte er auf einer Sitzung des erweiterten Politbüros in Peitaiho Kritik an und Selbstkritik von den aufmüpfigen sieben "großen Generälen"; und im Januar des folgenden Jahres verfügte er über die Verlegung der Lin-loyalen 38. Armee, der im Sommer 1966, während der Wirren der KR, der Schutz der Militärregion Peking anvertraut worden war. "Steine schleudern",

"Sand einmischen" und die "Mauerecke unterhöhlen" nannte Mao Tse-tung später diese Maßnahmen, mit denen er die Front der Fronte spaltete und zu überstürzten Gegenmaßnahmen provozierte. Ihr Plan: Teile im Süden Chinas sollten mit Hilfe der Luftwaffe in ihre Gewalt gebracht werden, Mao selbst während einer Inspektionsreise einem Attentat zum Opfer fallen. Der Plan der Putschisten scheiterte jedoch ebenso wie die hastige Flucht Lin Piaos in Richtung Sowjetunion.

Daß Lin Piao beabsichtigt haben sollte, gerade in der Sowjetunion Zuflucht zu suchen, stieß anfangs auf Unglauben. Angesichts seiner notorischen Kritik am sowjetischen Kommunismus und seinen Führern erschien dies eher als ein propagandistischer Schachzug seiner Gegner, um ihn bei der Bevölkerung zu diskreditieren. Vergegenwärtigt man sich indes, daß zur selben Zeit Mao Tse-tung und Chou En-lai die Annäherung an die USA in die Wege leiteten - und zwar gegen den Widerstand des Marschalls - so erscheint es als nicht ausgeschlossen, daß Lin Piao stattdessen eine Versöhnung mit den sowjetischen Führern erwog und von ihnen dafür Schützenhilfe oder zumindest Rückendeckung gegen seine innenpolitischen Gegner erhoffte. Und wenig spricht dafür, daß prinzipieller Rigorismus die sowjetischen Führer von einer solchen Allianz abgehalten hätte.¹²

Die Armee

Der Sturz Lin Piaos war in doppelter Hinsicht erfolgreich. Er beendete nicht nur einen dramatischen Machtkampf, sondern beschleunigte zudem jenen zwar weniger dramatischen, aber zweifellos ebenso wichtigen Prozess, der die Armee wieder unter die Kontrolle der kommunistischen Partei bringen sollte. - Ersten deutlichen Ausdruck fand die Erosion der politischen Macht der Armee in den Ergebnissen des 10. Parteitages im Herbst 1973.¹³ Von geradezu symbolischer Bedeutung war hier die Wahl der fünf Stellvertreter des Parteivorsitzenden. Hatte Lin Piao nach dem 9. Parteitag dieses Amt noch allein innegehabt - wahrscheinlich um auf diese Weise seine besondere Nähe zum Parteiführer herauszustellen - so wurde es nun unter fünf Männer aufgeteilt: Nur zwei von ihnen waren Militärs - und sie belegten nicht nur die letzten beiden Plätze, sondern standen zudem eher der Partei nahe.

Ähnlich stark war der Machtrückgang der VBA in den anderen Parteiorganen: Während sie im Politbüro statt mit 10 nun nur noch mit

4 Vertretern vorlieb nehmen mußte, sank ihr Anteil im ZK von 46% auf 23%. Daß unter den neuen Mitgliedern des zahlenmäßig erweiterten ZK besonders viele aus den Provinzen kamen, zeigte, daß sich der Machtverlust der Militärs nicht nur auf deren zentrale Führung bezog, (wo zahlreiche wichtige Positionen nach dem Fall Lin Piaos nicht wieder besetzt worden waren), sondern daß er gleichermaßen die Provinzen betraf.¹⁴

Die eigentliche Schwächung der militärischen Bastionen in den Provinzen ereignete sich jedoch erst einige Monate später: als zur Jahreswende 1974 die Kommandeure von 9 der 11 Wehrbereiche ausgewechselt wurden.¹⁵ Dieser Angriff auf die "unabhängigen Königreiche", die sich mehrere Befehlshaber seit Jahren aufgebaut hatten, vermehrte nicht nur die Macht der Pekinger Zentrale, sondern stabilisierte auch den zivilen Einfluß in den Provinzen. Dabei kann es sowohl als Zeichen politischer Klugheit, wie auch als einen Hinweis auf die Loyalität der Provinzkommandeure gewertet werden, daß sie nicht ihrer Posten enthoben, sondern nur in einem reshuffle in andere Regionen Chinas versetzt wurden.

Der 4.NVK bestätigte die Trends des 10. Parteitagess nicht nur, sondern beschleunigte sie sogar:¹⁶ In keiner der wichtigen Institutionen - weder im Präsidium (218 Mitglieder), noch im Ständigen Ausschuß (73 Mitglieder) - gelang es den Militärs, sich einen wesentlichen Machtanteil zu sichern. Im Ständigen Ausschuß wurde die Zahl ihrer Vertreter auf 10 dezimiert, zu denen keiner der Kommandeure der Wehrbereiche gehört, sondern die alle aus der zentralen Militärführung kamen. Noch deutlicher wurde ihr Anteil an den Staatsämtern beschnitten: So stellen sie mit Ch'en Hsi-lien, dem Kommandeur des Pekinger Militärbezirks, nur noch einen der 12 stellvertretenden Ministerpräsidenten, der ebenso wie der neuernannte Verteidigungsminister Yeh Chien-ying als Vertrauter Chou En-lais galt. Und in noch zwei anderen Besetzungen zeigte sich das Mißtrauen der Partei - in der Ernennung T'eng Hsiao-p'ings zum neuen Generalstabschef und in der Besetzung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit durch einen Zivilisten, den früheren Parteichef von Hunan, der Heimatprovinz Mao Tse-tungs, einen Mann namens Hua Kuo-feng.

Die Partei

Bevor die Partei freilich zu solchen Kraft-

akten fähig war, hatte sie sich darum bemühen müssen, ihr während der KR lädiertes Ansehen, vor allem aber ihre organisatorische Stärke und Geschlossenheit zurückzugewinnen.¹⁷ Denn ohne eine umfassende Konsolidierung wäre sie weder imstande gewesen, den Führungsanspruch gegenüber der Armee durchzusetzen, noch in der Lage, die anstehenden politischen und ökonomischen Probleme zu bewältigen. Begleitet wurde diese Einsicht offenbar von dem Eingeständnis, daß vielen alten Funktionären während der KR Unrecht getan worden war und daß ein Teil eher Opfer eines Machtkampfes als der eigenen Verfehlungen geworden war. Eine umfassende Rehabilitierung war somit nicht nur ein Gebot politischer Klugheit, sondern darüber hinaus auch proletarischer Fairness.

Schon vor dem 9. Parteitag im Frühjahr 1969, der offiziell die KR beendete, waren daher Maßnahmen zur Rehabilitierung verstoßener Altfunktionäre eingeleitet worden.¹⁸ Auf den untersten Ebenen beginnend wurden sie wieder in Positionen eingesetzt, die ihrer Erfahrung und früheren Stellung entsprachen. Inzwischen hat dieser Prozess schon alle anderen Ebenen erreicht. Neueren Zählungen zufolge betrug die Zahl der rehabilitierten Kader der Zentralebene Ende vergangenen Jahres insgesamt 207 - unter ihnen nicht wenige Mitglieder des 8.ZK (von 1956), von dem nur ein Drittel die KR politische überlebt hatte.¹⁹

Eine umfassende ideologische Rechtfertigung der Rehabilitierung brachte im November 1974 ein Hung-ch'i-Artikel. Sein Autor, Li Hsin, stellte darin fest: "Einige Genossen, die Fehler gemacht haben, sind wieder aufgetaucht und haben sich auf neue Arbeiten geworfen, nachdem die Probleme grundsätzlich geklärt waren. Das hilft ihnen, sich ununterbrochen durch die Praxis des Kampfes selbst umzuformen und ist der Sache der proletarischen Revolution zuträglich... Die Genossen, die irrten, haben aus ihrer eigenen Erfahrung gelernt, daß es die proletarisch revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Tse-tung ist, die ihnen die Richtung gewiesen hat... Und es sind Kritik und Kampf von Seiten der Parteiorganisationen und der revolutionären Massen, die den bürgerlichen revisionistischen Staub von ihren Körpern weggefegt haben ... Dieses Verständnis kann sie in eine bewegende Kraft zur Fortsetzung der Revolution verwandeln."²⁰

Offensichtlich hatte sich eine solche ideo-

logische Begründung als notwendig erwiesen. Denn die Rehabilitierung kompromittierter Funktionäre stieß keineswegs auf allgemeine Zustimmung, sondern war selbst wiederum Ausdruck und Kern eines Konfliktes jener beiden "Linien" in der Partei, die im Westen allgemein als 'links' und 'rechts' bzw. als 'radikal' und 'gemäßigt' umschrieben werden. Zwar plädierten auch die 'Linken' für den Wiederaufbau der Partei - nur hatten sie andere Vorstellungen über die Art und Weise ihrer Durchführung. Statt kompromittierter Altfunktionäre hätten sie lieber eine ideologische Auffrischung und personelle Verjüngung durch die Aufnahme jener jungen Aktivisten gesehen, die sich in der KR bewährt hatten. Während die kompromittierten Kader aber zu Amt und Würden aufstiegen und damit auch die Verwaltung des kulturevolutionären Erbes übernahmen, ernteten viele 'linke' Aktivisten nichts als Undank oder wurden sogar - wie Millionen von Rotgardisten - in die abgelegensten Teile Chinas geschickt.²¹ Daß Mißtrauen gegen eine solche Politik angebracht war, ist evident.

Vor diesem Hintergrund ergab die während der Anti-Konfuzius-Kampagne häufig zitierte Klage "Staaten wiederbeleben, die verschwunden sind; Familien wiederherstellen, deren Erbfolge abgebrochen ist; diejenigen ins Amt zurückrufen, die in Vergessenheit geraten sind",²² durchaus einen Sinn. Nur war sie doppeldeutig, und vieles deutete an, daß sie sich nicht gegen den verstorbenen Verteidigungsminister richteten.

Prominentestes Beispiel dafür war der Wiederaufstieg des früheren Generalsekretärs der Partei Teng Hsiao-p'ing. Während der KR als "Nummer 2 unter den Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen" aus dem Amte gejagt, vereinte er inzwischen eine noch größere Machtfülle als vor seinem Fall. Nicht nur war Teng inzwischen wieder Politbüro-Mitglied, Stellvertretender Parteivorsitzender und Stellvertretender Ministerpräsident geworden; mit seiner Ernennung zum Generalstabschef der VBA, der er früher als Erster Polizeikommissar der 2. Feldarmee angehörte, hatte er inzwischen auch in der dritten Machtgruppe der VRCh fest Fuß gefaßt. So spektakulär sein Aufstieg aber auch sein mochte - Teng bildete lediglich die Spitze und das sichtbare Symbol jener Gruppe erfahrener Funktionäre, die die Mannschaft pragmatischer Funktionäre verstärken sollten, mit deren Hilfe man die Volksrepublik wieder auf einen Kurs des Maßes und der Mitte zurückbringen wollte.

Daß man sich dabei nicht nur jener Kader bediente, die wegen ihrer Rehabilitierung verpflichtet waren und von einer Rückkehr zu kulturevolutionären Verhältnissen nur das Schlimmste befürchten mußten, sondern auch Militärs, die während der KR ihren Posten verloren hatten - entweder weil sie gegen die Kulturrevolution Stellung bezogen hatten, oder weil sie der Lin-Gruppe im Wege waren - zeigte gerade die Entwicklung nach dem 10. Parteitag. So wurden außer dem Lin-Gegner und ehemaligen Generalstabschef, Lo Jui-ching, auch acht ehemalige stellvertretende Generalstabschefs, sechs Wehrbereichskommandeure und Waffengattungskommandeure, zahlreiche ehemalige Offiziere aus den Militärbereichen in den Provinzen rehabilitiert oder sogar reaktiviert.

Evident ist der Machtverlust, den die kulturevolutionäre Avantgarde erlitt. Weder der am 10. Parteitag zum 2. Stellv. Parteivorsitzenden aufgestiegene junge Wang Hungwen, in dem Beobachter schon den Nachfolger Mao Tse-tungs sehen wollten, noch Yao Wen-yüan, der angebliche Schwiegersohn des Parteivorsitzenden, dessen scharfe Kritiken die KR eingeleitet hatten, wurde in den Staatsrat aufgenommen. Ebenso unberücksichtigt blieb Chiang Ching, die Frau Mao Tse-tungs: 1969 auf dem 9. Parteitag als erste Frau ins Politbüro aufgestiegen und in den folgenden Jahren präsent beim Empfang zahlreicher ausländischer Gäste, vor allem aber prominent als Kulturpolitikerin, ging beim Kongreß nicht nur leer aus, sondern büßte durch die Auflösung zweier von ihr kontrollierter Kulturgruppen sogar noch Einfluß ein. Zwar erhielt ein 'Linker' - Yü Hui-yung - das Kulturressort, es wurden aber wichtige Abteilungen aus dem Ministerium herausgelöst. Lediglich Chang Ch'un-ch'iao, der seit seiner Zeit als Parteichef der Revolutionsmetropole Shanghai als 'Linker' gilt, hatte noch Einfluß: er ist Stellvertretender Ministerpräsident, seit Beginn dieses Jahres Vorsitzender der allgemeinen politischen Abteilung des ZK-Militärausschusses und aussichtsreichster Kandidat für das noch immer vakante Amt des Generalsekretärs der Partei.

Der Machtverlust eines Teils der Vertreter der KR kam freilich nicht plötzlich und unerwartet, sondern war lediglich die jüngste Phase eines Trends, der mit der Zerschlagung der radikalen "Rebellenverbände" und der Entsendung der Rotgardisten aufs Land begonnen hatte, mit der "Säuberung" von Ch'en Po-ta eine erste Steigerung erfuhr und mit dem Sturz von Lin seinen bis-

herigen spektakulären Höhepunkt fand. Dennoch durfte die Demontage ihrer einstigen Stärke nicht zu dem Schluß verleiten, daß sie inzwischen entmachteter waren. Im Gegenteil: Die Tatsache, daß mit Wang Hung-wen auf dem 10. Parteitag und mit Chang Ch'un-ch'iao auf dem 4. NVK zwei ihrer profiliertesten Vertreter als wichtige Redner aufgetreten waren, wies sie sowohl als Repräsentanten einer noch immer intakten Machtgruppe aus wie auch als Hüter des kulturevolutionären Erbes, zu dessen Verteidigung sie vermutlich jene Anti-Konfuzius-Kampagne auslösten, die zu den zugleich spektakulärsten wie spekulationsumwittertesten Ereignissen der letzten beiden Jahre gehört.

Die Anti-Konfuzius-Kampagne²⁴

Es ist auch heute noch ebenso schwer, die Hintergründe zu erhellen, aus denen heraus sich die Anti-Konfuzius-Kampagne entwickelte, wie die verschiedenen Phasen zu markieren, die sie im einzelnen durchlief. Vieles deutet freilich darauf hin, daß sie von 'linken' Kräften ausgelöst wurde, in der Absicht, dem restaurativen back-lash zu begegnen; daß sie später aber, im Gegenzug der Angegriffenen, umfunktioniert wurde und zwei neue Stoßrichtungen erhielt: eine konkret politische, gegen die "von der Kulturrevolution hervorgebrachten disruptiven Gruppen - Lin Piao und seine Anhänger, die Regional-Kommandeure und die radikalen Ideologen"²⁵ (M. Goldmann) und eine andere, etwas allgemeinere, die ihren unmittelbar politisch-polemischen Charakter ins allgemein Ideologisch-Pädagogische wendete. Die Vielzahl von Strömungen und Gegenströmungen ist einer der Gründe, die ihre Analyse so erschweren.

Daß die 'Linken' die Rehabilitierung suspekter Altfunktionäre nicht widerstandslos hinnehmen würden, war zu erwarten; und dies umso mehr als sie - was ebensowenig überraschen konnte - von einer Umkehr zu jenen Positionen begleitet wurde, gegen die sie 1966 die KR ausgelöst hatten. So beinhaltete die neue Landwirtschaftspolitik die Rückkehr zum Prinzip der "Besitzverteilung auf drei Stufen mit der Produktionsgruppe als Basis", erlaubte den Besitz von Privatland und ermutigte private Viehzucht ebenso wie die Aufnahme privater Nebenbeschäftigungen. Zudem verloren - im Agrar- wie im Industriebereich - politische Maßstäbe bei der Festsetzung der Entlohnung an Bedeutung; und mit der Rückkehr

zum Leistungsprinzip als der Grundlage des Lohnsystems wurde - lediglich unter anderen Namen - auch das Prinzip jener "materiellen Anreize" wieder aufgenommen, das während der KR unter das Verdikt des "Ökonomismus" gefallen war.²⁶

Demselben Ziel - nämlich der Produktionssteigerung - diente auch die Rehabilitierung des Fachwissens, das während der KR etwas in den Schlagschatten von betrieblicher Mitbestimmung und richtigem "rotem" Bewußtsein geraten war. Und noch in einem anderen Bereich begann sich fachliche Kompetenz und Disziplin wieder durchzusetzen: im chinesischen Erziehungssystem. Zwar wurde auch weiterhin der Aufnahme von Bauern- und Arbeiterkindern besondere Aufmerksamkeit geschenkt und an der bewährten Kombination von Studium und Arbeit, Theorie und Praxis festgehalten; mit der Neubelebung von Aufnahme- und Abschlußprüfungen sowie der Anhebung der Anforderungen wurden jedoch deutliche Zeichen gesetzt. Zudem nahm im Verlauf der neuen chinesischen Außenpolitik auch der Kulturaustausch mit dem Westen zu. Das Nachlassen der ideologischen Spannung war kaum zu übersehen, Tauwetter in nahezu allen Bereichen spürbar.

Eher im Stillen agierten dagegen zunächst die durch den Fall ihrer Führer in die Defensive gedrängten Linken. Immerhing gelang ihnen ein großer Erfolg: War Lin Piao zunächst als ein "Linksoportunist" und "Linksextremist" angegriffen worden, so erreichten sie es, daß sich gegen Ende 1972 die offizielle Terminologie zu ändern begann und Lin Piao nun als "ultrarechts" präsentiert wurde. Indem sie die Identifikation von 'Lin' mit 'links' und 'Kulturrevolution' aufbrachen, brachten sie nicht nur ihre eigene Position aus der Schußlinie, sondern bezogen zugleich eine Stellung, von der aus sie, mit Hilfe der von ihnen noch immer weitgehend kontrollierten publizistischen Organe, den neuen Kurs ihrer Gegner unter Beschuß nehmen konnten.

Ihre Kanonade setzte im Herbst 1973 ein und fand in einem Anti-Konfuzius-Artikel einen ersten Höhepunkt, den die NCNA am 24. August 1973 veröffentlichte.²⁷ Die Wahl des Themas war ebenso wenig zufällig wie der Zeitpunkt der Publikation. Letzterer war deshalb gewählt worden, weil an diesem Tag in aller Heimlichkeit der 10. Parteitag begonnen hatte, auf dem ein Kräftemessen beider Seiten bevorstand. Hauptthema des Artikels war die Anklage gegen Konfuzius, jene ins Amt zurückgerufen zu haben, "die in

Vergessenheit geraten waren", um auf diese Weise die Herrschaft der "Sklavenhalter-Aristokratie" zu retten. Parallelen zum Rehabilitierungsprogramm waren kaum zu übersehen und wurden durch eine Reihe anderer Anspielungen unterstrichen. Die Art und Weise, in der diese Attacke vorgetragen wurde, mochte ausländische Beobachter verwirren - sie war für China und Chinesen jedoch nicht außergewöhnlich. Denn die Diskussion politischer Probleme im Medium historischer Personen und Ereignisse gehört seit Jahrtausenden zum festen Traditionsbestand, der nicht nur die KR überlebte, sondern aus dessen Arsenal selbst die "roten Ikonoklasten" ihre Waffen bezogen hatten. Hier aber liegt die andere Ursache, die die Erhellung und Erklärung des Geschehens in China so erschwert: durch die Historisierung verwandelt sich die politische Debatte in ein "geschlossenes Kommunikationssystem" (F.Schurmann), das nur noch Eingeweihten verständlich und zugänglich ist.

Es ist auch heute noch unklar, wie es damals gelang, die Angriffe abzuwehren. In der Folge wurde der Katalog der anfangs angeschnittenen Themen um eine Reihe weiterer Anliegen angereichert, die kaum ins Repertoire der Linken, sehr gut dagegen ins Konzept des neuen Kurses paßten: Eingekleidet in subtile historische Analogien wurde für die nationale Einheit und eine stärkere Zentralisierung plädiert, für Gesetz und Ordnung; die Entwicklung der ökonomischen Basis wurde betont und die Notwendigkeit wissenschaftlichen und technischen Fortschritts; verstärkter Handel mit dem Ausland wurde befürwortet und die Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit.

Die Verwirrung wurde noch gesteigert, als sich zu Beginn 1974 die Anti-Konfuzius-Kampagne in eine Bewegung zur "Kritik an Lin Piao und Konfuzius" (p'i Lin p'i K'ung) verwandelte. Kritik an Lin Piao als Konfuzianer war durch seine vorangegangene Firmierung zum 'Rechten' erleichtert worden. Dazu kam, daß Rechte wie Linke - wenngleich aus unterschiedlichen Gründen - ein Interesse an dieser Kritik am toten Marschall hatten.

Sieht man von den spezifischen Intentionen und Interessen ab, die jede der beiden Seiten mit der Anti-Konfuzius-Kampagne verfolgten, so lassen sich mindestens drei gemeinsame Motive identifizieren: Zum einen war so eine Formel gefunden, um der

chinesischen Bevölkerung den Verrat des alten "Waffengefährten Maos" verständlich zu machen. Zum anderen konnte die Situation dazu benutzt werden, die chinesische Bevölkerung über den 'reaktionären' Charakter der konfuzianischen Lehre aufzuklären, um auf diese Weise konfuzianische Positionen wie Bürokratismus, Idealismus, Humanismus, die Privilegierung geistiger Arbeit und die Unterprivilegierung der Frau zu diskreditieren.²⁸ Ob damit eine Restauration des Konfuzianismus verhindert werden kann, wird die Zukunft zeigen, sicher ist jedoch, daß sie durch die Kampagne erheblich erschwert wurde. Und schließlich bot sich der Fall Konfuzius dazu an, an einem weiteren Beispiel die Theorie der "permanenten Revolution" zu verdeutlichen. Zu diesem Zweck wurde einem an der Vergangenheit orientierten und die Sklavenhalter-Gesellschaft verehrenden Konfuzius die Gestalt des Ch'in-Kaiser gegenüber gestellt und zum Repräsentanten der neuen Feudal-Klasse und damit des historischen Fortschritts hochstilisiert. Die Moral von der Geschichte und die message Mao Tse-tungs: Ebenso wie der Feudalismus die Sklavenhalter verdrängte, ebenso wird "das sozialistische System letzten Endes, an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein vom Willen des Menschen unabhängiges objektives Gesetz."²⁹ Letztlich war es also das "Rad der Geschichte" gewesen, das den geistig mit Konfuzius kollaborierenden Lin Piao überrollt hatte.

Die neue Verfassung

Zu Beginn des Jahres 1975 begann die Flut der Anti-Konfuzius-Kampagne zu fallen. Sofern es die Absicht der Linken gewesen war, mit ihrer Hilfe die Repräsentanten des neuen Kurses aus ihren Ämtern zu spülen, waren sie dabei gescheitert. Es gelang ihnen im Verlauf der Kampagne nie, die Ebene des Überbaus zu verlassen und mit Bewegungen, ähnlich den Roten Garden, Fuß zu fassen oder auch nur neue institutionelle Brückenköpfe zu bilden, von denen aus sie die Führung der Partei oder des Staates übernehmen konnten. Freilich verteidigten sie ihre Position und festigten sie propagandistisch so gut es ging.

Der Verlauf und die Ergebnisse des 4.NVK bestätigten diese Analyse. Er brachte eine erfahrene Mannschaft, die zur Durchführung der Stabilisierungspolitik zur Verfügung stand, er versah jedoch gleichzeitig mit der neuen Verfassung die Linken mit einem Dokument, das sie in Zukunft in die Lage

versetzt, nicht nur die Errungenschaften der KR, sondern darüber hinaus auch jene revolutionären Veränderungen zu verteidigen, die sich in China nach 1949 vollzogen hatten. In diesem Sinne mag sie als ein "Testament" Mao Tse-tungs angesehen werden - besser aber vielleicht als eine Art Zwischenbilanz der permanenten Revolution in China. Eine solche Bezeichnung erscheint insofern gerechtfertigt, als kommunistische Verfassungen ja nicht ewige Wahrheiten fixieren wollen, sondern lediglich die Ergebnisse des revolutionären Prozesses fortschreiben und so permanent der historischen Entwicklung angepaßt werden müssen. So bemerkte Chang Ch'un-chiao, der in seinem "Bericht über die Abänderung der Verfassung" dem NVK gleich einen Kommentar des ZK über die zentralen Punkte der neuen Verfassung mitlieferte, daß ein "Teil des Inhalts (der Verfassung von 1954, P.J.O) heute nicht mehr paßt"³⁰ und daher den Erfahrungen und Veränderungen der vergangenen beiden Jahrzehnte angepaßt werden müsse.

Die "Haupterfahrung"³¹, die der neuen Verfassung zugrunde liegt und ihren Geist bestimmt, ist nicht ganz neu; sie wurde von Mao Tse-tung schon 1962 auf dem Höhepunkt des sino-sowjetischen Konflikts artikuliert und besagt, daß die sozialistische Gesellschaft eine ziemlich lange historische Epoche umfaßt, während der die Klassenkämpfe unvermindert weitergehen und eine Restauration des Kapitalismus nur durch die resolute "Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" verhindert werden kann. Konsequenz dieser Einsicht, die in der neuen Präambel wörtlich zitiert wird, ist die Stärkung der Stellung der Avantgarde des Proletariats - der kommunistischen Partei. Hatte in der alten Verfassung noch ein Gleichgewicht zwischen Staat und Partei bestanden, so ist dieses jetzt aufgehoben: die Führung des Staates durch die Partei ist nicht nur in den 'Allgemeinen Grundsätzen' verankert, sondern auch noch einmal ausdrücklich in Hinblick auf den Nationalen Volkskongreß (Art.16) und den Staatsrat (Art.17) aufgeführt. Zudem kontrolliert sie nun die bewaffneten Streitkräfte, deren Oberbefehl - offensichtlich eine Lehre der Lin Piao-Affaire - dem Vorsitzenden des ZK übertragen wurde.

Der Stärkung der Führung der Partei gegenüber der Regierung - und dies ist der zweite wichtige Komplex von Veränderungen - entspricht eine Intensivierung der 'Diktatur des Proletariats'. War 1954 - im Zei-

chen der "Neuen Demokratie" - noch von einer "volksdemokratischen Einheitsfront" die Rede gewesen, der neben Arbeitern und Bauern auch das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie angehörten, so fördert die neue Verfassung nur noch die Weiterentwicklung der "revolutionären Einheitsfront" - von anderen Klassen ist nur noch die Rede, wenn die Diktatur des Proletariats und die Positionen der verschiedenen Klassen präzisiert werden. Ebenso eindeutig wie stolz bestimmt der erste Artikel die VRCh daher auch als "sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats" und markiert mit dem neuen Klassencharakter auch die revolutionäre Distanz, die seit 1954 zurückgelegt wurde, als China noch als ein "volksdemokratischer Staat" definiert wurde. Der genaueren Bestimmung des Klassencharakters entspricht auch die konstitutionelle Verankerung jener beiden Organisationsformen, die auf diesem Wege geschaffen wurden: die ländliche Volkskommune, in der die "politische Macht mit der wirtschaftlichen Verwaltung verschmilzt" (Art.7) und die örtlichen Revolutionskomitees aller Ebenen (Art.22/23), in denen - wie der Verfassungskommentar erläutert - "die revolutionäre Dreierverbindung verwirklicht wird."³²

Der Aufbau des Sozialismus findet seinen konstitutionellen Ausdruck freilich nicht nur in der Entwicklung neuer Organisationsformen, sondern auch im Ausbau der demokratischen Rechte der Bürger. So sind neben die schon im 1954-Statut enthaltenen - und jetzt um das Streikrecht erweiterten - Grundrechte einige Bestimmungen getreten, in denen - ein Echo der KR - das Recht auf ungehinderte Kritik an den Staatsorganen und die "freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Wandzeitungen" garantiert werden - letztere freilich mit der Einschränkung, daß sie dazu dienen, "die Führung des Staates durch die KPCh und die Diktatur des Proletariats zu festigen." Eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die in Konfliktfällen darüber entscheidet, ist freilich nicht vorgesehen.

Fortschritte auf dem Wege sozialistischer Umgestaltung - getreu dem Verfassungsauftrag von 1954 - verzeichnen schließlich auch einige Artikel über die sozio-ökonomische Basis. So sind von den vor 20 Jahren aufgeführten 4 Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln heute "hauptsächlich"³³ nur noch 2 vorhanden: das sozialistische Volkseigentum und das sozialistische Kollektiveigentum. Hinter dem "hauptsächlich"

verbergen sich Konzessionen, die von den Linken der Chou-Gruppe und der Bevölkerung gemacht wurden: Nicht nur bildet die "Produktionsgruppe" wieder die Grundlage des dreistufigen Eigentumssystems der Volksgemeinschaften (Art.7), auch die private Bewirtschaftung kleiner Parzellen, private Viehzucht im begrenzten Rahmen und ein begrenztes Maß häuslicher Nebenbeschäftigung sind nun konstitutionell gesichert. Damit wurde das Marschtempo zum sozialistischen Volkseigentum erheblich gedrosselt.

Wie immer man die neue Verfassung im einzelnen beurteilen und bewerten mag - ohne Zweifel ist sie ein aufregendes Dokument, dessen Lektüre noch einmal die Ereignisse und Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte vergegenwärtigt. Obwohl in vielen Details von den Kompromissen und Konzessionen der verschiedenen Parteigruppen geprägt, folgt sie in ihrer Gesamtheit doch so konsequent und gradlinig dem Kurs der "Gedanken Mao Tse-tungs" - die zusammen mit dem Marxismus-Leninismus ihre "theoretische Grundlage" und damit die oberste Verfassungsnorm darstellen - daß sie schon als ein "Manifest des Maoismus"³⁴ (T.Scharping) bezeichnet wurde. Zwar sind die in den früheren Entwürfen enthaltenen Passagen, die sich auf Mao bezogen, gestrichen und durch Hinweise auf die Partei ersetzt worden. Erinnerung man sich indes Mao Tse-tungs eigener Distanzierung vom Personenkult und dem beabsichtigten Genie-Paragraphen, so müßte die vorliegende Form durchaus seinen Vorstellungen entsprechen.

Aber tut sie das? Ist Mao Tse-tung mit der Verfassung in ihrer jetzigen Form einverstanden? Er hat bislang darüber geschwiegen, und berücksichtigt man sein Faible und die Finesse chinesischer Politiker, Billigung und Mißbilligung durch formale Feinheiten zum Ausdruck zu bringen, so muß man sich nach der Bedeutung eines solchen Verhaltens fragen.

Gegenoffensiven

Konnten unmittelbar nach dem 4.NVK noch Zweifel an Mao Tse-tungs Haltung über die derzeit "herrschende Strömung" in China bestehen, so haben sich inzwischen - ein Jahr später - die Nebel gelichtet. Denn nicht nur ist unübersehbar, daß die Linke zu einer Gegenoffensive zur Rettung der kulturrevolutionären Erfolge und damit ihrer eigenen Position angetreten ist - die Zeichen häufen sich auch, daß sie dabei mehr als

nur die stillschweigende Billigung Mao Tse-tungs besitzt. Wenden wir uns, bevor wir die gemeinsame Grundtendenz ihrer Attacken näher auszuleuchten suchen, den einzelnen Kampagnen zu. Dabei lassen sich bislang drei größere Unternehmungen unterscheiden:

1. Die "Bewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats", die im Februar 1975 mit einer längeren neuen Weisung Mao Tse-tungs begann, an die kurz darauf Artikel aus den Reihen der kulturrevolutionären Linken anknüpften.³⁵ Beides, die Weisung Mao Tse-tungs, mehr aber noch die an sie anknüpfenden Artikel, verrieten in ihrer Tendenz Unzufriedenheit mit dem Stand der Dinge in China. Eine neue KR oder zumindest eine Offensive gegen den pragmatischen Parteiflügel mutmaßten ausländische Beobachter daher, vor allem nachdem ein Artikel aus der Feder von Yao Wen-yüan erschienen war. Denn Yao war es gewesen, der 1965 mit seiner Kritik am Drama 'Hai Jui wird aus dem Amt entlassen' die KR eingeleitet hatte.

Daß es in China zu weiteren Kampagnen kommen würde, die nach dem bekannten Muster "Kampf, Kritik, Umgestaltung" gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben würden, ist an sich nicht überraschend: es liegt in der Logik der kommunistischen Gesellschafts- und Geschichtstheorie, die - ernst genommen - gerade in der Periode des Sozialismus ihre Anhänger zur Fortsetzung der revolutionären Anstrengungen verpflichtet, nämlich zur Beseitigung jener "Muttermale" und "Mißstände", die von der alten Gesellschaft ererbt wurden. Nicht zuletzt Lenin hatte sich ausführlich dazu geäußert.³⁶ Daß es solche "Muttermale" auch im sozialistischen China noch gibt, mag manchen westlichen Enthusiasten und chinesischen Pragmatikern entgangen sein - allen mit der marxistische-leninistischen Lehre vertrauten und den kommunistischen Ideen verschriebenen Revolutionären sind sie jedoch ebenso präsent wie die Folgen, die sich bei ihrer Vernachlässigung in der Sowjetunion ergeben haben.³⁷ Daß Mao Tse-tung, sein späteres Ableben vor Augen, sich nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern noch vor seinem endgültigen Abtritt die nächsten Ziele der Revolution markieren - und ihre Permanenz sichern - will, ist somit plausibel. Dies umso mehr, als ihm kaum entgangen sein konnte, daß bei Teilen der neuen Mannschaft kaum große Bereitschaft zu den dazu erforderlichen Kursänderungen

bestand, daß die Linken nach den erfolgten Rehabilitierungen aber nicht mehr die Kraft hatten, sie ohne seine Hilfe durchzusetzen.

Als eine solche Hilfestellung muß jene Weisung vom Februar 1975 angesehen werden, die - ihr Wortlaut zeigt es deutlich - die Aufmerksamkeit auf jene überkommenen Strukturen der alten Gesellschaft lenkt, die das Erreichte bedrohen könnten und aus diesem Grunde in der kommenden Phase der Revolution beseitigt werden müssen:

"Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. 'Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zum Revisionismus. Dies muß dem ganzen Land bewußt gemacht werden'...

Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alledem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß sich die Eigentumsverhältnisse verändert haben ... Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem und auch das Lohnsystem ist ungleich, es gibt ein Lohnsystem von acht Kategorien usw. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Piao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen ...

Lenin sagte: 'Die Kleinproduktion ... (erzeugt) unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.' Diese tritt auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und bei einem Teil der Parteimitglieder auf. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staatsorgane gibt es Leute, die sich einen bürgerlichen Lebensstil angeeignet haben."³⁸

Die Ausführungen Mao Tse-tungs über das bestehende "Lohnsystem" und das in China noch immer praktizierte "Warensystem" lenken durch ihre Länge leicht von den zentralen Punkten der Weisung ab: von dem Hinweis zu Beginn auf die "Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie" und dem Hinweis am Ende, daß es sowohl im Prole-

tariat wie unter den "Mitarbeitern der Staatsorgane" schon wieder Leute mit einem bürgerlichen Lebensstil" gebe. Der allgemeinen Ermahnung zur Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie während der Periode des Sozialismus scheint somit der Schlußsatz als Aufforderung zu konkreten Säuberungsmaßnahmen zu entsprechen, während der Mittelteil die Aufmerksamkeit auf einige Aspekte des Übergangscharakters der chinesischen Gesellschaft lenkt, die wiederum als Ursachen für die Entstehung bürgerlichen Denkens angesehen werden. Daß neben der baldigen Ausschaltung der "bürgerlichen Elemente" die langfristige Beseitigung jener Ursachen gefordert wird, die als "Nährboden" des Kapitalismus angesehen werden, erscheint somit offensichtlich.

Genau an diesem Punkt setzt Yao Wen-yüan an, wenn er in seinem Hung-ch'i-Artikel "Über die gesellschaftliche Basis der parteifeindlichen Clique um Lin Piao" das "bürgerliche Recht" - das nach Lenin auch im Sozialismus als "Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit"³⁹ weiterbesteht - als wesentliche Ursache gesellschaftlicher Ungleichheit angreift und zu seiner "Einschränkung"⁴⁰ aufruft. Es sei dahingestellt, ob Yao "die Leistungsorientiertheit bei der Verteilung durch politische Kriterien"⁴¹ ersetzen will - expressis verbis attackiert er in seinem Beitrag vor allem "materielle Anreize" jeglicher Art, Bestrebungen die 7.-Mai-Kaderschulen abzubauen, die aufs-Land-Bewegung Jugendlicher einzuschränken und die sogenannte "Revolution im Hochschulwesen" aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen. Obwohl er konzediert, daß diese Trockenlegung des "Nährbodens", der Kapitalismus und Bourgeoisie hervorbringt, schrittweise vor sich gehen muß und "erst durch die konsequentesten Anstrengungen mehrerer Generationen"⁴² erfolgen kann, ist die Unruhe über die gegenläufigen "revisionistischen" Tendenzen ebenso spürbar, wie die Ungeduld, die revolutionäre Veränderung der chinesischen Gesellschaft weiter voranzutreiben. Zur Bekämpfung beider - der aktuellen Gefährdungen wie der langfristigen Gefahren - empfiehlt Yao vor allem eines: das "Studium des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen", um auf diese Weise eine theoretische Bildung zu schaffen, die überhaupt erst die notwendige Sensitivität zum Erkennen revisionistischer Abweichungen bewirkt. Daß Yao in diesem Zusammenhang Mao Tse-tungs Warnung

"Heute ist aber die Hauptgefahr der Empirismus" zitiert - ein Wort, das 1959 im Anschluß an das Lushan-Plenum in Erwiderung auf die Kritik P'eng Te-huais gegen die Politik des Großen Sprungs gefallen war⁴³ - ist durchaus bezeichnend und dem heutigen Kampf der Linken gegen die sogenannten "Pragmatiker" angemessen. Ebenso wie im Jahre 1959 war damit auch im Jahre 1957 - wie aus einer umfangreichen Debatte über den "Empirismus" hervorgeht - gemeint, daß praktische Erfahrungen nicht ausreichen, sondern daß zum Einhalten des richtigen revolutionären Kurses theoretische Kenntnisse notwendig seien. Gerade diese aber sollten im Verlaufe der "Bewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats" Führern und Geführten vermittelt werden, um so für "die Kritik der kapitalistischen Abweichungen" eine "öffentliche Meinung zu schaffen (und) die Mehrheit für sich zu gewinnen."⁴⁴

2. Auf eine Weisung Mao Tse-tungs stützte sich auch die Kampagne zur "Kritik am Roman 'Geschichten aus dem Liangshan-Moor'", die Ende August 1975 in chinesischen Zeitungen einsetzte und am 4. September in einem Leitartikel der Jen-min jih-pao (Volkszeitung) in den Kontext der Theorie-Bewegung eingeordnet wurde.⁴⁵ Waren die kurz- und langfristigen Zielsetzungen der Theorie-Bewegung noch relativ einfach zu erschließen gewesen, so läßt sich der aktuelle Bezug der Kritik am Shui-hu-chuan weniger leicht erkennen.

Das Shui-hu-chuan, ein Roman aus dem 14. Jahrhundert, der einen Bauernaufstand gegen Ende der Nördlichen Sung-Dynastie (960 - 1127) zum Thema hat, ist eines der populärsten Werke der chinesischen Literatur und erfreut sich bis zur Gegenwart größter Beliebtheit. Die Hauptfigur der Geschichte - Sung Chiang - schließt sich einer Schar von Briganten an, die sich in die Sümpfe von Liangshan zurückgezogen haben und von dort aus gegen die korrupte Bürokratie kämpfen. Nach dem Tode ihres Anführers Ch'ao Kai setzte sich Sung Chiang an die Spitze der Bande, die nun, unterstützt von unzufriedenen Bauern, immer größere Erfolge erzielt und zu einer Bedrohung der Dynastie wird. Statt sich den anrückenden kaiserlichen Truppen aber zum Kampf zu stellen, stellt Sung Chiang gegen das Versprechen auf eine allgemeine Amnestie und hohe Ämter den Kampf ein, verbündet sich mit dem Kaiser und trägt, in dessen Diensten, wesentlich zur Zerschlagung einer anderen Bauernarmee unter Fang La bei.

Der weitere Verlauf der Geschichte variiert in den verschiedenen Fassungen. Während in einigen Sung und seine Gefährten amnestiert und belohnt werden, enden sie in der Textvariante, die sich schließlich durchgesetzt hat, tragisch, nämlich durch Exekution. Offensichtlich trug diese Version nicht unwesentlich dazu bei, sie als Märtyrer einer guten Sache erscheinen zu lassen, und sie als bäuerliche Klassenkämpfer zu glorifizieren.

Die Weisung Mao Tse-tungs, die weitgehend die Position Lu Hsüns zu dem Roman übernimmt, ändert nun diese Einschätzung Sung Chiangs und damit des ganzen Romans erheblich:

"Der Wert des Buches 'Geschichten vom Liangshan-Moor' liegt genau in der Darstellung der Kapitulation. Es dient als Schulungsmaterial durch negatives Beispiel und hilft den Volksmassen, Kapitulant zu erkennen ... 'Geschichten aus dem Liangshan-Moor' richtet sich nur gegen korrupte Beamte, nicht aber gegen den Kaiser. Es schließt Tschao Gai von den Einhundertacht aus. Sung Djiang betreibt Kapitulantentum, praktiziert Revisionismus, ändert den Namen der Djü-Yi-Halle Tschao Gais in Dschung-Yi-Halle und nimmt das Angebot der Dynastie auf Posten an. Sung Djiangs Kampf gegen Gao Tjiu ist ein Kampf einer Fraktion der Grundherrenklasse gegen die andere. Kaum hat er kapituliert, zieht Sung Djiang gegen Fang La in den Kampf."⁴⁶

Abgesehen davon, daß diese Neuinterpretation des Shui-hu-chuan im Kontext der Bemühungen steht, prominente philosophische und literarische Werke der chinesischen Tradition vom proletarischen Klassenstandpunkt neu zu bewerten, lassen die Weisungen Mao Tse-tungs und die zahlreichen sie erläuternden Kommentare zwei Zielsetzungen erkennen: Zum einen werden mit dem Angriff auf das "Kapitulantentum" Sung Djiangs Versuche eines "Klassenversöhnertums" an den Pranger gestellt und damit gleichzeitig die These von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze und die Notwendigkeit des Klassenkampfes, die ja auch im Zentrum der Theorie-Diskussion steht, unterstrichen. Die Frage, ob mit Chao Kai, der als "Begründer der Bauernarmee" bezeichnet wird und dessen Nachfolge Sung Chiang schließlich antritt, Mao Tse-tung gemeint ist und die Geschichte eine Warnung vor den Entwicklungen nach seinem Tod beabsichtigt, stellt sich zwar, kann aber aus dem Material selbst nicht definitiv beantwortet

werden. Aus der heutigen Sicht ist es möglich, hier schon Anspielungen und Angriffe auf Teng Hsiao-p'ing zu sehen.

Die andere Zielsetzung ist eine erneute Warnung vor "nationaler Kapitulation nach außen." Eine solche Warnung im Zusammenhang der Neubewertung des Shui-hu-chuan ist umso verwirrender, als von einer Kollaboration mit ausländischen Mächten im Roman selbst ja an keiner Stelle die Rede ist. Wenn also gerade hier wieder die Anschuldigung wiederholt wird, daß Liu Shao-ch'i und Lin Piao "sich dem sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus ergaben"⁴⁷, so kann damit nur intendiert sein, zu insinuiieren, daß "Kapitulanten" nicht beim Klassenverrat haltmacht, sondern notwendigerweise auch zur "nationalen Kapitulation" führt. Ob damit konkrete Bestrebungen innerhalb der heutigen chinesischen Führung angesprochen werden, sich mit der Sowjetunion wieder zu arrangieren, oder ob auf diese Weise pauschal die "Pragmatiker" mit dem Verdikt nationaler Unzuverlässigkeit belegt werden sollen, ist beim gegenwärtigen Stand der Bewegung noch nicht auszumachen.

3. Ein weiterer Unruheherd - es erscheint fraglich, ob hier schon von einer gezielten Kampagne gesprochen werden kann - entzündete sich gegen Ende des Jahres 1975 im Bereich der Erziehungspolitik. Vorausgegangen waren zwei Ereignisse, die von den "Linken" als Provokation und Angriff auf zentrale Punkte revolutionärer Erziehungspolitik gewertet werden mußten. Auf den Festbanquetten anlässlich des Staatsfeiertages erschienen erstmals wieder 49 Kader in der Öffentlichkeit, die vor der Kulturrevolution wichtige Ämter bekleidet hatten - unter ihnen vier ehemalige stellvertretende Kulturminister und andere Funktionäre aus dem Kultur- und Propagandabereich. Für die These, daß diese massierte Rehabilitierung von Funktionären aus den Bereichen Kultur und Propaganda kein Zufall, sondern "bindeutig gegen die Kulturpolitik der neuen Linken gerichtet ist"⁴⁸ spricht auch das andere Ereignis, die Nachricht, daß einige Mitglieder des Revolutionskomitees der Ch'ing-hua-Universität in Peking, unter ihnen der Rektor Liu P'ing im August und Oktober Briefe an Mao Tse-tung geschrieben haben sollen, in denen sie auf den Verfall des Leistungsniveaus der Studenten hinwiesen und diesen auf die gegenwärtige Bildungspolitik zurückführten.

Mit dem Bekanntwerden dieser Briefe Anfang November setzten an den chinesischen

Universitäten vehemente Debatten ein, in deren Verlauf es immer wieder zu Angriffen auf Liu P'ing und den derzeit amtierenden Erziehungsminister Chou Jung-hsin - ebenfalls ein Opfer der Kulturrevolution - kam. Ein Artikel in der Dezember-Ausgabe von Hung-Ch'i über die "Erziehungsrevolution", der gleichzeitig auch in der Jen-min jih-pao und anderen chinesischen Publikationsorganen veröffentlicht wurde, entzündete Diskussionen über die "proletarische" und die "bürgerliche" Linie im Bildungswesen im ganzen Lande.

Dabei waren die Positionen und Probleme nicht neu: Sollen die Studenten aus den "Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten" ausgewählt werden und über praktische Erfahrung im Produktionsprozeß verfügen oder sollen sie direkt aus den fähigen Schülern an den Schulen selektiert und sofort an die Universitäten geschickt werden? Soll der Schulbetrieb nach dem Prinzip der "offenen Tür" organisiert und die Erziehung "mit den drei großen revolutionären Bewegungen in der Gesellschaft (Klassenkampf, Produktionskampf, und wissenschaftliches Experimentieren) verbunden werden - oder sollen sich die Studenten ohne Unterbrechung durch produktive und politische Arbeit einem strengen Fachstudium mit regelmäßigen Leistungsnachweisen unterziehen? Die Befürchtung der 'Pragmatiker', ohne ausreichend ausgebildete Fachleute nicht in der Lage zu sein, die angestrebte Modernisierung Chinas durchzuführen, trifft auf das Mißtrauen der 'Linken', die befürchten, durch Vernachlässigung praktischer und politischer Arbeit die Intelligenz von der Masse der Bevölkerung zu trennen und der Bildung einer neuen, nur an materiellem Profit interessierten und am individuellen Erfolg orientierten Technokratenklasse Vorschub zu leisten.

Den umfassenden politischen und wirtschaftlichen Rahmen, in dem auch die Debatte über die Organisation des Bildungswesens eingeordnet werden kann, spannt ein Artikel der Januar-Ausgabe der Hung-ch'i, der sich, unter dem Titel "An der grundlegenden Linie der Partei festhalten" kritisch mit der sogenannten "Theorie von den Produktivkräften und vom Erlöschen des Klassenkampfes" auseinandersetzt. Als Angelpunkt des Konflikts zwischen Sozialismus und Revisionismus erscheint in ihm die Frage: Ob die Entwicklung der Produktivkräfte - also die Ökonomie - die vordringliche Aufgabe zur Errichtung des Sozialismus sei oder ob die Veränderung der Produktionsverhältnisse - also die Politik - Vorrang haben müsse, da sie es sind, die die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen. Die mit zahlreichen Verweisen auf Marx, Engels,

Lenin und Mao abgestützte Position der 'Linken', mit der diese offensichtlich die kulturrevolutionären Experimenten abholde und vornehmlich an wirtschaftlicher Effektivität orientierte Politik der 'Pragmatiker' abwehren wollen:

"Die grundlegenden Widersprüche unter dem sozialistischen System sind noch immer die zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften sowie zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis. Sie verkörpern in konzentrierter Form den Widerspruch und den Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Wenn das Proletariat den Klassenkampf nicht anpackt und die Revolution im Bereich der Produktionsverhältnisse und des Überbaus nicht weiterführt, ist es nicht imstande, die ökonomische Basis des Sozialismus weiter zu konsolidieren und die Produktivkräfte schnell zu entwickeln. Und die bereits errichteten, den Produktivkräften entsprechenden Produktionsverhältnisse und der der ökonomischen Basis entsprechende Überbau werden sabotiert und zerstört werden."⁴⁹

Daß Mao Tse-tung selbst auf der Seite der 'Linken' steht, machten zwei neue Weisungen deutlich, mit denen er ideologisch wie personal-politisch direkt in die Auseinandersetzungen eingriff. So zitierte der gemeinsame Leitartikel zum Neujahr 1976 von Jen-min jih-pao, Hung-ch'i und Chienfang-chün-pao eine Direktive Maos, in der er offensichtlich zu einem früher von ihm stammenden Aufruf zu "Stabilität und Einheit", dessen sich die Pragmatiker zur Legitimierung ihrer Politik bedient hatten, Stellung nimmt und korrigierend feststellt: "Stabilität und Einheit" heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."⁵⁰ Noch deutlicher distanzierte sich der Parteivorsitzende von dem der "Produktion" den Vorrang vor der "Revolution" einräumenden Kurs, indem er in einer Weisung jenen Mann angriff, in dem zahlreiche ausländische Beobachter schon den Nachfolger Chou En-lais und den Chef der chinesischen Regierung gesehen hatten: Teng Hsiao-p'ing.

Anmerkungen:

- 1 Peter Kuntze, Chinas neue Verfassung ist Maos Testament, Süddeutsche Zeitung, 23. Januar 1975, S. 4.
- 2 Tschou En-lai, Bericht über die Tätigkeit der Regierung (13. Januar 1975), S. 21.

- 3 Hung-ch'i (Rote Fahne 12/1975); eine nur leicht gekürzte Übersetzung dieses Artikels von Tschü Heng, Die sozialistischen neuen Dinge entwickeln, findet sich in PR, 51, 24. Dezember 1974, S. 9ff
- 4 Ellis Joffe, The Chinese Army after the Cultural Revolution: The Effects of Intervention, The China Quarterly (hinfort CQ), No. 55 (July/September, 1973), S. 450
- 5 S. dazu im einzelnen Ying-mao Kau/Perre M. Perolle, The Politics of Lin Piao's Abortive Military Coup, Asian Survey, Vol. XIV, No 6, S. 572.
- 6 Zur politischen Karriere von Lin Piao s. Thomas W. Robinson, A Politico-Military Biography of Lin Piao, Part 1, 1907-1949, Santa Monica, Calif.:Rand 1971.
- 7 So noch die Jen-min Jih-pao (Volkszeitung) am 12. September 1971.
- 8 New York Times, 28 July 1972
- 9 Eine sorgfältige Übersetzung und Analyse des Dokuments lieferte Thomas Scharping, Staatsstreich in China? Lin Piao und das "Projekt 571", Berichte des Bundesinstitutes für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 41/1974 (hinfort, Scharping, Staatsstreich)
- 10 Ich folge hier im wesentlichen der Analyse von Philip Bridgham, The Fall of Lin Piao, CQ, No 55 (July/September, 1973), S. 427-449.
- 11 S. dazu Summary of Chairman Mao's Talks with Responsible Comrades at Various Places during his Provincial Tour, in Mao Tse-tung Unrehearsed. Talks and Letters: 1956-71, ed. by Stuart Schram, Penguin Books 1974, S. 294.
- 12 Die Frage, ob es zu einer Annäherung Lin Piaos an die Sowjetunion gekommen ist, ist noch immer kontrovers. Zur Ablehnung dieser Behauptung s. Jürgen Domes, China nach Kulturrevolution, München 1975, S.175
- 13 Eine sorgfältige Analyse des 10. Parteitages findet sich bei Domes, China nach der Kulturrevolution, S. 233 ff.
- 14 S. dazu CQ, 58, S. 239
- 15 S. New China News Analysis, Jan. 1, 1974
- 16 Zum 4. Nationalen Volkskongreß s. die Analysen von W. Bartke in China aktuell, Febr. 1975, S. 47-64; Kenneth Lieberthal, China in 1975: The International Political Scene, Problems of Communism, 1975; Thomas Scharping, Chinas IV. Nationaler Volkskongreß (Berichte des Bundesinstitutes für Ostwissenschaftliche und interna-

- nationale Studien) 7/1975; Peter J. Opitz, Der 4. Nationale Volkskongreß, Politische Studien, Sonderheft 1/1975
- 17 Nach CQ, No 58, S. 235
- 18 Parris H. Chang, Political Rehabilitation of Cadres in China A Traveller's View, CQ, No 54 (April/June, 1973)
- 19 Die bisher detaillierteste Aufschlüsselung findet sich bei Wolfgang Bartke, Die Rehabilitierung einstiger Führungskader, China aktuell, Nov. 1974, S. 702-13
- 20 Zit. in BBC Summary of World Broadcasts, Part III, The Far East, 14. 11. 1974.
- 21 Dieser Vorwurf findet sich auch im Projekt 571, s. dazu Scharping, Staatsstreich
- 22 PR, 42, 23. Oktober 1973, S. 14.
- 23 S. dazu Bartke, Die personellen Veränderungen des Vierten Nationalen Volkskongresses, China aktuell, Feb. 75, S. 54
- 24 Zur Anti-Konfuzius-Kampagne s. vor allem Peter R. Moody Jr., The New Anti-Confucian Campaign in China: The First Round, Asian Survey, Vol. XIV, No. 4, S. 307-324; Peter J. Opitz, Vorgänge im Innern eines 'Monolithen'. China nach der Kulturrevolution, Zeitschrift für Politik (Dezember 1974), S. 343-62; Merle Goldmann, China's Anti-Confucian Campaign, 1973-74 CQ, No 63, Sept. 57, S. 435-462.
- 25 Goldmann, China's Anti-Confucian Campaign, S. 435.
- 26 S. i.e. Domes, China nach der KR, S. 195ff
- 27 Yang Jung-kuo, Konfuzius - ein hartnäckig die Gesellschaftsordnung der Sklaverei verfechtender Denker, Kuang-ming Jih-pao 8. August 1973; dt. PR 4, 23.10.73
- 28 S. dazu Opitz, Kontroversen über Konfuzius. Notizen zum Versuch einer 'Richtigstellung', Pol. Stud., 219, 1975, S. 47-63
- 29 Mao Tse-tung, zit. n. PR 18, 7.5.75, S. 24
- 30 Dschang Tschun-tjiao, Bericht über die Abänderung der Verfassung vom 17. Jan. 1975, PR, 4, 29.1.1975, S. 17.
- 31 Ebd., S. 18; zur neuen chinesischen Verfassung s. Chün-tu Hsüeh, China in 1975: The New Constitution, Problems of Communism, 1975, S. 11-19; der chinesische Text und eine deutsche Übersetzung der neuen Verfassung finden sich in China aktuell, Februar 1975, S. 36-43; die offizielle deutsche Übersetzung in PR 4, 28.1.1975, S. 12-17; zur Verfassung von 1954 s. Chung-hua jen-min kung-ho-kuo hsien-fa, Peking 1954, deutsch 1956.
- 32 Ebd., S. 19
- 33 Ebd., S. 13 s. dazu Artikel 5
- 34 Scharping, Chinas 4. Nat. Volkskongr., S. 24
- 35 S. den Leitartikel der Jen-min Jih-pao am 9.1.75; Yao Wen-yüan, Über die gesellschaftsfeindliche Basis der parteifeindlichen Clique um Lin Piao, Hung-ch'i 3, 1975 (deutsch PR, 11, 18.3.75, S. 4-10) und Chang Ch'un-chiao, Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, Hung-ch'i 4, 1975 (deutsch PR 14, 8.4.75, S. 5-11); s. auch die Analysen von Weggel und Martin in China aktuell, März u. April 1975.
- 36 S. dazu vor allem Lenin, Staat und Revolution; bezeichnenderweise wurde das Studium dieser Schrift gerade zum jetzigen Zeitpunkt in der VRCh erhebl. verstärkt.
- 37 S. dazu Opitz, Ein Postscriptum zur Bedeutung der 'prinzipiellen Polemik' im sino-sowjetischen Konflikt, Internationales Asienforum, 4, Okt. 75, S. 440-462.
- 38 Jen-min Jih-pao, 9.2.75, deutsch PR 7, S. 4.
- 39 W.I. Lenin, Staat und Revolution in: Ausg. Werke, Bd. 2, Berlin 1966, S. 396.
- 40 Yao Wen-yüan, Über die ges. Basis, S. 7.
- 41 S. O. Weggel, Die neue Kampagne "zur Festigung der Diktatur des Proletariats", in Ca, April 1975, S. 176.
- 42 Yao Wen-yüan, Über die gesellschaftliche Basis, S. 7.
- 45 S. dazu die Analyse von R.v. Schirach, Zur Shui-hu-chuan Kampagne, in Ca, Okt. 1975, S. 635-638; die deutsche Übersetzung des Leitartikels der Jen-min Jih-pao findet sich in PR 37, 16.9.75, S. 7f.
- 46 Zit. nach PR, 37, S. 7
- 47 Ebd., S. 8.
- 48 S. dazu im einzelnen W. Bartke, Weitere Rehabilitierungen, in Ca, Okt. 75, 639, und auf S. 640.
- 49 Hung-Ch'i, Nr. 1 aus dem Jahre 1976; die deutsche Übersetzung findet sich in in PR, 4, 27. Januar 1976, S. 4-8 (S. 7f.)
- 50 Leitartikel von Jen-min Jih-pao, Hung-ch'i und Chieh-fang-chün-pao, die deutsche Übersetzung findet sich in PR 1 vom 6. Januar 1976, S. 8-11, (S. 9)

Gerd Kaminski, Wien

NEUE ASPEKTE DER CHINESISCHEN HALTUNG ZUM GEWALTVERBOT

1. Die durch Mao Tse-tung vorgegebene theoretische Grundlage

Bereits beim Studium der Werke Mao Tse-tungs fallen Widersprüche hinsichtlich der Erlaubtheit der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen auf - Widersprüche, die nach der traditionellen Völkerrechtslehre unauflösbar wären.

In seiner Schrift "Über die Koalitionsregierung" (April 1945) hat Mao Tse-tung die Billigung der geplanten Organisation der Vereinten Nationen durch die chinesischen Kommunisten besonders hervorgehoben. Er war mit den Zielen der Vereinten Nationen betreffend die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit voll einverstanden.¹

Andererseits hielt er seine im Mai 1938 im Artikel "Über den langwierigen Krieg" ausgedrückte Ansicht aufrecht, die Geschichte zeige, daß man gerechte, weil progressive Kriege, von den ungerechten, den Fortschritt hemmenden Kriegen unterscheiden müsse. "Wir Kommunisten" hatte er 1938 geschrieben "sind gegen alle den Fortschritt behindernden ungerechten Kriege, jedoch nicht gegen fortschrittliche, gerechte Kriege. Was letztere betrifft, so sind wir Kommunisten nicht nur nicht gegen sie, sondern nehmen auch aktiv an ihnen teil."²

Dies scheint aber gegen das in Art 2 (4) verankerte Gewaltverbot zu verstoßen, welches keine progressiven von anderen Kriegen unterscheidet, sondern das mit folgender Formulierung in die Satzung der Vereinten Nationen aufgenommen worden ist:

"Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."³

Mao Tse-tung selbst hat die Antwort auf die Frage gegeben, welche durch die Konfrontation der Satzungsbestimmung mit dem Verlangen, progressive Kriege zu unterstützen, aufgeworfen wird. Er hat die These aufgestellt, daß es in Wahrheit die rückschrittlichen Kräfte seien, von welchen immer wieder ungerechte Kriege vom Zaun gebrochen würden, so daß die Angegriffenen gezwungen seien, zu ihrer Selbstverteidigung zurückzuschlagen.⁴ Damit befindet er sich in einer Linie mit Lenin, welcher ebenfalls gegenwärtige oder vergangene imperialistische Aggressionen als Ursache für kriegerische Auseinandersetzungen gesehen hat.⁵

In einem Edgar Snow gegebenen Interview stellte Mao Tse-tung im Jahre 1965 fest, die Feststellung Dean Rusks, China möge seine aggressive Politik aufgeben, sei ihm nicht verständlich. China habe gar keine Aggressionspolitik aufzugeben, denn es beginge keine Aggressionsakte. China unterstütze zwar revolutionäre Bewegungen, doch greife es keine anderen Staaten an. Natürlich würde China aber zur Existenz von Befreiungsbewegungen Erklärungen abgeben und zu Sympathiekundgebungen aufrufen.⁶

Damit sind von Mao Tse-tung folgende auch heute noch gültige Grundpositionen umrissen worden:

- A. China ist gegen Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.
- B. Kommt es in den internationalen Beziehungen zur Gewaltanwendung, so sind die rückschrittlichen Kräfte dafür verantwortlich zu machen und deren Opfer zu unterstützen.
- C. Die Unterstützung, die China gewährt, ist darauf berechnet, daß sich die Betroffenen selbst helfen und besteht mehr in moralischer als in massiver materieller Unterstützung.

2. Die Gewaltanwendung in Erklärungen und Stellungnahmen aus der VR China

Die von Mao Tse-tung eingenommene Haltung

hat sich selbstverständlich auf einschlägige chinesische Kommentare ausgewirkt. Gewechselt hat nur der Nachdruck, mit dem die einzelnen Grundpositionen chinesischerseits betont wurden, nicht aber ihr Hauptbestand.

So wurden vor allem in den ersten Jahren nach der Konferenz von Bandung (1955) die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz chinesischerseits sehr stark betont. - Nicht nur dem Ausland, sondern auch der eigenen Bevölkerung gegenüber, welcher sogar am Arbeitsplatz durch große Plakate verkündet wurde: "Auf der Straße zum Frieden - mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz."⁷

China versicherte, es wolle sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und wies die Verdächtigung von sich, es wolle sich der Angehörigen der chinesischen Nationalität im Ausland zur Ausübung von Gewaltanwendung bedienen.⁸ Darunter war aber - ohne daß dies damals sehr nachdrücklich betont wurde - lediglich zu verstehen, daß China weder durch direkte noch durch indirekte von Überseechinesen durchgeführte Einmischung in anderen Staaten revolutionäre Befreiungskriege entfachen wolle.

Waren aber bereits Konflikte vorhanden und schien in einem Staat die Übernahme der Staatsgewalt durch die revolutionären Kräfte reif zu sein, so zögerte auch zur Zeit der höchsten Blüte des "Geistes von Bandung" in der chinesischen Außenpolitik China nicht, sich offen für die progressive, gegen die Aggression der rückschrittlichen Kräfte gerichtete Gewaltanwendung zuteilwerden zu lassen. Wenn man auch in China Mitte der fünfziger Jahre nicht besonders stark auf diese Tatsache hinwies, so bemühte man sich aber auch nicht, dies zu verbergen oder eine andere Haltung vorzutäuschen. Dies geht aus einem Gespräch besonders deutlich hervor, das Ministerpräsident Tschou En-lai im September 1957 mit amerikanischen Jugenddelegierten geführt hat:

"We support the desire for national independence of those countries which have suffered from colonialist aggression and suppression... So long as these countries fight for national independence and against colonialism, fight for peace and against war, we should give them our support."⁹

(Die Frage war von den amerikanischen

Gästen aufs Tapet gebracht worden).

Im Zuge der ab Anfang der sechziger Jahre eingetretenen Verhärtung der chinesischen Außenpolitik und insbesondere während der Zeit der Kulturrevolution wurde die aktive Unterstützung revolutionärer Gewaltanwendung seitens Chinas besonders hervorgehoben. Allerdings wurde auch in dieser Phase darauf Bedacht genommen, daß die Eigenständigkeit der unterstützten Befreiungsbewegung durch die chinesische Hilfe nicht gefährdet wurde.¹⁰

Unabhängig von der Intensität der chinesischen materiellen Hilfe legte man aber darauf wert, sich gegenüber der Sowjetunion hinsichtlich der Haltung zu Krieg und Frieden eindeutig abzusetzen. In einem Kommentar zum 5. Brief des ZK der KPdSU schrieb die Pekinger Volkszeitung:

"...Wir sind der Meinung, daß es zur Verteidigung des Weltfriedens notwendig ist, ununterbrochen den Imperialismus zu entlarven und das Volk im Kampf gegen den von den Vereinigten Staaten angeführten Imperialismus anzueifern und zu organisieren, und daß es notwendig ist, auf das Wachstum der Stärke des sozialistischen Lagers zu vertrauen, auf die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der arbeitenden Bevölkerung aller Länder, auf die Befreiungskämpfe der unterdrückten Nationen, auf die Kämpfe aller friedensliebenden Völker und Länder und auf die breite vereinigte Front gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien."¹¹

Und in einem Kommentar zum 6. Brief des sowjetischen ZK stellten die Chinesen heraus, es sei nicht möglich, durch friedliche Koexistenz die Gegensätze und Kämpfe zwischen Sozialismus und Imperialismus aus der Welt zu schaffen bzw. könne durch friedliche Koexistenz auch nicht die Weltrevolution ersetzt werden.¹²

In diesem Sinne wurde von dem chinesischen Delegierten 1965 vor dem Friedenskongreß in Helsinki ausgeführt, gerade zur Erhaltung des Weltfriedens sei es notwendig, der amerikanischen Aggressions- und Kriegspolitik entgegenzutreten.¹³

Ende der sechziger Jahre trat China wiederum in eine Phase gedämpfteren internationalen Auftretens ein. Die Konfrontation mit der Sowjetunion ließ insbesondere seit dem Schock des Einmarsches der Warschauer Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei die Gegensätze zu anderen Staaten zurücktreten.

Beseitigt wurden sie dadurch nicht. Als die Pekinger Delegation in die Vereinten Nationen einzog, deren Satzungsbestimmungen den Chinesen bekannt waren, wiederholte sich in der chinesischen Regierungserklärung vom 29. Oktober 1971 die alte dualistische Position Mao Tse-tungs. In einem Atem wurde dort nämlich folgendes festgestellt:

"Aggression und Intervention sind mit der UNO-Charta unvereinbar. Die Regierung der Volksrepublik China und das chinesische Volk treten stets gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus auf und unterstützen die unterjochten Nationen und unterdrückten Völker in deren gerechtem Kampf für nationale Befreiung, gegen fremde Einmischung, für Herrschaft über ihre eigenen Geschicke..."¹⁴

Etwaige Zweifel, wie China es gemeint haben könnte, wurden dann vom jetzigen chinesischen Außenminister Qiao Guan-hua in seiner Rede vor der Generalversammlung vom 3. Oktober 1972 beseitigt. Er führte aus:

"Der Gewaltverzicht in internationalen Beziehungen ist nur unter bestimmten Bedingungen möglich, keineswegs aber bedingungslos. Die Bedingungen sind: durch gegenseitige Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitigen Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und Nutzen durch friedliche Koexistenz zu verwirklichen. Will man dies erreichen, so muß man die Aggressions- und Expansionspolitik jeglicher imperialistischer Kräfte bekämpfen. In einer Zeit, in der Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus aller Schattierungen noch immer Gewalt anwenden, um die Mehrheit der Länder der Welt zu versklaven, anzugreifen und zu kontrollieren und zu bedrohen, in einer solchen Zeit unterschiedslos und ohne auf die Bedingungen Rücksicht zu nehmen, den Gewaltverzicht in internationalen Beziehungen in absoluter Weise zu predigen - das ist Verrat an den Völkern der Welt..."¹⁵

3. A b k e h r C h i n a s v o n f r ü -
h e r e i n g e n o m m e n e n s o w -
j e t i s c h e n P o s i t i o n e n

Dem Autor wurde 1973 und 1974 in Peking im Rahmen von Gesprächen mit chinesischen Völkerrechtsexperten bestätigt, daß die Differenzen mit der Sowjetunion hinsichtlich der nationalen Befreiungskriege und der Auslegung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz schon sehr früh aufgetre-

ten sind, wenn sie auch erst geraume Zeit später publik gemacht wurden.

Was aber wesentliche Auffassungen betrifft, wie man unerlaubte Gewaltanwendung im internationalen Bereich hintanhalten könne, so ist jedenfalls für die erste Zeit ein Gleichklang sowjetischer und chinesischer Aussagen deutlich festzustellen.

Noch 1955 meinte Dong Bi-wu, der kommunistisches Mitglied der chinesischen Delegation zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen gewesen ist, die Konstruktion des Sicherheitsrates als hauptverantwortliches Organ für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit sei zufriedenstellend und das Einstimmigkeitsprinzip im Sicherheitsrat schaffe eine "zuverlässige Garantie für den Frieden und die Sicherheit der Völker aller Länder."¹⁶

Der sino-sowjetische Konflikt hat China bewogen, seine diesbezügliche Haltung gründlich zu revidieren. Es sieht heute den Sicherheitsrat für ungeeignet an, dem Hegemoniekampf der beiden Supermächte, in dem China die Quelle aller unerlaubten Anwendung von Gewalt erblickt, entgegenzuwirken, da die diese Mächte aufgrund der Satzung im Sicherheitsrat eine sehr starke Stellung innehaben. Daher gehen heute chinesische Bestrebungen in Richtung einer Satzungsrevision, welche die Rechte der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates beschneiden und die Rechte der anderen - vornehmlich im Interesse der Staaten der dritten Welt - erweitern soll.¹⁷ Erst kürzlich hat die Pekinger Volkszeitung in einem Bericht vom 16. März wiederum auf die Notwendigkeit einer Satzungsrevision hingewiesen.^{17a}

Ebenfalls von der früheren sowjetisch beeinflussten Position ist China hinsichtlich der Definition des Aggressionsbegriffes abgerückt.

Im Jahre 1951 ist die Forderung nach Definition der Aggression - welche immer ein Lieblingsprojekt der Sowjetunion gewesen ist - vom Chef der chinesischen Delegation auf dem 5. Kongreß der Union Demokratischer Juristen zu Berlin nachdrücklich vertreten worden. Shen Jun-ru hob in seinen Ausführungen zuerst hervor, daß die Erklärung des Angriffskrieges zum internationalen Verbrechen der größte Beitrag sei, welche die beiden Kriegsverbrechertribunale nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet hätten. Dies sei zweifellos für die Verteidigung des Weltfriedens von größtem Nutzen.¹⁸

Als erstgereihten Vorschlag für Themen, welche vom Kongreß behandelt werden sollten, legte Shen dann die Frage der Definition von Aggression vor. Er begründete es ganz im sowjetischen Sinne:

"Since aggression is the most heinous crime of war, the definition of aggression must be clearly laid down in law; otherwise the big imperialists may instigate their satellites and use their "voting machine" to brand others as aggressors at will."¹⁹

Diese Sorge wick dann später jener vor den Bestrebungen beider Supermächte, insbesondere aber der Sowjetunion. Im Jahre 1969 - nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei und nach den chinesisch-sowjetischen Gefechten auf der Ussuri-Insel Zhenbao erschien dann in der Peking Rundschau ein Artikel mit dem Titel "Was steckt hinter der sowjetrevisionistischen 'Definition der Aggression'!" Der Verfasser vertrat die Meinung, die Sowjetunion bemühe sich nur deshalb so stark um eine Definition der Aggression, um für bewaffnete Übergriffe die theoretische Grundlage zu erhalten.²⁰

In Übereinstimmung mit dieser Haltung äußerte sich der chinesische Delegierte Ling Qing im November 1973 in der Rechtskommmission der Generalversammlung zur Definition der Aggression, daß als Vorbedingung vor allem nötig sei, die Ursache der tatsächlichen und angedrohten Aggressionen in der Welt festzustellen. Zweifellos sei sie in der imperialistischen Politik zu suchen. Weshalb es wiederum - siehe oben - unzulässig sei, dem Sicherheitsrat die letzte Entscheidung über die Qualifizierung eines Aktes als Aggressionsakt zu überlassen. Denn dort hätten gerade die Hauptverantwortlichen, die Supermächte, ein Vetorecht.²¹

Ling Qing äußerte auch seine starken Bedenken hinsichtlich der Einbeziehung der Motive eines Angreifers bei der Beurteilung seiner Handlungen und befand sich damit in der Gesellschaft einer ganzen Reihe anderer Delegierter, welche ebenfalls darauf hingewiesen hatten, ein Staat, der in Verletzung der Satzung der Vereinten Nationen den ersten Schlag geführt habe, könne durch keine, wenn auch noch so edlen, Motive entschuldigt werden.²²

Außerdem brachte LingQing den Standpunkt der chinesischen Regierung in Erinnerung, daß es das Recht gebe, "geheiligte Kriege der nationalen Befreiung" und "revolutio-

näre Kriege der Selbstverteidigung" zu führen.

Festzustellen sei ein Aggressionsakt nicht im Wege über "abstrakte juristische Begriffe" und auch nicht über die Erforschung der Motive des Angreifers, sondern durch die Heranziehung objektiver Tatsachen.²³

LingQing ging damit einerseits dem alten chinesischen Ideal der Fallgerechtigkeit nach, welches darauf aufbaut, daß nicht generell abstrakte Normen, sondern die gerechte Beurteilung des Einzelfalls den optimalen Erfolg brächte. Mit diesem auf langer chinesischer Rechtstradition beruhenden Anliegen mischte sich - wenn auch nicht deutlich ausgesprochen - die chinesische Kontraposition gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte und seine Anwaltschaft für die Staaten der dritten Welt.

Die objektiven Kriterien, von denen er sprach, würden in der Praxis mit großer Wahrscheinlichkeit danach ausgerichtet sein, ob sich der Angreifer im Lager des Rückschritts befindet und damit automatisch die Rechtmäßigkeit der Anwendung der Gewalt durch die andere Partei feststellen.

Wie das funktioniert, zeigen chinesische Kommentare zu der Verfolgung von in Mozambique ausgebildeten Guerillas durch Rhodesien über dessen Staatsgrenze zu Mozambique hinaus.

Am 3. März 1976 hat der Präsident Mozambiques, Samora Machel, bekanntgegeben, daß am 23. und 24. Februar rhodesische Truppen Grenzdörfer in Mozambique angegriffen hätten.²⁴ Die rhodesische Begründung, daß die Angriffe "dem Völkerrecht und den internationalen Gepflogenheiten entsprechend" im Rahmen der Verfolgung vom Gebiet Mozambiques aus operierender Guerillas erfolgt sei, wurde von chinesischer Seite scharf zurückgewiesen:

"Dies ist der Gipfel der Anmaßung und Unverschämtheit. Jeder weiß, daß eine Handvoll weißer rhodesischer Rassisten das Volk Zimbabwes seit langem grausam ausbeutet und unterdrückt. Der bewaffnete Kampf, den das Volk Zimbabwes zum Sturz der finsternen Herrschaft des weißen Rassistenregimes, um die Unabhängigkeit des Staates und die nationale Befreiung führt, ist eine gerechte Sache. Es ist selbstverständlich, daß die afrikanischen Länder in Übereinstimmung

mit dem Geist der Charta der OAU seinen Kampf aktiv unterstützen. Die Tatsache, daß die reaktionären rhodesischen Behörden unter dem Vorwand "unaufhaltsamer Verfolgung" von Guerillatruppen Zimbabwes das Territorium eines souveränen afrikanischen Staates willkürlich verletzen, entlarvt nur ihre Fratze als Feind der afrikanischen Völker."²⁵

Damit hat sich China in vollem Umfang die Anliegen der Staaten der Dritten Welt zu eigen gemacht, wie sie von diesen Staaten bereits im Rahmen der Debatte um die "Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations" vorgebracht worden sind, in ihrer weitgehenden Form aber nicht in der 1970 von der UN-Vollversammlung angenommenen Endfassung des Textes Berücksichtigung gefunden haben.

Auch im Zuge jener Diskussionen war der Streit um das Spannungsverhältnis zwischen dem nicht differenzierenden Gewaltverbot nach traditionellem Völkerrecht und den Interessen der Staaten der Dritten Welt gegangen. Die Staatengruppe der Dritten Welt hatte die Gewährung des Notwehrrechtes an die Kolonialvölker gegenüber ihren Kolonialherren verlangt, während andere Staaten durch die Aufnahme solcher Bestimmungen die internationale Sicherheit in hohem Maße gefährdet sahen, so daß die Wünsche der Entwicklungsländer nicht ganz berücksichtigt wurden.²⁶

Für die Chinesen ist aber der Sachverhalt eindeutig. Schlimm ist es, wenn rückschrittliche Kräfte die fortschrittlichen unterdrücken, welche dann diese Unterdrückung mit Nationalen Befreiungskriegen bzw. revolutionären Kriegen der Selbstverteidigung beantworten. Da das Völkerrecht klassengebunden ist, wie dem Autor gegenüber vom Leiter des Völkerrechtsbüros im chinesischen Außenministerium, Shen Wei-liang, immer wieder betont worden ist, gilt es, sich mit den Unterdrückten zu solidarisieren. Ihnen gewährte Hilfe ist daher keine Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots, sondern rechtlich erlaubte Nothilfe gegenüber dem reaktionären Aggressor.

Schlimmer noch ist es daher, wenn dieser reaktionäre Aggressor, wie die weiße rhodesische Minderheit, gegen den Nothilfe gewährenden Staat vorgeht und ihn, der zum Unterschied vom Aggressor in seiner Souveränität und territorialen Integrität völkerrechtlich geschützt ist, in diesen

Rechten verletzt. Es ist ihm also nach chinesischer Ansicht verwehrt, auf dem Gebiet eines Nachbarstaates gegen ihn gerichtete und vom Nachbarstaat unterstützte Guerilla-Aktivitäten selbst abzustellen, da dies als "offene bewaffnete Aggression" angesehen werden muß, welche eine "ins Wanken geratene Kolonialherrschaft" stützen soll.²⁷

Das chinesische System zur Feststellung der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit einer Gewaltanwendung ist also in sich logisch und befindet sich, das muß nochmals betont werden, zumindest was Gewaltanwendung im Rahmen des Kampfes gegen Kolonialherren betrifft, sehr weitgehend mit den Positionen der Staaten der Dritten Welt in Übereinstimmung.

Nicht in Übereinstimmung befindet es sich hingegen mit den Prinzipien des traditionellen Völkerrechtes, was gerade am Beispiel des rhodesischen Vorgehens gegen Mozambique deutlich demonstriert werden kann.

Nach traditionellem Völkerrecht ist die Bereitschaft Mozambiques, auf seinem Gebiet eine gegen Rhodesien gerichtete Operationsbasis zu dulden, ein Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verbote der Einmischung und der Gewaltanwendung. Dabei spielt nach traditionellem Völkerrecht keine Rolle, ob es dabei um den Kampf gegen ein Kolonialregime geht. Die gegen den Kolonialismus angenommenen Deklarationen der UN-Vollversammlung haben nur empfehlenden Charakter und sind nicht geeignet, "von so grundlegenden Vorschriften des Völkerrechtes, wie sie das Gewaltanwendungsverbot und das Einmischungsverbot darstellen, zu dispensieren."²⁸

Der geschädigte Staat Rhodesien hat darauf hingewiesen, daß seine Verfolgung der Guerillas auf das Gebiet von Mozambique völkerrechtsgemäß erfolgt sei und kann in der Tat auf eine Fülle von in der traditionellen Völkerrechtsliteratur enthaltenen Präzedenzfällen verweisen. Aus der älteren Zeit seien für einschlägige Selbsthilfemaßnahmen außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes der Caroline-Fall und der Virginus-Fall angeführt, während in der neueren Zeit die Verfolgung algerischer Befreiungskämpfer auf tunesisches Gebiet durch Frankreich sowie der unter dem Titel des Kampfes gegen Vietkongbasen erfolgte amerikanische Einmarsch in Kambodscha als einschlägig angesehen werden können.²⁹

Bei Heranziehung der durch die oben genannten Fälle illustrierten Normen traditionellen Völkerrechtes kommt man daher, was

die Erlaubtheit der von Rhodesien unternommenen Gewaltanwendung sowie die Bezeichnung des Aggressors im Konflikt zwischen Rhodesien und Mozambique betrifft, zu einem dem chinesischen völlig entgegengesetzten Ergebnis.

Bei Berücksichtigung der Verhältnisse in der Weltgemeinschaft wird man daher zu der Auffassung kommen können, daß China für seine Ablehnung der neu geschaffenen Aggressionsdefinition wegen ihrer Unbestimmtheit¹ und den damit verknüpften Mißbrauchsmöglichkeiten in größerer Gesellschaft ist.³⁰ Gleich ihm teilen eine ganze Reihe anderer Staaten die Auffassung der Sowjetunion nicht, daß durch die Definition der Aggression ein wesentlicher Beitrag zur internationalen Friedenssicherung erfolgt ist.³¹ Dies bedeutet jedoch nicht, daß die von China propagierte Methode der Feststellung des Aggressors nach den in chinesischen Augen objektiven Kriterien der Fortschrittlichkeit oder Rückschrittlichkeit der beteiligten Parteien bereits ihrerseits allgemein als geeignet angesehen wird, gegen Aggressionen aufzutreten. Gewiß werden sich Entwicklungsländer dafür engagieren - vor allem allerdings für die chinesischen Aussagen zu Gewaltanwendung gegenüber Kolonialherren und weniger für die Gewaltanwendung gegenüber rückschrittlichen Regimen, unabhängig von deren kolonialistischem Hintergrund. - Denn in letzterem Falle wären zweifellos eine Reihe von Regierungen aus der Dritten Welt ebenfalls betroffen. Die dem traditionellen Völkerrecht verpflichteten Staaten der westlichen Hemisphäre werden sich zu einer positiven Bewertung dieser chinesischen Aussagen kaum entschließen und dies dürfte auch - aus anderen Gründen - für die Ostblockstaaten gelten, da China, wie aus dem folgenden Abschnitt hervorgeht, die Debatte um die Gewaltanwendung im internationalen Bereich immer mehr als Instrument gegen die Sowjetunion richtet.

4. Neueste chinesische Positionen zum Gewaltverbot

Eine Analyse der jüngsten chinesischen Praxis zeigt, daß die von Mao Tse-tung vorgegebenen Grundpositionen unverändert vorhanden sind.

China ist nach wie vor gegen Gewaltanwendung, erklärt vorhandene Gewaltanwendung mit der Unterdrückung progressiver Kräfte und tritt für Hilfeleistung an die zuletzt genannten ein.

Allerdings haben sich innerhalb dieser Grundpositionen Gewichtsverschiebungen bzw. Präzisierungen ergeben. Zuerst zu den Gewichtsverschiebungen:

a) Was die Intensität der chinesischen Hilfeleistungen betrifft, so ist in letzter Zeit wiederum ein Pendelausschlag in Richtung eines stärkeren Engagements festzustellen. Die von Mao Tse-tung ausgegebene Devise "Den Klassenkampf als Hauptkettenglied anpacken" kann im internationalen Bereich nicht ganz ohne Auswirkungen bleiben und wird zumindest in einem bestimmten Ausmaß eine verstärkte Förderung des "internationalen Klassenkampfes" durch China nach sich ziehen.^{31a}

Daß eine derartige Gewichtsverlagerung bevorsteht, hatte sich schon in der letzten Rede des chinesischen Außenministers Qiao Guan-hua vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen angekündigt, in welcher er die **b e w a f f n e t e n** Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen mehr als sonst hervorhob.³² In künstlerischer Form wurde dieses revolutionärere Auftreten am Anfang dieses Jahres durch die Publizierung des von Mao Tse-tung verfaßten Gedichtes "Gespräch zweier Vögel" bestätigt, welches mit der Feststellung endet: "Sieh", die Welt wird umgewälzt."³³ In diesem Zusammenhang ist als signifikant anzumerken, daß China der Sowjetunion in letzter Zeit wiederholt den Vorwurf gemacht hat, die Befreiungsbewegungen Angolas zur Zeit von deren Kampf gegen Portugal nicht genügend durch Waffenlieferungen unterstützt zu haben.³⁴

b) Eine andere Gewichtsverlagerung hat sich hinsichtlich der Bewertung der Aggressivität bestimmter Staaten ergeben. Nach wie vor hat natürlich die Annahme Gültigkeit, daß es das imperialistische Lager ist, welches die anderen Staaten unterdrückt und gegen progressive Bestrebungen vorgeht. Statt wie früher die USA als Haupt des imperialistischen Lagers und daher als gefährlichsten Aggressor zu sehen, führt China nunmehr die unerlaubte Gewaltanwendung auf das Ringen zweier imperialistischer Supermächte - der USA und der "sozialimperialistischer" Sowjetunion zurück, wobei letztere die andere an Gefährlichkeit noch weit übertrifft.

Als Beispiel dafür können die chinesischen Begründungen für die Ursache des Bürgerkrieges in Angola angesehen werden. So schrieb die Pekinger Volkszeitung am 14. November 1975:

"Die Spaltung in Angola ist ausschließlich das Resultat des wilden Wettstreites zwischen den beiden Supermächten, insbesondere das Resultat der intensivierten Aggression und Expansion auf Seite der sowjetischen Sozialimperialisten."³⁵

Und in einer am nächsten Tag veröffentlichten Erklärung des chinesischen Außenministeriums heißt es unter Bezugnahme auf den nach Erlangung der Unabhängigkeit in Angola zwischen den Befreiungsorganisationen ausgebrochenen Krieg:

"Dies ist völlig das Resultat der Rivalität zwischen den beiden Supermächten und besonders der unverhüllten Expansion und groben Einmischung der Sowjetunion."³⁶

Diese wird in der zitierten Erklärung beschuldigt, die Einigkeit der Befreiungsorganisation gespalten und durch einseitige Begünstigungen und großangelegte Waffenlieferungen die vorhandene Situation herbeigeführt zu haben.

In einem weiteren, der Situation in Angola gewidmeten Artikel wies dann die Pekinger Volkszeitung am 7. Dezember 1975 darauf hin, daß die Sowjetunion im dortigen Raum strategische Interessen verfolge³⁷ und man blieb auch bei der Brandmarkung der Supermächte als Haupturheber der Gewaltanwendung in Angola, als Südafrika ebenfalls begann, sich im angolanischen Bürgerkrieg zu engagieren. Nur in leichter Abänderung früherer Formulierungen schrieb dann der chinesische Journalist Fu Shen in einer Spezialabhandlung:

"Die Spaltung und der Bürgerkrieg aber, die nach der Erlangung der Unabhängigkeit in Angola entstanden sind, sind in jeder Hinsicht auf die Rivalität der beiden Supermächte, der SU und der USA, vor allem auf die unverhüllte Expansion und die grobe Einmischung der SU zurückzuführen.

Die chinesische Regierung und das chinesische Volk verurteilen mit aller Schärfe die sowjetischen Sozialimperialisten wegen ihrer unverhüllten und groben Intervention und brandmarken ferner die Rivalität der beiden Supermächte um dieses Gebiet und die Intervention der südafrikanischen Behörden in Angola."³⁸

In diesem Sinne äußerte sich auch der chinesische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Huang Hua, am 26. März 1976 vor dem Sicherheitsrat. Auch bei ihm lag die Hauptverantwortlichkeit für die bewaffneten Auseinandersetzungen in Angola bei den

Supermächten (und dabei in erster Linie bei der Sowjetunion) und erst danach bei Südafrika.³⁹

Neben diesen Gewichtsverlagerungen innerhalb der chinesischen Positionen hat die chinesische Praxis in letzter Zeit Material für die Präzisierung chinesischer Ansichten zur Gewaltanwendung geliefert:

Die aus dem Material zu gewinnenden Erkenntnisse können in dem Satz zusammengefaßt werden, daß China nach dem erfolgreichen Ende einer Gewaltanwendung durch progressive Kräfte keinerlei direktes oder indirektes militärisches Engagement von außen und auch keine Rechtfertigung dafür gelten läßt. Dies kann vor allem aus den chinesischen Kommentaren zu den Fällen Zypern, Timor und Angola geschlossen werden.

Im Verhältnis zu ZYPERN stellte der chinesische Delegierte Zhuang Yan am 19. Juli 1975 vor dem Sicherheitsrat fest:

"...Wir sind entschieden gegen Aggression und Subversion, von irgendeiner fremden Macht gegen ein souveränes Land verübt. Die Zypern-Frage muß vom zyprischen Volk selbst gelöst werden. Gegenwärtig ist es besonders wichtig, den Supermächten gegenüber Wachsamkeit zu bewahren, damit sie nicht die Gelegenheit der zyprischen Lage ausnutzen, um sich einzumischen und im Trüben zu fischen."⁴⁰

Und die Peking Rundschau sekundierte:

"Die Entwicklung in Zypern zeigt immer mehr Menschen, daß das Volk Zyperns sein Geschick in die eigenen Hände nehmen muß. Sind die von den beiden Supermächten aufgestellten Hindernisse, insbesondere die Einmischung der Sowjetunion, beseitigt, kann die Zypern-Frage von den griechischen und den tyrkischen Zyprioten mit den anderen betroffenen Parteien unter Berücksichtigung der Gesamtsituation auf der Grundlage der Gleichberechtigung und durch friedliche Konsultationen im Geist des gegenseitigen Verständnisses und Entgegenkommens ohne weiteres vernünftig gelöst werden."⁴¹

Dieses "Händewegprinzip" war auch in den Stellungnahmen Chinas zur TIMOR-Frage deutlich festzustellen. Nachdem am 7. Dezember 1975 indonesische Fallschirmjäger und Marineinfanterie auf der neu begründeten ehemals portugiesischen Demokratischen Republik von Ost-Timor gelandet waren, meinte ein Kommentator der Pekinger Volkszeitung in einem am 9. Dezember 1975 veröffentlichten

Artikel, die Bevölkerung auf Timor habe das Recht gahabt, um seine Unabhängigkeit zu kämpfen und das Gesellschaftssystem müsse von ihr selbst bestimmt und dürfe von keinem anderen Staat aufgezwungen werden.⁴² Um dem Volk von Ost-Timor dazu die Chance zu geben, verlangte China in der 4. Kommission der Generalversammlung am selben Tag energisch den Abzug der indonesischen Truppen.⁴³ Am 11. Dezember erklärte der chinesische Vertreter ebenfalls vor der 4. Kommission, die Unabhängigkeit von Ost-Timor sei bereits ausgerufen und nun seien anstehende Fragen von Ost-Timor selbst zu lösen.⁴⁴

Als das Problem dann am 16. Dezember vom Sicherheitsrat behandelt wurde, betonte der chinesische Vertreter Huang Hua in Übereinstimmung mit dem oben erwähnten Prinzip, nachdem er Indonesien der groben Verletzung der UN-Satzung beschuldigt hatte:

"...In view of the fact that East Timor has become already independent, the internal matters of East Timor, including the negotiations with the various organizations should naturally be settled by the people of East-Timor themselves and should not be intervened by foreign forces."⁴⁵

Noch mehr verdeutlicht kann diese chinesische Haltung am Beispiel ANGOLA demonstriert werden.

Es wurden oben bereits im Zusammenhang mit den Supermächten als - nach chinesischer Ansicht - Urheber der Gewaltanwendung in Angola chinesische Erklärungen aus der Anfangsperiode des Bürgerkriegs in Angola zitiert. In diesen und in weiteren Stellungnahmen wird der Vorwurf erhoben, die Sowjetunion habe durch Waffenlieferungen an eine der Befreiungsbewegungen n a c h der Ausrufung der Unabhängigkeit Angolas den Bürgerkrieg provoziert. Außerdem warf China der Sowjetunion vor, sie habe Militärpersonen nach Angola geschickt, "um hinter den Kulissen zu arbeiten und militärische Operationen zu leiten, w o d u r c h s i e s i c h d i r e k t i n d e n B ü r g e r k r i e g A n g o l a s v e r w i c k e l t h a t." (Hervorhebung von mir).⁴⁶

Wie schon oben erwähnt, ließ China für das Eingreifen mit Militärgütern und Militärpersonen nach dem Unabhängigkeitstag keinerlei Rechtfertigungsgründe gelten. So wurde der Tass-Bericht vom 28. Januar zurückgewiesen, mit dem der sowjetische UN-Botschafter festgestellt hatte, es sei kein

einzigster Sowjetbürger in Angola, der mit der Waffe in der Hand kämpfe. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua stellte dazu in einer Aussendung vom 3. Februar fest, das sowjetische Argument sei lächerlich, da man sehr wohl wisse, daß die Lieferung von Waffen, Militärberatern und Söldnertruppen den Taten der alten Kolonialistengleichzuhalten seien.⁴⁷

Es ist als interessant anzumerken, daß China in diesem Zusammenhang auch gegen das sowjetische Argument vom Proletarischen Internationalismus, der die SU bewogen habe, der kommunistischen der Befreiungsbewegungen zu helfen, Stellung bezog und auch dies als Vorwand abtat, in Angola zu intervenieren.⁴⁸

Nicht einmal die sowjetische Rechtfertigung, Waffen und Berater seien auf Begehren der angolanischen Regierung ins Land gekommen, vermochte die chinesische Seite zu befriedigen, sondern der Pekinger Rundfunk erklärte dazu am 25. März, dies sei ein "Plumper Trick", da Moskau schon begonnen habe, eine der Befreiungsbewegungen zu favorisieren, bis sich diese mit einer Regierung durchgesetzt hatte. Es sei dies mit der "Annexion Österreichs" zu vergleichen, als "Goering den Gesandten Nazi-Deutschlands in Wien instruierte, die österreichische Regierung zu zwingen, um die Entsendung deutscher Truppen zu ersuchen, nachdem Hitler ihnen bereits den Marschbefehl gegeben hatte."⁴⁹

Die chinesische Position dazu, wie man sich nach der Durchsetzung einer progressiven Bewegung zu verhalten hat, ohne das Gewaltverbot zu verletzen, wurde vom chinesischen Delegierten Lai Ya-li vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen ausgeführt. In identer Formulierung erklärte er am 12. und 18. Dezember 1976:

"China's position on the question of Angola has always been open and above-board. From the very beginning we have given our support to the national liberation movement in Angola, and we gave military aid to all three Angolan liberation organizations. Being aware of their differences, we have all along urged the three liberation organizations to unite against the enemy. We have always supported the OAU in its efforts to eliminate the differences among the three Angolan organizations and promote their unity. After the agreement on independence was reached between the Angolan national liberation movement and Portugal, w e s t o p - p e d t o g i v e m i l i t a r y a i d

to the three Angolan organizations. (Hervorhebung von mir). Upon the independence of Angola we extended congratulations to all three organizations. At the same time we have continued to urge them to take the national interests to heart, root out the super power meddling and intervention and unite in the efforts to build a truly independent Angola of national harmony. Such are the facts. Anyone who respects the facts can see that this position of ours takes into account the fundamental interests of the people of Angola and the rest of Africa and can stand the test of time."⁵⁰

So strikt hat China nie zuvor zwischen der Zeit vor und nach der Unabhängigkeit unterschieden. So präzise hat es zuvor nie herausgestellt, daß die militärische Unterstützung zu diesem Zeitpunkt zu endigen hat, um nicht aus einem nationalen Befreiungskrieg einen Bürgerkrieg zu machen.

China hat - siehe die obigen Ausführungen - keinen Zweifel darüber gelassen, daß es Zuwiderhandlungen gegen dieses Prinzip als Bruch des Völkerrechts betrachtet. Als besonders bemerkenswert muß an dieser Stelle festgestellt werden, daß man in diesem Zusammenhang den Proletarischen Internationalismus nicht als wichtiger betrachtet und ihn ebenso wenig als Rechtfertigungsgrund anerkennt, wie das Ersuchen um militärische Hilfe. In beiden Fällen mögen für die chinesischen Erklärungen die Erfahrungen der Tschechoslowakei-Krise Pate gestanden sein.

5. Zusammenfassung

Aus der jüngsten chinesischen Praxis kann abgeleitet werden, daß zumindest in gewissem Umfang wiederum mehr Wert auf die Unterstützung revolutionärer Bewegungen gelegt werden wird. In diesem Bereich kollidiert - wie oben dargetan wurde - China mit dem traditionellen Völkerrecht.

Das Mehr an Kollision, welches durch die Intensivierung dieser Hilfe zu erwarten ist, wird allerdings wettgemacht durch einen Abbau der Kollisionsmöglichkeiten für die Zeit nach dem Datum, an dem von China geförderte Bewegungen zur Regierungsmacht gelangt sind.

"Beunruhigende Positionswechsel" in der chinesischen Haltung zum Gewaltverbot sind mittelfristig nicht zu erwarten. - Wo bei interessant ist, wie gespannt man heute nach China blickt.

Heute heißt es: "Was wird China tun?" und nicht mehr wie früher "Was werden wir mit China tun?" Wie schrieb einer der ersten "offiziellen" österreichischen China-Besucher so schön?

"Es ist die Weltgeschichte, die mit eherner Faust an die Tore von China pocht, auf daß ein Drittel der Menschheit ... von tausendjähriger Abgeschlossenheit sich losmache und zu leben anfangen auch für die übrige Menschheit. Es muß Antwort erfolgen hinter den verschlossenen Toren. Und wenn diese Antwort auch noch hundertmal lautet: 'Was wollt ihr? Wir brauchen euch nicht, wir sind uns selbst genug.' So wird die Rückantwort immer gebieterischer heißen: 'Braucht ihr auch uns nicht, so brauchen wir doch euch. Darum auf!'"⁵¹

Jetzt, da China begonnen hat, auf seine Art "für die übrige Menschheit zu leben", mag es vielleicht - nicht zuletzt im Hinblick auf Diskrepanzen zwischen chinesischen und traditionell völkerrechtlichen Positionen zum Gewaltverbot - manchem dem Schlaf rauben. Nunmehr pocht hörbar China. Doch dürfte oben dargetan worden sein, daß aus dem Pochen kein Poltern geworden ist."

Anmerkungen

- 1 S. Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. 3, Peking, 1969, S. 303.
- 2 S. ibd., Bd. 2, Peking, 1968, S. 174.
- 3 S. Satzung der Vereinten Nationen, abgedruckt bei Friedrich Berber, "Völkerrecht - Dokumentensammlung", Bd. 1, München - Berlin 1967, S. 14.
- 4 Vgl. die Zusammenstellung über Mao Tse-tungs Aussagen zum Krieg in: Peking Review, Nr. 32 vom 4. August 1967, S. 5-8.
- 5 Vgl. Hans Heinrich Mahnke, "Revolution und Völkerrecht - Der Einfluß der französischen und russischen Revolution auf das geltende Völkerrecht", in: Recht in Ost und West, Jg. 16, 1972, Heft 1, S. 20 ff. sowie Gerd Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", Berlin, 1973, S. 271 f.
- 6 Abgedruckt bei Jerome Alan Cohen - Hungdah Chiu, "People's China and International Law", Bd. 2, Princeton, 1974, Dok. 42-9, S. 1484 f.
- 7 S. die Abbildung auf der Titelseite von People's China, Nr. 9 vom 1. Mai 1956.
- 8 S. Ho Wu-shuang, (Vorstand der Abteilung

für Diplomatie der chinesischen Volksuniversität), "Peace Is Our Policy", in: People's China Nr. 17 vom 1. September 1955, S. 9.

- 9 S. People's China Nr. 20 vom 16. Oktober 1957, S. 11.
- 10 S. Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 274-278, 285 f.
- 11 S. Peking Review Nr. 47 vom 22. November 1963, S. 15.
- 12 S. Peking Review Nr. 51 vom 20. Dezember 1963, S. 11, 13.
- 13 S. Peking Review Nr. 30 vom 23. Juli 1965, S. 12.
- 14 S. "Erklärung der Volksrepublik China vom 29. Oktober 1971", in: "Unwiderstehliche historische Strömung", Peking, 1971, S. 3.
- 15 S. Peking Rundschau Nr. 41 vom 17. Oktober 1972, S. 10.
- 16 S. Dong Bi-wu, "The Tenth Anniversary of the United Nations", in: People's China Nr. 14 vom 16. Juli 1955, S. 6.
- 17 Kürzlich hat das Sonderkomitee über die UN-Satzung und zur Stärkung der Rolle der Organisation zwischen dem 17. Februar und dem 8. März zum ersten Mal getagt. Die chinesische Vertreterin Ho Li-liang erklärte dort unter anderem, "angesichts der Strömung zur Überprüfung der Charta seien die Supermächte von Panik ergriffen und böten ihren ganzen Widerstand dagegen auf. Eine der beiden (gemeint ist die Sowjetunion) stelle sich völlig ungerechtfertigt und verzweifelt der Überprüfung der Charta entgegen. Sie verleumde absichtlich die Länder, die für die Überprüfung der Charta eintreten, als 'reaktionäre Kräfte', die 'die UNO zu sabotieren suchen'. Alles, was sie fürchtet, ist, daß sie ihres Privilegs, des Mißbrauchs des Vetorechts beraubt wird. Aber die Überprüfung der Charta ist eine unaufhaltsame und allgemein begrüßte Strömung." - aus: Peking Rundschau, Nr. 13 vom 30. März 1976, S. 23. Vgl. auch das Hsinhua-Bulletin (London) vom 27. November 1975, S. 3 f.
- 17a S. Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, vom 25. März 1976, FE/5168/A1/1.
- 18 Shen Jun-ru, "On the Indictment and Punishment of War Criminals", - "An Address at the 5th Congress of the International Union of Democratic Jurists", Supplement to People's China, Bd. 4, Nr.

6, 16. September 1951, S. 4.

Shen (1875-1963) war einer der prominentesten Juristen der VR China. Noch nach dem alten klassischen Prüfungssystem graduiert, beendete er auch das Studium der Rechtswissenschaften an der kaiserlichen Universität von Tokio. Als er die oben zitierte Stellungnahme abgab, war er Präsident des Obersten Gerichtshofs der VR China und hatte hohe Funktionen im chinesischen Weltfriedensrat inne. (S. ibd.S. 2 sowie "Who's Who in Communist China", Bd. 2, hrsggb. vom Union Research Institute, Hongkong, 1970, S. 560). Er war also einer der klassisch ausgebildeten Juristen und dürfte vor dem Kongreß der demokratischen Juristen nicht nur aus Sympathie zur Sowjetunion, sondern aus eigener Überzeugung die Bedeutung des Rechtes und der Kodifizierung besonders betont haben. Bekanntlich haben die Anschauungen dieses Teils der chinesischen Juristen, der eine klassische juristische Ausbildung erfahren hat, stark an Boden verloren, als nach dem Intermezzo der 100 Blumen das starre, an generell abstrakten Normen Festhalten der altgedienten Juristen besonders kritisiert wurde. Diese hatten ihrerseits während der Zeit der 100 Blumen den anderen mangelnde Fachkenntnis und Geringschätzung des Rechtsunterrichtes vorgeworfen und mußten sich etwa ab Herbst 1957 gefallen lassen, daß gegen sie mit den Argumenten vorgegangen wurde, sie vernachlässigten zugunsten ihrer akademischen Ideale sowohl das revolutionäre Interesse wie auch infolge der Überbetonung von Rechtsvorschriften das für China stets typisch gewesene Streben nach der Fallgerechtigkeit, was wiederum einfache unbürokratische Vorgangsweisen voraussetzte. - S.Kaminski, op. cit., S. 26-36 und die dort angegebene Literatur.

Damit hatte man begonnen, sich im Rechtsbereich vom sowjetischen Modell zu lösen (Vgl. Borissow - Koloskow, "Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945-1970.", deutsche Übersetzung der 1972 in Moskau erschienen russischen Ausgabe, Berlin (Ost) 1973, S.100; Victor H. Li, "The Role of Law in Communist China", in: The China Quarterly, Nr. 44, Okt./Dez. 1970, S. 89) und dieser Prozeß wurde beschleunigt, als sich eine ideologische und außenpolitische Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion abzuzeichnen begann. Sowjetische Lehrprogramme und Lehrbücher wurden aus dem Verkehr gezogen und die positive Bewertung der Rechtswissenschaft und des gesatzten Rechtes erfuhr eine starke Abschwächung.

- 19 S. Shen, "On the Indictment and Punishment of War Criminals", S. 8.
- 20 S. Peking Rundschau Nr. 22 vom 3. Juni 1969, S.16.
- 21 S. "Chinas prinzipieller Standpunkt in bezug auf die Definierung von Aggression", in: Peking Rundschau Nr. 49 vom 11. Dezember 1973, S. 10.
- 22 S. ibd. sowie Benjamin B. Ferencz, "Defining Aggression - The Last Mile", in: Columbia Journal of Transnational Law, Bd. 12, 1973, S. 444.
- 23 S. "Chinas prinzipieller Standpunkt in bezug auf die Definierung von Aggression", S. 10; vgl. dazu auch Oskar Weggel, "China in der UNO - Auf dem langen Marsch zur Festigung eines neuen 'Aggressionsbegriffs'", in: China aktuell, Jg. 2, Nr. 12, Januar 1974, S. 815 f.
- 24 S. Peking Rundschau Nr. 12 vom 23. März 1976, S. 19.
- 25 S. ibd., S. 19 f.
An dieser Stelle sei noch ein Auszug aus der Rede des chinesischen UN-Delegierten Huang Hua angemerkt, welche dieser im Rahmen der am 16. und 17. März 1976 vom Sicherheitsrat abgehaltenen Debatte über die Situation in Mozambique abgegeben hat. Sie bestätigt und bekräftigt die im Haupttext des Artikels umrissene chinesische Position:
"Die chinesische Regierung und das chinesische Volk erklären sich voll und ganz mit dem Volk von Mozambique solidarisch, unterstützen es entschieden in seinem gerechten Kampf und verurteilen mit aller Schärfe die Aggressionsakte des rassistischen Smith-Regimes gegen Mozambique. Wir sind der Ansicht, daß die UNO das Volk von Mozambique in seinem gerechten Kampf unterstützen, die Aggression des weißen Rassistenregimes in Rhodesien gegen Mozambique ernstlich verurteilen, die Sanktionen gegen Rhodesien ausweiten und verstärken und alle Maßnahmen ergreifen muß, um die Durchführung der UNO-Resolution bezüglich der Sanktionen gegen Rhodesien zu sichern." - aus: Peking Rundschau Nr. 13 vom 30. März 1976, S. 23 f.
- 26 S. Quellen bei Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 333 f.
- 27 S. Peking Rundschau Nr. 12 vom 23. März 1976, S. 20.
- 28 S. Ignaz Seidl-Hohenveldern, "Völkerrecht", Köln 1965, S. 225 sowie dessen Aufsatz in der Juristenzeitung, 1964, S. 489-492.
- 29 S. Gerd Kaminski, "Bewaffnete Neutralität", Wien, 1971, S. 71 sowie S. 95 ff.
- 30 entfällt
- 31 S. Ferencz, "Defining Aggression - The Last Mile".
- 31a S. Chi Heng, "Den Klassenkampf als das Hauptkettenglied fest anpacken", in: Peking Rundschau Nr. 6 vom 10. Februar 1976, S. 5-8 (Leicht gekürzte Übersetzung eines Artikels von Hongqi Nr. 1 aus 1976).
- 32 S. den Abdruck der Rede in Peking Rundschau Nr. 40 vom 7. Oktober 1975, S. 10; vgl. dazu Gerd Kaminski, "Neuere chinesische Positionen zum Völkerrecht", in: China-Report, Nr. 23 aus 1975, S. 11.
- 33 Die deutsche Übersetzung des Gedichtes findet sich in: Peking Rundschau Nr. 1 vom 6. Januar 1976, S. 6.
- 34 Vgl. dazu Peking-Rundschau Nr. 36 vom 9. September 1975, S. S. 15 sowie z.B. Hsinhua Bulletin vom 25. Januar 1976, S. 5:
"Is the Soviet Union truly in support of the Angolan national liberation movement? If 'yes' were the answer, why did it not aid the struggle of the Angolan people by supplying them with sophisticated weapons when they were fighting the Portuguese colonial troops before independence, but now it (the Soviet Union) is sending very sophisticated weapons when black men are fighting black men."
In einer anderen Aussendung von Hsinhua wird darauf hingewiesen, die Sowjetunion habe den Befreiungsbewegungen Angolas zur Zeit des Befreiungskrieges Waffenlieferungen verweigert. (Hsinhua-Bulletin-London vom 3. Februar 1976, S. 11).
- 35 S. Hsinhua-Bulletin (London) vom 14. November 1975, S. 4.
- 36 S. Hsinhua-Bulletin (London) vom 16. November 1975, S. 3.
- 37 S. Hsinhua-Bulletin (London) vom 8. Dezember 1975, S. 3.
- 38 S. Fu Shen, "Wer ist der verbrecheri-

- sche Urheber des Bürgerkriegs in Angola?", China Features vom 22. Januar 1976, S. 1.
- 39 S. Hsinhua-Bulletin vom 28. März 1976, S. 5 (es handelt sich hier wie bei allen anderen zitierten Hsinhua-Bulletins um die Londoner Ausgabe).
- 40 S. Peking Rundschau Nr. 30 vom 30. Juli 1974, S. 5.
- 41 S. Peking Rundschau Nr. 30 vom 29. Juli 1975, S. 9.
- 42 S. Hsinhua-Bulletin vom 9. Dezember 1975, S. 13.
- 43 S. Hsinhua-Bulletin vom 11. Dezember 1975, S. 7.
- 44 S. Hsinhua-Bulletin vom 13. Dezember 1975, S. 8.
- 45 S. Hsinhua-Bulletin vom 18. Dezember 1975, S. 4.
- 46 S. "Moskau intensiviert seine Einmischung in Angola", in: Peking Rundschau, Nr. 36 vom 9. September 1975, S. 15.
- 47 S. Hsinhua-Bulletin vom 4. Februar 1976, S. 5.
- 48 S. Leitartikel der Pekinger Volkszeitung vom 4. Februar 1976 "Die koloniale Expansion des sowjetischen Revisionismus liegt offen vor aller Augen", abgedruckt in deutscher Übersetzung in: Peking Rundschau Nr. 6 vom 10. Februar 1976, S. 9.
- 49 S. Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East vom 31. März 1976, FE/5173/A5/1.
- 50 S. Hsinhua-Bulletin vom 12. Dezember 1975, S. 3, vom 18. Dezember 1975, S. 12 f.
- 51 S. Ferdinand von Hochstetter, "Ferdinand von Hochstetters Gesammelte Reiseberichte von der Erdumsegelung der Fregatte 'Novarra' 1857-59" Wien, 1885, S. 241.

Diese für die damalige Zeit typische Ansicht, wie sie Hochstetter trefflich formuliert hat, hatte übrigens - um die Analogie vollständig zu machen - erhebliche Auswirkungen auf das völkerrechtliche Verhalten der westlichen Mächte gegenüber China. - S. Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 122-128.

Soichiro Inukai, Tokio

ÜBER DEN GESAMTSTAND VON KRAFTFAHRZEUGEN IN DER VR CHINA

1. Die Unterschätzung durch das Ausland

Der Artikel, welcher 1974 unter dem Titel "Über das Bevölkerungsproblem der Welt" in "Renmin Zhongguo" im Dezember 1974 erschienen ist, hat sich mit vom Ausland über China angestellte Schätzungen in folgender Weise auseinandergesetzt: "Sie (die Supermächte) haben hohe Zahlen erfunden, um zu beweisen, daß China eine hohe Bevölkerungszahl, weniger Nahrung und zu wenig Rohstoffquellen hat."

Daher könnte man annehmen, daß auch die Schätzungen über die in China vorhandenen Autos nicht stimmen. Andererseits hat China seit 1960 über den Gesamtstand an Autos keine Zahlen mehr publiziert, so daß es tatsächlich leicht zu Fehlschätzungen kommen kann. Dazu kommt noch, daß es eine Tendenz gibt, daß sich der Staat der Autoindustrie als einer militärisch wichtigen Industrie besonders annimmt, wie man dies von Japan sehen kann, überdies es ist auch zu berücksichtigen, daß fast alle Teile der Autoindustrie für zivile und militärische Zwecke verwendet werden können. Daher ist anzunehmen, daß der Gesamtstand an Kraftfahrzeugen - nicht nur der Teil, der bereits jetzt dem Militär untersteht, sondern auch der im zivilen Gebrauch stehende Teil - in China als Staatsgeheimnis angesehen wird.

Wie man weiß, hat die Autoindustrie von Changchun in den späten fünfziger Jahren mit der Massenproduktion begonnen und wurde zum Zentrum der Autoindustrie, doch wurde diese Fabrik mit Hilfe der Sowjetunion und unter Mitarbeit sowjetischer Techniker aufgebaut, so daß anzunehmen ist, daß Pläne

Aufwärts!



Bilanz 1975

| | |
|--------------------|------------------------|
| Bilanzsumme | 24,5 Mrd. S + 20,5% |
| Schillingumsatz | 1.413,9 Mrd. S + 23,2% |
| Kredite | 14,8 Mrd. S + 19,2% |
| Wertpapiere | 3,6 Mrd. S + 58,3% |
| Einlagen insgesamt | 23,0 Mrd. S + 19,4% |
| Spareinlagen | 5,6 Mrd. S + 22,6% |
| Barliquidität | 4,3 Mrd. S = 67,0% |



BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT

und Fortschritt dieser Fabrik den Sowjets bekannt sind. Deshalb wohl hat China auch nicht Anstoß genommen, die Jahresproduktion von Kraftfahrzeugen aller Kategorien der letzten Periode der fünfziger Jahre in "Zehn große Jahre" zu publizieren. Nach 1960 hat China jedoch keine offiziellen Zahlen mehr über die Kraftfahrzeuge veröffentlicht, was wahrscheinlich mit der Rücknahme der sowjetischen Hilfe und Techniker zusammenhängt.

China sieht die Frage, ob Statistiken veröffentlicht werden oder nicht als in seiner souveränen Entscheidung befindlich an und stößt sich nicht an der Kritik vom Ausland. Selbstverständlich darf man in diesem Zusammenhang nicht außer acht lassen, daß die Frage der Veröffentlichung von Statistiken in China mit den Vorbereitungen zusammenhängt, die China vor einem sowjetisch-chinesischen Krieg wappnen sollen.

Was ist der Grund für Überlegungen hinsichtlich der Zahl von Kraftfahrzeugen in China? In erster Linie, um klarzulegen, daß die vom Ausland angestellten Schätzungen zu niedrig sind. Dies wiederum führt zu einem besseren Verständnis der Situation Chinas und verringert das Fehlerrisiko bei der Beurteilung chinesischer Politik, Wirtschaft etc. Andererseits besteht auch für mich eine große Kargheit an statistischem Material und ich habe daher nicht die Absicht, eine genaue Zahlenangabe zu erarbeiten. Sehr wohl möchte ich aber einige weiße Flecke hervorheben sowie einige Schätzungen und Annahmen hinzufügen.

Außerdem ist anzumerken, daß man bei der Betrachtung von chinesischen Statistiken immer an die "Ein-China-Theorie" denken muß. Die Daten, welche in Peking publiziert werden, enthalten auch die Zahlenangaben über die Provinz Taiwan, besonders was Geographie, Bevölkerungsziffern und Angaben über Rohstoffquellen betrifft. Dasselbe gilt für Statistiken, die in Taipei erstellt werden. Zur Zeit, als Mandschukuo existierte, hielt es die Kuomintang-Regierung genau so, worauf später noch eingegangen werden wird.

2. Die durch die USA angestellten Schätzungen als Beispiel

Das Wirtschaftskomitee beider Häuser des amerikanischen Parlaments hat 1972 eine offizielle Publikation veröffentlicht, welche sich betitelt: "China: Die wirtschaftlichen Schätzungen, wie sie von den USA gesehen werden." Gemäß diesem Bericht

beliebte sich der Stand an Kraftfahrzeugen in China im Jahre 1971 (Ende) auf mindestens 500.000. "Die gegenwärtige Zahl" fuhr der Bericht fort "beläuft sich auf mehr als das Doppelte und es ist neunmal so viel verglichen mit 1956, als in China die Kraftfahrzeugproduktion begann." (S. 221).

So nimmt dieser Bericht also an, daß es 1956 ungefähr 55.100 waren und 1965 ungefähr 250.000. - Und, wie berichtet, zumindest 500.000 Ende 1971, so daß es auch über 600.000 sein könnten - besonders wenn der Lastwagenkategorie auch die anderen Kraftwagen hinzugezählt würden. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß sich der amerikanische Bericht nur auf die Lastwagen konzentriert. Wahrscheinlich deshalb, weil in China die Lastwagen den größten Teil der Kraftfahrzeuge ausmachen. Obwohl die Produktion von Personautos schon begonnen hat, ist es noch keine höherentwickelte Massenproduktion im vollen Umfang. Die Autobusproduktion steht erst an zweiter Stelle und es gibt mehr Kraftwagen, welche ein Lastwagenchassis und einen Busaufbau haben und in den Provinzen hergestellt werden, als solche, welche in den zentralen Fabriken hergestellt werden.

Die Unzulänglichkeit dieses Berichtes liegt wahrscheinlich daran, daß er die Gesamtzahl von Kraftfahrzeugen in China aufgrund der Import- und Produktionsquantitäten schätzt. Dies ist nicht falsch, aber es ist besser, für die Schätzung der Gesamtzahl von Kraftfahrzeugen in China detailliertere Untersuchungen anzustellen. Daher soll zu folgenden Punkten Stellung genommen werden.

- (1) Der Gesamtstand vor der Befreiung
- (2) Die Produktionsquantität
- (3) Die Importquantität
- (4) Die Quantität an Reparatur- und Reproduktionsfabriken
- (5) Die Quantität der Verluste und der ausgeschiedenen Einheiten

(1) Die Frage des Gesamtstandes vor der Befreiung ist auch in einem anderen Bericht vernachlässigt worden. Der Bericht aus den USA beginnt mit 55.000 im Jahre 1956 und der Chūgoku Sōren des Asian Council (Tokyo) schätzt in seiner Ausgabe von 1972 500.000 für das Jahr 1952. Aber er gibt keine Antwort darauf, wie hoch die Quantität im Oktober 1949 gewesen ist.

(5) Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Kraftfahrzeuge dauerhafte Konsumgüter sind. Nach vielen Jahren werden sie verschrottet

und so kann man zwar sagen, daß der alte Stand mit den aktuellen Schätzungen direkt nichts zu tun hat, aber es ist bekannt, daß zu Beginn der Befreiung in China die alten Kraftfahrzeuge, welche 10 bis 20 Jahre in Gebrauch gestanden waren, repariert wurden und aus mehreren alten Kraftfahrzeugen ein neues produziert worden ist. In China wird der Wert von Dingen als sehr hoch angesehen und dies ist auch im heutigen China so. Die Ansicht über die Lebensdauer von Kraftfahrzeugen ist in China anders als in anderen Ländern und daher darf die Zahl der Kraftfahrzeuge in China vor der Befreiung nicht vernachlässigt werden.

Als nächstes ist es selbstverständlich, daß (2) die Produktionsquantität und (3) die Importquantität einen Einfluß auf den Gesamtstand von Kraftfahrzeugen haben. Aber in China ist die Produktionsquantität der Montagebetriebe in der Provinz gewichtiger als die Produktion der zentralen Fabriken. Dies kann aus der Verteilung der Kraftfahrzeuge im ganzen Land abgeleitet werden. Diese Charakteristik wird vom europäischen und japanischen common sense oft übersehen.

3. D e r Ü b e r g a n g z w i - s c h e n 1910 - 1949

(1) 1910-1935

Gemäß dem "Entwicklung und Trend des Transportwesens in China", verfaßt von Jin Jia-feng und hrsggb von Zheng Zhong wird die Veränderung des Besitzstandes an Kraftfahrzeugen in China zwischen 1910 und 1935 durch die A-Linie in der im Anhang wiedergegebenen Tabelle angegeben. Die Zahl der Lastwagen wird durch die A'-Linie veranschaulicht. Nach Teil 3 des "Chinesischen wirtschaftlichen Almanachs", welcher durch die Abteilung für Industrie der Republik China herausgegeben worden ist, lief sich der Stand an Kraftfahrzeugen in China im Jahre 1934 auf 44.000 und dies stimmt mit der Statistik des oben erwähnten Buches überein.

Gemäß der A-Linie stimmt der Gesamtbetrag der Importquantität mit der Steigerung bis 1931 überein. 1932 betrug der Import 4000 und die Zahl der in China montierten Wagen 5.000. Insgesamt hätte es also eine Steigerung um 9000 geben müssen, doch betrug sie infolge der Abnutzung alter Wagen nur 5000. Die Abnutzung, die mit der von dem oben erwähnten Buch angegebenen Lebensdauer von 4-10 Jahren zusammenhängt, hat sich auch

1932 bis 1936 ausgewirkt, da es insgesamt 10.000 neue aus Import, Montage, Reparatur und Reproduktion stammende Kraftfahrzeuge gab, der Gesamtstand aber trotzdem 1936 auf 40.000 sank.

(2) 1937-1945

Nach 1937 begannen die Kriegshandlungen innerhalb des Shanhai-Passes und südlich der Großen Mauer und vorher schon war Mandschukuo in der nordöstlichen Region errichtet worden, so daß es keine Statistik über Kraftfahrzeuge für die damalige Zeit gibt, welche das ganze Land umfaßt. Es ist daher notwendig drei Regionen zu unterscheiden: a) Inneres b) Shanhai-Küstenregion 3) Nordöstliche Region (Der Shanhai-Paß trennt die Mandschurei von den anderen chinesischen Provinzen).

In der Februar-Nummer des Far Eastern Reviews des Jahres 1939 schrieb Prof. M. Smith von der Hong Kong - Universität, daß nach Angaben der europäischen Firmen die Zahl der Kraftfahrzeuge, welche über Hong Kong nach China kamen, zwischen Juli 1937 und Oktober 1938 mehr als 100.000 betrug, worunter die meisten Lastwagen waren. So wenn von 100.000 40.000 im Jahre 1937 und 60.000 im Jahre 1938 als Zuwachs betrachtet werden und wenn man für beide Jahre einen Ausfall von 10.000 Kraftfahrzeugen annimmt, war der Gesamtstand im Jahre 1938 120.000, wie die A-Kurve anzeigt. Das heißt, daß 20.000 Kraftfahrzeuge erneuert worden sind.

Es ist bemerkenswert, daß der Anteil der Lastwagen am Gesamtstand hoch ist. Wenn man einen Anteil von 2/3 annimmt, so betrug die Zahl von Lastwagen im Jahre 1934 9.400, im Jahre 1937 36.000 und 1938 86.000 wobei der prozentuelle Ant.von 22% über 50% auf 70 % angewachsen ist.

Damals plante die KMT-Regierung mehr Fabriken im Inneren des Landes anzulegen. Die Aktivität der Montage- und Reparaturbetriebe stagnierte und sie bekamen auf der Nordwestroute russische Hilfe und auf der Südwestroute amerikanische.

Nach dem "Forschungsbericht über die Widerstandskraft von China" herausgegeben von der Forschungsabteilung der Mandschurei und neuaufgelegt vom Sanichi-Verlag im Jahre 1970 betrug Ende der dreißiger Jahre die Gesamtzahl der Lastwagen, welche auf der Nordwest- und Südwestroute den Nachschub besorgten, ungefähr 8000. Was damals importiert wurde, waren Zweittonner von der Marke

Ford, Chevrolet und Dodge. Normalerweise können diese Wagen an die 200.000 km lang gefahren werden, wegen der schlechten Straßen im Inneren waren sie aber bereits nach 50 - 60.000 km oder manchmal sogar nach 20.000 km unbrauchbar. Daher hat der weitere Import nach dem Inneren den Gesamtstand nicht erhöht, sondern nur für eine gewisse Ergänzung gesorgt.

Wie es vom Tschungking-Bulletin vom 27. 7. 1940 berichtet wird, war der Gesamtstand von Kraftfahrzeugen in der von der KMT-Regierung kontrollierten Region 72.000. Damit ist gemeint, das Innere, die Küstenregion von Shanghai ohne die vom japanischen Militär besetzte Zone. Jedenfalls hat sich der Gesamtstand in dieser Höhe bis 1945 erhalten.

Was die nordöstliche Region betrifft, so wird im Anhang eine Tabelle wiedergegeben, welche vom Tōyō Keizai Shimpō - Verlag im Jahre 1950 im ersten Teil der "Geschichte der Showa-Industrie" veröffentlicht worden ist. Die Zahl der fertiggestellten Kraftfahrzeuge und Chassis wird durch die B-Linie angezeigt. Nach 1942 sind die unbrauchbar gewordenen Wagen ausgeschieden worden und ich schätze daher den Gesamtstand von 1945 auf 20.000 Wagen. Gemäß dem oben zitierten Bericht "Entwicklung und Trend des chines. Transportwesens" sind etwa 6.000 Wagen aus der Mandschurei in den chinesischen Statistiken enthalten. Daher ist angenommen worden, daß jene Wagen bis 1942 verbraucht und durch Importwagen von Japan ersetzt worden sind. Der Übergang wird durch die C-Linie der Tabelle im Anhang angezeigt. Wahrscheinlich ergeben die Werte der A-Linie und B-Linie zusammen 100.000.

(3) 1946-1949

Da nach 1946 in China der Bürgerkrieg ausgebrochen ist, muß man annehmen, daß eine Abnahme des Gesamtstandes erfolgt ist, da der Verbrauch die durch die Militärhilfe der USA bzw. die montierten und reparierten Fahrzeuge übertraf. Die Zahl der Kraftfahrzeuge, die von den USA der KMT-Regierung geliefert wurden, ist nicht klar. Andererseits hat die Sowjetunion bei der Versorgung des Lastwagentransportes auf der Nordwest-Route mitgeholfen, aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß von ihr Kraftfahrzeuge geliefert worden sind. Speziell nach 1946 haben sie aber 15.785 Kantogun-Lastwagen von den Japanern requiriert und der chinesischen Volksbefreiungsarmee zur Verfügung gestellt. Diese Wagen sind in den oben erwähnten 20.000 der

Mandschurei nicht enthalten. Nach der Geschichte der Showa-Industrie sind in Japan 124.165 Lastwagen für den militärischen Gebrauch produziert worden. Davon wurden wahrscheinlich 20.000 der Kantogun zur Verfügung gestellt, welche 180.000 Mann zählte. Außerdem wurden etwa 40.000 von Japan kontrollierten chinesischen Truppen zur Verwendung überlassen. Zusammen sind dies etwa 60.000 und selbst wenn man annimmt, daß sie bis 1949 allmählich verbraucht worden sind, scheint es daß 40.000 - 50.000 Lastwagen von der Volksbefreiungsarmee übernommen worden sind.

Nun möchte ich einige Zahlen über den Gesamtstand an Kraftfahrzeugen in China im Jahre 1945 angeben:

- im Inneren und der Küstenregion: ca 80.000
- in der nordöstlichen Region ca 20.000
- japanische Militärlastwagen ca 60.000
- insgesamt: ca 160.000

Jetzt ist noch die Überlegung anzustellen, wieviel von diesen Fahrzeugen bis 1949 verbraucht worden sind. Sind es Wagen, die vor 1942 erzeugt worden sind, so würde man fast mit einem völligen Verbrauch zu rechnen haben. Da man aber annehmen kann, daß die Militärlastwagen aus Japan neu waren, welche in Kontinental-China und auf Taiwan gefahren wurden, ist anzunehmen, daß Ende 1949 noch 80.000 - 100.000 vorhanden waren.

Gemäß der Grundstatistik über den Stand an Kraftfahrzeugen in China, welche von der nordöstlichen Straßentransportkonferenz zu Beginn des Jahres 1950 offiziell veröffentlicht worden ist, gab es folgende Zahlen:

- allgemeine Transporteinheit für staatliche Transporte (Lastwagen) - etwas mehr als 7000
- private Transporteinheiten (alle Arten von Kraftwagen) - mehr als 17.000
- Wagen von Organisationen und Gruppen - mehr als 2.500
- Militärkraftwagen - mehr als 10.000
- Gesamtzahl: mehr als 10.000

Der Ausdruck mehr als 10.000 bedeutet wahrscheinlich weniger als 100.000 aber die Statistik jener Zeit ist als elementar zu betrachten und in diesem Sinne ist das "mehr als 10.000" zu verstehen. In der Statistik wird die Zahl der Militärfahrzeuge verschwiegen. Aber die Lastwagen japanischer Herkunft machten wahrscheinlich etwa 40.000 - 50.000 aus und die der KMT-Regierung zusammen mit denen der 8. Feldarmee 60.000 bis 70.000. Nach diesem Be-

richt kann der Gesamtstand von Kraftfahrzeugen im Jahr 1949 mit 80.000 bis 100.000 angenommen werden.

4. Der Stand nach 1950

Wenn der Stand im Jahre 1949 80-100.000 betrug, müssen außerdem noch ca 100.000 betriebsunfähige Kraftfahrzeuge vorhanden gewesen sein, von denen viele reproduziert worden sind. Es scheint daß China Anstrengungen unternommen hat, den Gesamtstand zu halten bzw. zu erhöhen, indem man die alten Wagen reparierte bzw. aus betriebsunfähigen neue fertigte bis China selbst mit der Produktion begann. Außerdem hat China in den Jahren zwischen 1953 und 1956 ungefähr 40.000 Wagen importiert. Dadurch hat sich die Transportkapazität um etwa das neunfache von etwa 9,200.000 t. im Jahre 1950 auf 80,000.000 im Jahre 1956 erhöht.

Die Lastwagen waren Zweitonner im Jahre 1930, doch ging man in den vierziger Jahren auf 3,6-4-Tonner über. Daher konnten die Wagen in den fünfziger Jahren meistens vier Tonnen laden und die importierten 4-6 Tonnen. Durch die Erhöhung der Transportkapazität im Wege des Wechsels erhöht sich natürlich auch die Frachtkapazität und daher kann von dieser Erhöhung nicht unmittelbar auf den Gesamtstand von Kraftfahrzeugen geschlossen werden.

Zu Beginn der fünfziger Jahre war nach den Angaben der Veröffentlichungen der Nordöstlichen Transportkonferenz die durchschnittliche Tagessollstrecke für einen Fahrer 110 km. Dies hat sich auf 170 im Jahre 1957 erhöht.

Es ist jedenfalls anzunehmen, daß sich der Gesamtstand nach 1950 erhöht und nicht abgenommen hat, besonders, wenn man annimmt, daß ungefähr 40.000 neue Wagen importiert wurden und daß auch durch die sowjetische Militärhilfe für den Koreakrieg Kraftwagen ins Land kamen. Die meisten der Militärlastwagen sind überholt worden und wurden dann für den zivilen Gebrauch eingesetzt. Das heißt, daß 1956 ungefähr 20.000 für Zivilzwecke zur Verfügung gestanden sind. Die Nummer 34 von "Das Vaterland" berichtete am 1. Januar 1967, daß gemäß existierender Publikationen der Gesamtstand an Kraftfahrzeugen in China im Jahre 1956 120000 betrug, im Jahre 1957 140000 und 170000 im Jahre 1958. Dies beinhaltet jedoch nicht die Zahl der vom Militär verwendeten Kraftfahrzeuge.

Seit dem Jahre 1956 ist die heimische Produktion von Kraftfahrzeugen in China angelaufen und daher hat sich der Gesamtstand verändert. Er ist im Jahre 1957 bestimmt durch die Abnahme durch Abnutzung und durch die Jahresproduktion und den Import ausländischer Fahrzeuge. Für die Zeit vor 1949 kann die durchschnittliche Lebenserwartung eines Kraftfahrzeuges in China auf sieben Jahre veranschlagt werden. Da sich dieser Wert nach 1949 auf fünfzehn Jahre erhöhte muß ein starkes Ansteigen des Gesamtstandes angenommen werden. Die Importquantität von Lastwagen ist 1965 angestiegen, jedoch nach 1971 rapide abgesunken.

Wie schon eben demonstriert wurde, darf der Stand vor der Befreiung nicht vernachlässigt werden. Außerdem ist es möglich für die Zeit nach 1956 einige Schätzungen anzustellen. Wenn man für das Jahr 1956 einen Gesamtstand von 160.000 - 170.000 annimmt und die jährliche Produktion berücksichtigt, so kann man eine sanft ansteigende Kurve vermuten. Wenn man dies tut, so kann man für das Jahr 1974 mehr als 1,200.000 Lastwagen (inklusive der Busse) und wenn man die anderen Typen hinzurechnet, so würden Ende 1974 auf dem chinesischen Kontinent 1,5 * Millionen von Kraftfahrzeugen vorhanden gewesen sein.

5. Die Notwendigkeit der historischen Untersuchungen

Nach der Besichtigung der 1. Automobilfabrik in Changchun vor etwa zwanzig Jahren, an der der Autor als Mitglied einer japanischen Delegation teilnahm, nützte er die Zeit des Nachmittags, zu der die anderen schliefen, um sich noch in Changchun herumfahren zu lassen. Auf der Hauptstraße befanden sich viele Menschen und der Hauptplatz war von den Buben der Pionierorganisation mit ihren roten Halstüchern besetzt. Man feierte die Fertigstellung des ersten selbst produzierten Lastwagens "Befreiung".

Die Automobilfabrik von Changchun ist auf eine Kapazität von 30.000 Stück angelegt und bald hat man sich als ferneres Ziel 90.000 vorgenommen. Diese Zahl sollte im Jahre 1965 erreicht werden, doch hört man, daß es auch heute erst 60.000 sind. Heißt das, daß man sein Ziel nicht erreicht hat?

Ich glaube, man hat die Ziele erreicht. Doch hat man, um auf einen Krieg vorbereitet zu sein, die Fabrik in einige neue Fab-

riken aufgelöst. Dies ist eine ganz andere Politik, als sie etwa Toyota verfolgt und hat die Zahl von Fabriken der gleichen Art erhöht. Es scheint, daß die Anzahl der produzierten Viertonner im Jahre 1970 auf 90.000 gestiegen ist. Die Automobilfabrik in Nanking produziert 10.000 2,5-Tonner jährlich und es kann auf eine Gesamtproduktion von 40.000 im ganzen Land geschlossen werden. Für die Fabriken in Shanghai, Djinan und Wuhan ist eine Produktion von je 5000 jährlich anzunehmen.

Nach der Besichtigung der Fabrik von Changchun im Jahre 1956 sagte der verstorbene Okazaki Fumiisa im Zuge der Diskussion. "Es ist notwendig, die Zusammenarbeit von Fabriken zu entwickeln." Dies ist sehr natürlich und die chinesische Seite stimmte dem zu. In China hatte sich eine solche Strategie bereits entwickelt. - Es ist die Politik des "Gehens auf zwei Beinen".

In China betrachtet man es als sinnlos, nach Dingen zu streben, für welche die Voraussetzungen nicht gegeben sind. In der Nordostregion, wo sich eine verhältnismäßig große Industriebasis befand, war keine Zusammenarbeit von Betrieben gegeben, so daß alles in einem Betrieb hergestellt werden mußte. Die Auswirkung einer solchen Situation kann an der Geschichte von Toyota und Nissan demonstriert werden. In den USA hingegen begann man mit einer Zusammenarbeit und die Automobilindustrie entwickelte sich - zum Unterschied von Japan - als Montageindustrie.

Was China betrifft, so wurden zuerst in Peking Montagebetriebe und koordinierte Betriebe gebaut, die als Kombinat zu arbeiten begannen und dann in Tientsin und Shanghai und diese Form hat sich in der Zwischenzeit im ganzen Lande ausgebreitet. Wenn man aber die Pekinger Fabrik isoliert betrachtet, dann hat man keinen Aufschluß über die historische Entwicklung der chinesischen Automobilindustrie.

In diesem Artikel habe ich absichtlich bei 1910 begonnen, da ich verständlich machen wollte, daß das Kraftwagenwesen in China bereits eine sechzigjährige Geschichte hat und nicht vom Stand "null" im Jahre 1956 begonnen hat. Diese Geschichte mit all ihren politischen Aspekten ist zu berücksichtigen, wenn man versucht, mit China Handel zu betreiben, da es nicht ausreicht, bloß vom isolierten Standpunkt des Austauschs von Waren und technischem Wissen auszugehen. (Aut. Übers. von E.Yoshimichi, Rechte:Kodosha)

**Uwe G. Fabritzek, Udo Weiß:
DAS ENTWICKLUNGSMODELL CHINA**

Wien, 1975, 123 Seiten

**Wolfgang Ruppert, Erich Wang:
NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK
IN DER VR CHINA**

Wien, 1975, 95 Seiten

**Gerd Kaminski:
DIE HALTUNG
DER VOLKSREPUBLIK CHINA
ZUM VÖLKERRECHTLICHEN
GEBIETSERWERB**

Wien, 1975, 70 Seiten

**Weggel, Fabritzek, Kaminski, Sichrovsky
CHINA UND DIE DOMINOTHEORIE**

Wien, 1976, 120 Seiten

Im Druck:

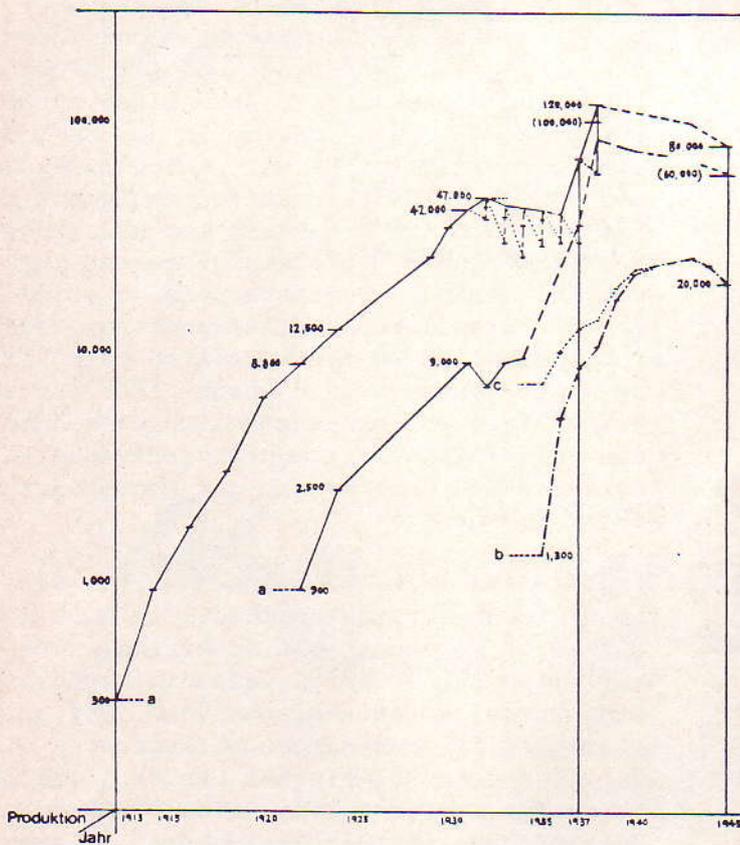
**Helmut Opletal
CHINESISCHE MASSEN MEDIEN**

ca. 70 Seiten

**Tabellen zu Artikel Automobilindustrie
siehe umseitig**

| Transport- ausrüstung | | 1950 | 1952 | 1957 | 1958 | 1960 | 1965 | 1970 | 1971 |
|-----------------------------|------|--------|---------|---------|---------|---------|-------------------|---------|--------------------------------------|
| Straßen | km | 99.600 | 126.675 | 254.624 | 400.000 | 500.000 | 550.000 | 650.000 | (670.000) |
| Lastwagen- produktion | Zahl | | | 7.500 | | 40.000 | 25.000 -30.000 | 70.000 | 80.000 (100.000) |
| Gesamtstand an Lastwagen | Zahl | 31.600 | 50.000 | 75.000 | 100.000 | 150.000 | 250.000 | 450.000 | 500.000 (1.000.000 -1.500.000) |

Quelle: "People's Republic of China: An Economic Assessment"
Der Gesamtstand von Lastwagen folgt Angaben von Toyota



Harry Sichrovsky, Wien

CHINA-SEMINAR IN AFRIKA

Veranstalter des Seminars war die der Universität Nairobi angeschlossene School of Journalism, die von skandinavischen Ländern und Österreich als Entwicklungsprojekt aufgebaut wurde. Teilnehmer des insgesamt dreiwöchigen Seminars waren rund 30 Studenten aus 10 afrikanischen Staaten. Alle Teilnehmer waren bereits journalistisch in den Massenmedien ihrer Länder, beziehungsweise bei Nachrichtenagenturen oder staatlichen Informationsstellen tätig. Die Schule dient dementsprechend nicht der Grundausbildung, sondern der Spezialisierung und beruflichen Fortbildung.

Die erste Woche des insgesamt dreiwöchigen Seminars war der allgemeinen Landeskunde und Geschichte Chinas gewidmet. Vortragender dieses Teils war der britische Journalist und Autor Jonathan Fryer. Der folgende zweiwöchige aktuelle Teil umfaßte die Themen:

Einführung und Film

Von der Gründung der Volksrepublik von 1949 bis zum Beginn der Kulturrevolution 1966

Die Kulturrevolution und das Menschenbild Mao Tse-tungs

Die Massenmedien und das Kulturleben

Erfahrungen eines Auslandskorrespondenten in Peking

Das Entwicklungsmodell China

China und Afrika

China und die Sowjetunion

Die Auslandschinesen und ihre Rolle in Südostasien

Taiwan und Hongkong

China und die Domino-Theorie

Resümee und aktuelle Lage

Die Themen 1949-66, Massenmedien, China und Afrika sowie Taiwan-Hongkong wurden von Mr. Fryer vorgetragen, für alle anderen Themen war der Autor dieses Berichts verantwortlich. Gemeinsames Medium für Vorträge und Diskussion war die englische Sprache. Bei der Erstellung des Studienmaterials erwiesen sich die Veröffentlichungen aus dem Kursprogramm des ÖCF von besonderem Wert, nebst eigenen Arbeiten und einem in China selbst aufgenommenen Film.

Das Interesse der Studenten an der Thematik war erstaunlich groß. Das ist nicht zuletzt auf die besondere Aktualität zurückzuführen, die China gerade in der Zeit des Seminars erzielte. Es war wenige Tage nach dem Tod des Ministerpräsidenten Tschou En-lai, während die Ernennung von Hua Kuo-feng zum amtierenden Ministerpräsidenten kurz vor Abschluß des Seminars bekannt wurde. Die für Diskussion und Anfragen zur Verfügung gestellte Zeit erwies sich meist als zu knapp bemessen. Sie wurde nicht nur voll ausgenutzt, sondern gewöhnlich nach Abschluß des offiziellen Teils durch individuelle Anfragen und Debatten in der Mensa oder in Cafes fortgesetzt.

Angelpunkte der Diskussionen waren: Das chinesische Entwicklungsmodell im Hinblick auf seine Anwendbarkeit in Afrika, wobei vor allem das Beispiel Tansania berücksichtigt wurde, wo chinesische Vorbilder am stärksten für den Aufbau herangezogen werden. Auf außenpolitischem Gebiet löste die Frage der Konfrontation China-UdSSR im Zusammenhang mit der Ereignissen in Angola die heftigsten Debatten aus. Es wäre jedoch übertrieben, hier von der Existenz zweier Lager zu sprechen. Die Studenten waren vielmehr einzuteilen: in solche, die für die chinesische Haltung Verständnis aufbrachten, und in jene, die dies weniger taten.

Höhepunkt des Seminars war zweifellos die

AK Kurse immer Aktuell

- Kostenlose AK-Abendkurse
- Technisch-gewerbliche Abendschule
- Berufsbildung durch AK-Fachausschüsse
- Zweiter Bildungsweg – Berufsreifeprüfung
- AK-Bildungsberatung

AK

Informationen und Prospekte über das

Bildungsprogramm

durch Betriebsräte, Gewerkschaften, Volkshochschulen,
Berufsförderungsinstitut

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1041 Wien
Tel. 65 37 65/Klappe 313 Durchwahl

Schlußveranstaltung im Auditorium der Universität, an der hunderte Studenten aller Fakultäten teilnahmen. Das Education Theatre war mehr als bis auf den letzten Platz gefüllt, Stiegen und Gänge, sowie Ein- und Ausgänge waren buchstäblich verstopft. Nach der Vorführung von Kultur- und Wochenschauaufnahmen, die die chinesische Botschaft bereitgestellt hatte, stand ein Forum für Anfragen und Diskussion zur Verfügung, gebildet aus den beiden Referenten sowie Dr. Jones Lin, amerikanisch-chinesischem Lektor für Politikwissenschaft an der Universität Nairobi. Unter lebhaftester Anteilnahme der Zuhörer mußte der Abend um Mitternacht abgebrochen werden.

Das Seminar eröffnete dem Lektor und - so ist zu hoffen - auch den Studenten neue Perspektiven, neue Erfahrungen und neue Kontakte für die weitere Chinaforschung. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Teilnahme des Referenten durch die großzügige Assistenz des Bundeskanzleramtes (Abt. V Entwicklungshilfe) sowie des Institutes für internationale Zusammenarbeit in Wien ermöglicht wurde

Harry Sichrovsky, ORF-Redakteur und Mitglied des Kuratoriums des Österreichischen China-Forschungsinstitutes, hat im Februar 1976 auf Einladung der Universität Nairobi, Kenya, als Vortragender an einem zweiwöchigen China-Seminar teilgenommen.

Li Chao, Peking

ZUR PREISSTABILITÄT IN CHINA

Gegenwärtig leiden die Werktätigen der kapitalistischen Länder unter Arbeitslosigkeit und Inflation, den Folgen der Wirtschaftskrise. Die Werktätigen im Neuen China hingegen werden weder von Arbeitslosigkeit geplagt, noch von Preisauftrieb bedroht.

So etwas wie Inflation gibt es in China

nicht mehr. Der Wert der chinesischen Währung Renminbi ist seit langem stabil. Das markanteste Kennzeichen dafür ist ihre langandauernde gleichbleibende Kaufkraft.

Auf dem Pekinger Markt kann man mit einem Yuan Renminbi etwa gleich viel Waren kaufen wie vor zehn Jahren. In dieser Zeitspanne sind die Preise mancher Waren gesunken, bei einigen sogar beträchtlich.

Die folgende Tabelle gibt einen vergleichenden Überblick über Einzelhandelspreise einer Anzahl von Waren auf dem Pekinger Markt 1964 und 1974. (Ein Yuan Renminbi entspricht etwa 1,30 DM):

| Waren | Einheit | Einzelhandelspreise 1964 | Einzelhandelspreise 1974 |
|------------------------------------|---------|--------------------------|--------------------------|
| Reis | 1 Kilo | 0,30 Yuan (0,39 DM) | 0,30 Yuan |
| Weizenmehl | 1 Kilo | 0,35 Yuan | 0,35 Yuan |
| Schweinefleisch | 1 Kilo | 2 Yuan | 1,8 Yuan |
| Schafffleisch | 1 Kilo | 1,42 Yuan | 1,42 Yuan |
| Huhn (lebend) | 1 Kilo | 1,86 Yuan | 1,56 Yuan |
| Karpfen | 1 Kilo | 1,04 Yuan | 0,8 Yuan |
| Hühner-eier | 1 Kilo | 1,82 Yuan | 1,8 Yuan |
| Tomaten | 1 Kilo | 0,07 Yuan | 0,07 Yuan |
| Gurken | 1 Kilo | 0,11 Yuan | 0,11 Yuan |
| Weißer Zucker | 1 Kilo | 1,76 Yuan | 1,6 Yuan |
| Eierkuchen | 1 Kilo | 1,56 Yuan | 1,56 Yuan |
| Weißer Baumwollstoff | 1 m | 0,84 Yuan | 0,84 Yuan |
| Wollserge | 1 m | 31,08 Yuan | 27,2 Yuan |
| Strickwolle | 1 Kilo | 32,2 Yuan | 32,2 Yuan |
| Parfüm. Seife | 1 Stück | 0,51 Yuan | 0,50 Yuan |
| Armband-uhr der Marke 'Shanghai' | 1 | 120 Yuan | 120 Yuan |
| Nähmasch. | 1 | 170,6 Yuan | 168 Yuan |
| 6-Transistor-Radio (Marke Pao-nie) | 1 | 105,1 Yuan | 61 Yuan |

| | | | |
|--------------|----------------|-----------|-----------|
| Penicillin | 1 Ampulle | 0,23 Yuan | 0,14 Yuan |
| Sulfathiazol | 1000 Tabletten | 18,6 Yuan | 13 Yuan |

Die langanhaltende Stabilität der Währung und der Warenpreise zeugt davon, daß es im Neuen China keine Inflation gibt. Die Inflation, ein Produkt des kapitalistischen Systems, wurde durch die sozialistische Gesellschaftsordnung des Neuen China ausgerottet.

Die Volkswirtschaft Chinas, der das Gemeineigentum an Produktionsmitteln zugrundeliegt und die die konsequente Befriedigung der Erfordernisse des nationalen Aufbaus und die Hebung des Lebensstandards des Volkes zum Ziel hat, ist eine sozialistische Planwirtschaft. Die Produktion und Verteilung der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, die Finanzeinnahmen und -ausgaben, die Emission und Zirkulation von Banknoten, der Kauf, Verkauf und die Preisfestsetzung von Waren - das alles geschieht unter einheitlicher staatlicher Planung und Verwaltung. Das ist die grundlegende Garantie dafür, daß es im Neuen China zu keiner Inflation kommen kann.

Schon kurz nach der Gründung der VR China hat die zentrale Volksregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, welche die finanziellen und ökonomischen Aktivitäten des ganzen Landes unter zentrale Kontrolle stellten und so ein ausgeglichenes Staatsbudget, ein Gleichgewicht in der Warenzu- und -verteilung sowie der Bargeldeinnahmen u. -ausgaben erzielten. Es wurde die einheitliche Währung - die Renminbi - emittiert, die Zirkulation ausländischer Währungen verboten, der Wechselkurs der Renminbi zu den Devisen und Verwaltungsvorschriften für diese festgelegt. Die Spekulation mit Wertpapieren wurde streng verboten. Im Finanzwesen wurde der Abhängigkeit vom Imperialismus ein Ende gesetzt und die vom alten China hinterlassene Inflation beseitigt und ein unabhängiges, selbständiges, einheitliches und stabiles sozialistisches Währungssystem gegründet.

Das Neue China organisiert planmäßig Produktion und Umlauf von Waren. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion und die Preise der Produkte werden im Rahmen des Staatsplans geregelt. Deshalb sind Preisschwankungen, hervorgerufen durch Warenüberangebot oder -mangel, unmöglich. Der Staat kontrolliert den Umlauf und die Verteilung der Waren. Dabei werden die Produkte der staatlichen Betriebe von ihm zu-

geteilt, die landwirtschaftlichen und neben-gewerblichen Produkte der ländlichen Volkskommunen, die deren Selbstbedarf übersteigen, von ihm aufgekauft und zu stabilen Preisen auf den Markt gebracht. Das bildet einen der markanten Unterschiede zwischen dem sozialistischen Wirtschaftssystem und dem kapitalistischen.

In den letzten mehr als 20 Jahren seit Gründung der VR ist der Gesamtgetreideertrag Chinas um das 1,4-fache und der Baumwollertrag um das 4,7-fache angestiegen. Damit ist der grundlegende Bedarf des Volkes an Nahrung und Kleidung gedeckt. Heute werden mehrere, ja bis über ein Dutzendmal mehr Fleisch, Fisch, Geflügel, Gemüse und Obst sowie andere Nahrungsmittel auf dem Markt angeboten als in der ersten Periode nach der Gründung der VR. Jedem in Umlauf gesetzten Yuan Renminbi liegen Waren im Wert von einigen Yuan zugrunde. Auf diese Weise entspricht die Geldumlaufmenge dem Warenangebot und sichert daher die langzeitige Stabilität des Wertes der Renminbi.

Im sozialistischen Aufbau trachtet China immer danach, ein ausgeglichenes Haushaltsbudget und eine ebensolche Zahlungsbilanz* zu erstellen. Die Finanzeinnahmen stammen hauptsächlich aus den Akkumulationsfonds der Staatsunternehmen und dienen im wesentlichen dem sozialistischen Aufbau. Für jedes Finanzjahr versucht der Staat ein ausgeglichenes Budget und einen geringen Einnahmenüberschuß zu erzielen. Im Falle ungewöhnlich schwerer Naturkatastrophen und in anderen Ausnahmeständen wird durch Produktionssteigerung, durch besondere Sparmaßnahmen und durch Einsatz materieller Reserven ein planmäßiger Ausgleich des Budgets aufrechterhalten. Keinesfalls aber wird deswegen auf Auslandsanleihen zurückgegriffen oder die Banknotenpresse zu Hilfe genommen. China ist schon längst ein Land geworden, das weder Auslands- noch Inlandsschulden hat. Da China nach Bedürfnissen und Möglichkeiten seiner Volkswirtschaft den Außenhandel entwickelt, ist seine Zahlungsbilanz auch ausgeglichen. Der ausgeglichene Haushalt ermöglicht eine kontrollierte Emission von Renminbi gemäß den Erfordernissen der Produktionsentwicklung und der Erweiterung des Warenverkehrs, was eine Inflation, hervorgerufen durch eine zügellose Emission von Banknoten, wie das in den kapitalistischen Staaten der Fall ist, unmöglich macht.

Die Renminbi ist die einzige zirkulierende Währung in China. Ihre Emission und Umlauf-

kontrolle obliegt der Staatsbank. Die von der Bank in Umlauf gesetzten Banknoten werden hauptsächlich durch planmäßiges Warenangebot wieder eingezogen. Wieviel Geld jährlich an Lohn ausbezahlt wird, wieviel landwirtschaftliche und nebegewerbliche Produkte aufgekauft werden, wieviel Renminbi in Zirkulation gesetzt, und wie groß das entsprechende Warenangebot sein wird, um die Geldscheine zurückzugewinnen, das alles wird vom Staat geplant und angeordnet.

Das internationale Ansehen der chinesischen Währung Renminbi wird immer höher. Gegenwärtig erfolgen im Außenhandel und anderen wirtschaftlichen Verkehr zwischen China und mehr als 80 Staaten und Gebieten der Welt die Preisfestsetzung und Abrechnung in Renminbi.

Zheng Rui, Peking

DIE SOZIALE BETREUUNG CHINESISCHER ARBEITER- UND ANGESTELLTEN-FAMILIEN

Dank der durch die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus ermöglichten Vollbeschäftigung der Stadt Peking sind die meisten Ehepaare berufstätig. Wenn sie zur Arbeit gegangen sind, von wem und wie werden dann Kranke, Alte und Kinder betreut? Um dieses Problem zu lösen, haben die verschiedenen Straßenkomitees des Pekinger Stadtbezirks Dongtscheng die Hausfrauen und in den Ruhestand getretene Arbeiter oder Angestellte, die früher nur ihre eigenen Familien betreuten, organisiert, um mit Hilfe verschiedener Wohlfahrtseinrichtungen das Leben der Arbeiter- und Angestelltenfamilien zu erleichtern.

Das Straßenkomitee ist ein von den Stadtwohnern gewähltes örtliches Selbstverwaltungsorgan. Jedem Komitee im Stadtbezirk Dongtscheng gehören etwa 500 bis 1000 Fami-

lien an. Je nach Gebiet hat jedes Komitee mehrere Wohnhöfe zu verwalten, in welchen jeweils etwa 10 bis einige dutzend Familien leben. In jeder dieser kleinen Einheiten werden Leute ausgewählt, die sich um die Alltagsprobleme, Gesundheitspflege und medizinische Betreuung, öffentliche Sicherheit oder außerschulische Aktivitäten der Kinder kümmern. Mit staatlicher Hilfe haben die Straßenkomitees viele Wohlfahrtseinrichtungen errichtet, deren Aufbau die Kräfte der einzelnen Wohnhöfe übersteigt.

Einheit und gegenseitige Hilfe

Eines Tages, ihr Sohn war schon zur Arbeit gegangen, schwollen einer alten Frau, die in Ganschuitjiao wohnt, plötzlich die Beine an. Als sie sich auf den Weg ins Spital machte, bemerkte dies der Betreuer des Wohnhofes, der gerade im Hof Gemüse wusch und das Essen vorbereitete. Er ließ sofort alles liegen und stehen und begleitete die Alte ins Krankenhaus. Bei seiner Rückkehr entdeckte er, daß das Gemüse schon fertiggewaschen und fein geschnitten war. Er fragte erstaunt: "Wer hat das getan?" Einer seiner Nachbarn antwortete lächelnd: "Du hast schon soviel getan, um anderen zu helfen, warum können andere nicht auch für dich etwas tun?"

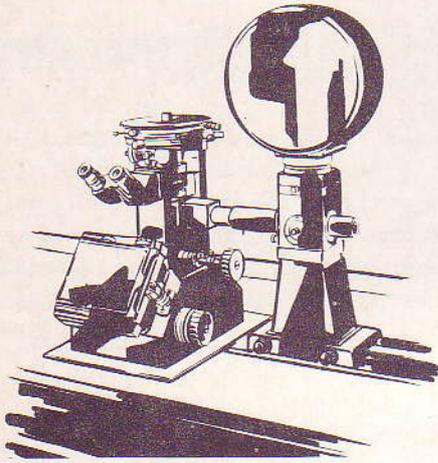
In einem anderen Wohnhof lebte ein Mann, der gerade in einer "7.Mai-Kaderschule" in einem ländlichen Gebiet studierte und arbeitete. Seine Frau war vorübergehend an einem anderen Ort zum Dienst beordert worden. Da ersuchte die Hofleitung Oma Tschao, die im selben Haus lebte, die Kinder des Ehepaars zu betreuen und in deren Wohnung zu wohnen. Oma Tschao sagte: "Wann immer einer Schwierigkeiten hat, kommen ihm andere zu Hilfe. So machen wir das heute, da wir alle in der Wärme des sozialistischen Kollektivs leben!"

Sanitätsstationen

In Westhsinhua reihen sich saubere vierstöckige Wohnhäuser aus rotem Ziegelstein aneinander. Vor dem Zimmer im Erdgeschoß eines Wohnhauses hängt ein Schild mit der Aufschrift: "Sanitätsstation". Eine etwa 50-jährige bebrillte Frau gab gerade einem Mädchen eine Penicillin-Injektion. Es litt an starker Erkältung. Sein Vater hatte die vorgeschriebenen Injektionsmittel mit nach Hause gebracht, nachdem er mit dem Kind ins Spital zur Untersuchung gegangen war. Jetzt bekam das Mädchen täglich in der nur wenige Schritte entfernten Sanitätsstation ihre Spritze.

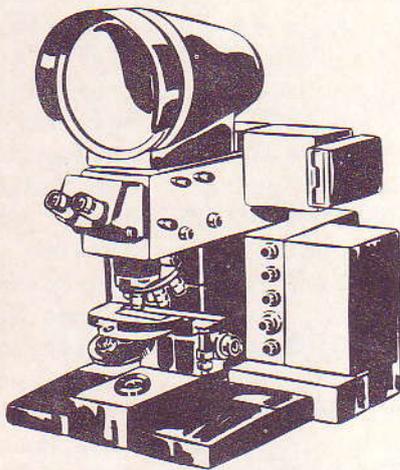
C. REICHERT

seit Jahrzehnten präsent
in Wissenschaft und Industrie
der Volksrepublik China.

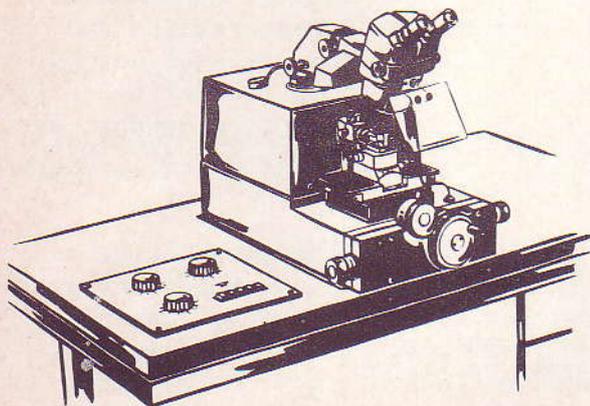


Me F2 das bekannte und in hunderten Exemplaren erfolgreich eingesetzte Metall-Mikroskop.

Vom einfachen Grundgerät für das metallografische Labor bis zum Spitzengerät im Forschungsinstitut reicht die Ausstattungspalette dieses Mikroskop-Systemes. Zusatzgeräte für Hochtemperatur-Untersuchungen (1800°C), Mikrospektro-Photometrie und quantitative Analyse sind dazu lieferbar.



UnivaR das neue große Forschungsmikroskop für Biologie und Medizin. Die optischen Elemente für alle 17 - zur Zeit bekannten - Untersuchungsmethoden können gleichzeitig im Stativ eingesetzt und daher mühelos abwechselnd in Funktion gebracht werden. 4 Lichtquellen und 3 Kameras ergänzen das Gerät und geben erstmals die Möglichkeit der vergleichenden Mikroskopie und Dokumentation.



Om U3 das international bewährte Ultramikrotom. Zur Herstellung von Ultradünnschnitten für das Elektronenmikroskop (ab 50 Å) und für Semi-Dünnschnitte zum Lichtmikroskop (2 µ) — bei Normaltemperatur oder bei Temperaturen bis -150°. Als Ergänzung dazu bieten wir 8 Geräte zur kompletten Ausstattung eines Labors für Elektronen-Mikroskopie.

Diese Sanitätsstation hat drei ständige Mitarbeiter, zwei sind Hausfrauen und der dritte ein in den Ruhestand getretener Arbeiter. Bevor sie ihre Arbeit begannen, erhielten sie in einem Krankenhaus einige Monate eine medizinische Grundausbildung. Dort haben sie sich allgemeine medizinische Kenntnisse erworben und gelernt, wie man Injektionen verabreicht, Akupunktur anwendet und Wunden pflegt. Nun behandeln sie nicht nur einfache Krankheiten und kleine Wunden, sondern propagieren auch, nach dem Prinzip "Vorbeugung ist die Hauptsache" in jeder Familie allgemeine hygienische Kenntnisse und verhindern die Ausbreitung ansteckender Krankheiten, indem sie die benötigten Medikamente bis zur Wohnungstür bringen. Sie helfen mit Rat und Tat bei der Familienplanung und bringen in dringenden Fällen den Kranken sofort ins Spital. Sanitätsstationen dieser Art gibt es allein im Stadtbezirk Dongtscheng 205, fast jede Straßengemeinschaft hat eine. Für ihre Eröffnung stellt ihnen die Regierung geringe Geldmittel und einige sanitäre Geräte zur Verfügung. Mit Hilfe der gewählten Gesundheitspfleger erfahren die Stationen rechtzeitig, welche Familien Kranke haben und wie schwer die Fälle sind. Die Mitarbeiter der Stationen besuchen diejenigen, die nach einer Operation zur Erholung zu Hause bleiben, Alte und Gehunfähige und solche, die eine häusliche Betreuung benötigen. Sie wechseln ihnen den Verband, geben ihnen Injektionen oder behandeln ihre Krankheiten mit Akupunktur. Die Kranken bezahlen sehr wenig. Eine Injektion kostet z.B. fünf Fen, eine Behandlung mit Akupunktur jeweils 10 Fen. Vorbeugende Medikamente und Empfängnisverhütungsmittel stellt die Regierung kostenlos zur Verfügung.

Außerschulische Aktivitäten der Kinder

Jeden Nachmittag, wenn die Mittel- und Grundschüler von der Schule nach Hause kommen, beginnen die außerschulischen Aktivitäten, die von verschiedenen Straßenkomitees organisiert werden. Die Kinder spielen Schach, malen Bilder oder lesen Bücher. Abends kommen Kinder, die zu Hause keinen Fernsehapparat haben, hierher, um sich Fernsehsendungen anzusehen.

Die eigentliche Aufgabe dieser Stationen besteht jedoch darin, die Kinder auch außerhalb der Schule zu erziehen. Ausgebildete Erzieher, die ständig auf diesen Stationen arbeiten, stehen in enger Verbindung mit den Lehrern der betreffenden Schulen. Der Freizeit-Erzieher eines jeden

Wohnhofes organisiert die verschiedenen Aktivitäten der Kinder. Nach dem Unterricht und an Feiertagen säubern sie z.B. die Straßen und Gassen und helfen den Familien der Armeeeingehörigen und anderen, die Probleme haben, bei der Hausarbeit. So können die Kinder von klein auf lernen, dem Volke zu dienen. Von Zeit zu Zeit hören sie Vorträge von pensionierten Arbeitern, die das Leben in der neuen Gesellschaft mit der bitteren Not in der alten vergleichen, oder Vorträge alter Kader über die revolutionäre Tradition des harten Kampfes und einfachen Lebens in den Kriegsjahren.

Manche Kinder der Straßengemeinschaft Ditanbaili schossen früher öfters mit Steinschleudern auf Fenster. Nun kleben sie an die Fenster mancher öffentlicher Gebäude Zettel mit der Aufschrift "Schützt das Gemeineigentum!" Wenn ein Kind nun ein Gemeineigentum beschädigen will, so halten die anderen Kinder es sofort zurück.

Wir sind nicht hinter dem Geld her

Hausfrauen haben unter Leitung des Straßenkomitees Geschäfte errichtet, damit die Arbeiter und Angestellten in der kurzen Zeit vor und nach der Arbeit in der Nähe Gebrauchsartikel des täglichen Lebens kaufen können. Wenn es notwendig ist, sorgt der Betreuer dafür, daß Lebensmittel und andere Gebrauchsartikel direkt in die Wohnungen derjenigen, die Schwierigkeiten haben, gebracht werden. Hausfrauen betreiben auch kleine Gaststätten, damit die Arbeiter und Angestellten vor der Arbeit in der Nähe frühstücken und die Grundschüler, die während der Arbeit ihrer Eltern zu Hause nicht betreut werden, zu Mittag warme Speisen bekommen können. Ihre Dienstleistungen umfassen auch das Stopfen, Nähen und Waschen der Kleider und die Reparatur von Haushaltsgeräten. In der Nähe der Wohnhöfe wurden auch Kinderkrippen und Kindergärten errichtet. Staatliche Handelsbetriebe und Dienstabteilungen liefern Konsumgüter, Einrichtungen und Rohmaterialien und geben den Hausfrauen auch technische Ratschläge. Den von den Einwohnern kollektiv betriebenen Wohlfahrtseinrichtungen gewährt der Staat außerdem besondere steuerliche Begünstigungen.

Die von den Straßenkomitees betriebenen Wohlfahrtseinrichtungen stehen unter einheitlicher Rechnungsführung. Neben den staatlichen Zuschüssen werden auch die Überschüsse mancher gewinnabwerfender Einrichtungen, wie Geschäfte und Gaststätten, dazu verwendet, solche Einrichtungen,

die keinen Gewinn haben oder unter dem Selbstkostenpreis arbeiten, wie die Stationen für außerschulische Aktivitäten oder Sanitätsstationen, finanziell zu unterstützen. Die Hausfrauen und in den Ruhestand getretene Arbeiter, die täglich 6 bis 7 Stunden in solchen Einrichtungen arbeiten, bekommen ein fixes Monatsgehalt.

Das Ziel der Errichtung solcher Wohlfahrts-einrichtungen liegt, genau wie es eine Hausfrau sagte, darin, "dem Volk zu dienen, nicht aber darin, Geld zu verdienen." In solchen Einrichtungen des Pekinger Stadtbezirkes Dongtscheng arbeiten zur Zeit etwa 5.000 Personen, die meisten von ihnen sind über 45 Jahre alte Hausfrauen.

Chronik der österreichisch-chinesische Beziehungen

22. Jänner 1976

Die chinesische Botschaft in Wien versendet am 21. Jänner mit der Karte des chinesischen Botschafters einen Auszug von einem im Jänner 1956 erstatteten Bericht von Ministerpräsident Tschou En-lai, worin dieser auf die österreichische Neutralität Bezug nimmt:

" Austria's decision to maintain permanent neutrality has paved the way for Austria's peaceful development. We respect Austria's neutral status and would like to see the establishment of relations of peaceful cooperation between China and Austria. "

--- Excerpt from Political Report
by Premier Chou En-lai at the
Second Session of the Second
National Committee of the
People's Political Consultative
Conference of China, January 30, 1956.

27. Jänner 1976

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua veröffentlicht ein weiteres Kondolenzschreiben aus Österreich zum Ableben des chinesischen Ministerpräsidenten:

peking, january 26, 1976 (hsinhua) -- franz strobl, first secretary of the central committee of the marxist-leninist party of austria, sent a letter on january 12 to the central committee of the communist party of china, expressing condolences on the death of comrade chou en-lai. the letter reads:

we are deeply grieved at the death of comrade chou en-lai, vice-chairman of the central committee of the communist party of china, premier of the state council of the people's republic of china, an outstanding communist leader and statesman and a close comrade-in-arms of chairman mao tsetung. we extend our profound sympathy and sincere for this great loss to comrade mao tsetung, the glorious chinese communist party and the entire chinese people.

in the past decades, comrade chou en-lai made very important contributions to the chinese revolution and socialist construction, to the building of the party in accordance with mao tsetung's theory and to the consolidation and strengthening of the position of the people's republic of china. he dedicated all his energies and abilities throughout his life to these causes. he whole-heartedly served the chinese party and people, the class and people for national and social liberation in the world all his life. he was boundlessly loyal to chairman mao tsetung's revolutionary line and wholly dedicated to the goals put forward by the party. he had superior skill in combining great revolutionary goals with sober realism. he uncompromisingly opposed modern revisionism. he was very modest and at the same time intelligent and capable. with all these numerous noble qualities and abilities, he became an outstanding revolutionary leader and a great socialist statesman, for whom even his adamant opponents cannot but have high respect.

the current international situation is favourable to the world people and unfavourable to their enemies -- imperialism, social-imperialism and all reactionaries. the extensive struggle against the two superpowers' contention for world hegemony and preparation for war and the struggle waged by the third world people against colonialism, neo-colonialism, imperialist exploitation and control are being expanded and strengthened steadily and are pushing the world revolution forward. the great socialist china is more united, stronger and more consolidated. comrade chou en-lai fought all his life for the development of this excellent situation and made indelible contributions. his name will remain immutable in the revolutionary cause forever.

31. Jänner 1976

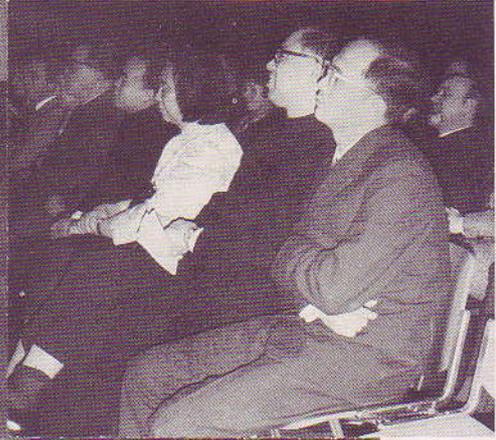
Hsinhua zu einer Kontroverse über einen Artikel in der "Neuen Freien Zeitung":

vienna, january 29, 1976 (hsinhua) -- the austrian paper "neue freie zeitung" carried a commentary on january 24 repudiating the soviet attack on it.

on january 3, the paper published an article by max opp, exposing the stepped-up soviet military build-up in europe while using the "detente" policy to benumb the west. the article also revealed the heavy concentration of soviet tanks in central europe. deeply annoyed by the paper's repeated exposure of its practice of sham detente and real arms expansion, the soviet union has resorted to vituperation. a. dumov, chief correspondent of the soviet novosti agency, sent the paper a rude letter as well as an article by w. lomejko, editor of the agency, which heaped abuse on the paper, the author of the january 3 article and nato secretary-general joseph luns. lomejko also mentioned the names of j. leber, west german defence minister, and p. hill-norton, chairman of the nato military committee. dumov truculently demanded that "neue freie zeitung" publish lomejko's article in full and make a reply not later than 12:00 hours on january 12.

the "neue freie zeitung" published on january 24 a commentary by max opp sharply refuting lomejko's attack, and also the full text of lomejko's article.

Frühlingsfest



Internationale Reiseausstellung

referring to a. dumov's ultimatum-like letter, opp wrote in the commentary that one would feel as if the russians were the rulers of vienna.

he pointed out that Lomejko had avoided the facts exposed by the "neue freie zeitung". but, he said, facts after all are facts. the soviet tanks in czechoslovakia and east germany were "fully prepared for war."

he wrote, "the thousands of russian tanks in our neighbouring countries are not conducive to detente in the whole of europe. they will continue to be regarded as an obstacle to the policy of detente and a dangerous source menacing european peace."

14. Februar 1976

In Wien trifft eine chinesische Tischtennis-Auswahlmannschaft unter der Leitung von Tung Nian-li zu einem einwöchigen Aufenthalt und Vergleichen mit österreichischen Mannschaften, die in Wien, Judenburg, Kuchl und Salzburg ausgetragen werden.

Hsinhua berichtet am gleichen Tage über die Abreise der Mannschaft aus Peking:

peking, february 13, 1976 (hsinhua) -- a chinese table tennis team with tung nien-li as leader and chu hsiang-yun as deputy leader left here by air today on a friendly visit to austria and the federal republic of germany.
end item

16. Februar 1976

Das österreichische Fernsehen sowie verschiedene österreichische Zeitungen berichten mehrfach über die Begegnungen der chinesischen und österreichischen Sportler sowie über das Schauturnier, das von Wien International im Zusammenwirken mit der chinesischen Botschaft gestaltet wird. Es geht dabei wie auch bei den Bewerben, wie die Gäste betonen, nicht um Punkte und Gewinne, sondern um die Freundschaft. Das Publikum ist vom Können der chinesischen Sportler begeistert und spendet viel Applaus.

18. Februar 1976

Die Österreichische Gesellschaft für China-Forschung lädt zu einem bunten Programm und Buffet anlässlich des chinesischen Frühlingsfestes (Mondneujahr) ein. Auf dem Programm stehen chinesischen Instrumentalmusik und Lieder, die u.a. von einem kleinen österreichisch-chinesischen Kinderchor geboten werden, Humor aus China, ein Publikumswettbewerb in chinesischer Kalligraphie und ein Geschicklichkeitswettbewerb österreichischer Politiker. Das Fest wird durch Bundesminister a.D. Dr.Alois Mock, Kuratoriumsvizepräsident der ÖGCF, eröffnet. Unter den ca. 300 Gästen weilen auch der chinesische Botschafter in Wien und andere Angehörige der Botschaft. (s.auch Fotos).

20. Februar 1976

Im Wiener Rathaus wird von Handelsminister Staribacher eine Internationale Reiseausstellung eröffnet, an der sich auch die ÖGCF mit einem Stand beteiligt (s.Fotos am China-Stand mit Minister Staribacher und Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner).

21. Februar 1976

Der chinesische Botschafter gibt zu Ehren der Tischtennismannschaft einen Empfang.

24. Februar 1976

Hsinhua-Bericht über die Abreise der chinesischen Tischtennis-Auswahl:

vienna, february 22, 1976 (hsinhua) -- the chinese table tennis team with tung nien-li as leader and chu hsiang-yun as deputy leader has paid a week-long friendly visit to austria and left here for west germany today.

the chinese team which arrived here on february 14 had four friendly matches with australian players in vienna, judenburg, kucht and salzburg. the chinese players also gave an exhibition match. the good sportsmanship and skill displayed by the players of the two countries won enthusiastic applause.

during the visit, the chinese players were accorded a warm and hospitable reception wherever they went. australian minister of the interior otto roesch and responsible officials of salzburg state and city as well as judenburg city received them separately and saw the matches.

6. März 1976

Hsinhua zitiert österreichische Pressestimmen:

vienna, march 4, 1976 (hsinhua) -- the soviet trick of sham detente and real arms expansion aiming to seek a position of power is exposed by a number of west european journals recently.

a commentary of the australian paper "neue freie zeitung" says that in the past few years, 249 newly-built huge warships were handed over to the soviet fleet on active service. this figure itself is enough to elucidate the point. "the indian ocean and the atlantic are the major areas of their manoeuvres, and more recently they have also cruised along the east and west african coasts." the commentary says, "the soviet union still treats europe as its main target of attack," adding, "the soviet union is stepping up the research and manufacture of medium-range missiles with multiple warheads and the equipment for conventional ground forces. for years, the warsaw pact organization has been in a superior position in the field of conventional ground forces." despite the intensified soviet arms expansion, the commentary holds, "some west european countries even try to get rid of their defence burdens in a careless manner. this attitude is extreme dangerous."

another australian paper "die presse" in a commentary today points out that moscow has unscrupulously pursued its objective of power. this fact is quite obvious. the salt, an agreement reached between the soviet union and the united states in 1972, "has been proved by practice that it can by no means check the arms race. on the contrary, it has given the soviet armament industry enough room to strengthen the (soviet) position of power."

"Luxemburger wort" in an article on march 3 writes against western loans to the soviet union saying that people should not be so generous to the soviet union. it says, "the economy of the soviet union remains in a bad shape in spite of billions of credits" as a result that it has spent a large amount of money on armament industry."

the swiss paper "neue zuericher zeitung" notes in a recent commentary that brezhnev has asserted that the soviet union will continue to pursue the policy of "detente", but this does not mean its abandonment of expansion of its power. "it is still steadfastly persisting in its ultimate objective of world domination," the paper says.

14. März 1976

Spezialberichte von Hsinhua über Österreich:

feature story: austrian people keep high vigilance against soviet war threat

vienna, march 12, 1976 (hsinhua) -- a mist of "detente" coming from the east has in recent years covered this central european country of austria where the beautiful blue danube and snow-capped alps afford a picturesque scenery and pleasant climate. nevertheless, seeing through this mist, austria finds itself in the face of the reality of fierce soviet-u.s. superpower contention in europe, particularly the intensified soviet arms expansion in preparation for war. people cannot help asking whether austria, owing to its neutrality, can be a haven free from the war threat. the answer of the austrian people is definitely in the negative.

soviet threat decreases not a bit

Last mid-november, the austrian national council held a foreign policy debate and the main topic was: whether the soviet-vaunted european security conference has brought genuine "security" to europe. the result of the debate shows that many austrian people do not believe in the soviet preaching of "detente". deputy fiedler said that there exist in the world today "many hotbeds of international crises and political disasters", and "austria secures no assurance that it will not be affected by the development of this state of affairs." deputy hanreich pointed out, "since the conference on security and cooperation (in europe), the risk to our country's security has not diminished in any way."

these statements have been borne out by facts. a handbook on the warsaw pact bloc published by the austrian paper "troop news service" notes in its preface that in spite of the "detente" and "disarmament" rhetoric, "the soviet union has over the past few years greatly reinforced its military strength" which "has further exacerbated the situation in central europe." at a lecture sponsored by a student organization of the vienna university late last year, the speaker exposed the unbridled soviet naval expansion. he pointed out that the soviet union now has 221 warships of bigger size, 245 attacking missile-submarines, 175 diesel-engine-submarines and 70 nuclear submarines. citing facts to bring to light soviet military threat against central europe, the austrian paper "neue freie zeitung" notes that since early 1975, the soviet bloc has considerably expanded in central europe its network of highways which can be considered strategic. the paper adds that the soviet general staff, through its "action four" programme, has increased by 33 per cent its tank forces in austria's neighbouring countries. commenting on the soviet offensive posture in europe, "the austrian military journal" says, "many facts show that the soviet union is advancing in the direction of political oppression and of waiting an opportunity to launch a war at last."

neutrality must be safeguarded by force

austria has gradually come to realize the importance of strengthening its own defence in the face of the serious soviet military threat against europe. last year, the national council unanimously adopted a bill calling for the inclusion in the constitution universal compulsory military service and the decision of strengthening national defence in many ways. in a government statement last november 5, federal councillor bruno kreisky said, "everlasting neutrality requires that we should employ all existing means to defend our country's sovereignty and territory from aggression." "the goal of our defence efforts must be to possess the capabilities to mobilize the federal armed forces in carrying out a protracted resistance."

to train the federal armed forces in effectively combatting a would-be enemy, a small-scale guerilla warfare exercise ("Kampf 75") was staged last year. during the exercise, the mock enemy forces intruded into the country from the east, but the federal armed forces cut off their supply line in the rear, thus putting them in a vulnerable position. in an

interview with this correspondent, general e. spannocchi, commander-in-chief of the federal armed forces said, if austria is attacked, "we will throw the aggressors into a panic; they can never get this country which is and will be hostile to aggressors for ever."

to put an end to a war of aggression by a just war against aggression and to step up preparedness against an aggressive war -- this is the firm conviction of the austrian people. in a lecture sponsored by a student organization of the vienna university late last year, the speaker put it well, " world war two broke out despite the holding of many security and disarmament conferences and the signing of treaties of mutual non-aggression in the period between the two world wars. this is a noteworthy experience if we have our security in mind." "a war can be prevented only by adequately and effectively preparing against the war," he declared.

never forget historical lessons

one day we visited the site of the mauthausen concentration camp near the city of linz to the west of vienna. it was one of the largest concentration camps built after the hitler fascists annexed the republic of austria in 1938. there we witnessed the "gas chamber", the "death staircase" and various kinds of instruments of torture used by the fascist hangmen. all these are eloquent evidence of the fascist atrocities. within a short period of six years, 130,000 anti-fascist fighters and innocent people were done to death here by the fascists. how can the austrians forget those days when their land was trampled upon by the iron heels of the hitler bandits? how can this grim passage of history be allowed to be repeated? federal armed forces commander-in-chief general emil spannocchi said firmly: "this is our land. we made a mistake in 1938 when we had no defence of our own, and the germans came in. in case some people attempt to make new aggression on us, we won't let the same error recur."

neutrality must be safeguarded by force

austria has gradually come to realize the importance of strengthening its own defence in the face of the serious soviet military threat against europe. last year, the national council unanimously adopted a bill calling for the inclusion in the constitution universal compulsory military service and the decision of strengthening national defence in many ways. in a government statement last november 5, federal councillor bruno kreisky said, "everlasting neutrality requires that we should employ all existing means to defend our country's sovereignty and territory from aggression." "the goal of our defence efforts must be to possess the capabilities to mobilize the federal armed forces in carrying out a protracted resistance."

to train the federal armed forces in effectively combatting a would-be enemy, a small-scale guerilla warfare exercise ("hunt 75") was staged last year. during the exercise, the mock enemy forces intruded into the country from the east, but the federal armed forces cut off their supply line in the rear, thus putting them in a vulnerable position. in an

interview with this correspondent, general e. spannocchi, commander-in-chief of the federal armed forces said, if austria is attacked, "we will throw the aggressors into a panic; they can never get this country which is and will be hostile to aggressors for ever."

to put an end to a war of aggression by a just war against aggression and to step up preparedness against an aggressive war -- this is the firm conviction of the austrian people. in a lecture sponsored by a student organization of the vienna university late last year, the speaker put it well, " world war two broke out despite the holding of many security and disarmament conferences and the signing of treaties of mutual non-aggression in the period between the two world wars. this is a noteworthy experience if we have our security in mind." "a war can be prevented only by adequately and effectively preparing against the war," he declared.

never forget historical lessons

one day we visited the site of the mauthausen concentration camp near the city of linz to the west of vienna. it was one of the largest concentration camps built after the hitler fascists annexed the republic of austria in 1938. there we witnessed the "gas chamber", the "death staircase" and various kinds of instruments of torture used by the fascist hangmen. all these are eloquent evidence of the fascist atrocities. within a short period of six years, 130,000 anti-fascist fighters and innocent people were done to death here by the fascists. how can the austrians forget those days when their land was trampled upon by the iron heels of the hitler bandits? how can this grim passage of history be allowed to be repeated? federal armed forces commander-in-chief general emil spannocchi said firmly: "this is our land. we made a mistake in 1938 when we had no defence of our own, and the germans came in. in case some people attempt to make new aggression on us, we won't let the same error recur."

the austrians have come to realize that although hitler is no more, his spectre is still haunting the world. following in his footsteps, some people are frenziedly engaging in arms expansion and war preparations in an attempt to dominate the world. in face of this reality, a vienna veteran carpenter said incisively: "as far as i can see, the soviet union today is every inch the germany in 1936, trying to dominate the entire europe and the whole world."

although some people attempt to turn back the wheels of history, the anti-imperialist and anti-hegemonist torrents are surging forward and the people will not allow history to go backward. the european peoples are awakening, and the people living by the danube are on the alert at any moment. end item

INTERNATIONALES WOCHENENDSEMINAR: »CHINA UND DIE VEREINTEN NATIONEN«

TAGUNGSORT: „ALTE SCHMIEDE“, Schönlaterngasse 9, 1010 Wien, Telefon: 52 34 95

Zeit: Samstag, der 22. und Sonntag, der 23. Mai 1976

Tagungssekretariat: Österreichisches China-Forschungsinstitut, Tuchlauben 8, 1010 Wien, Tel.: 63 04 76.

Programm:

Samstag, der 22. Mai:

- 10 Uhr Eröffnung durch den Vorsitzenden der Tagung, Abgeordneter zum Nationalrat, Univ.Prof.Dr.Felix Ermacora
- 10.30 Uhr Uwe G. Fabritzek, München:
„Der Wandel in Chinas Haltung zu den Vereinten Nationen“
Diskussion – ergänzende Beiträge anderer Teilnehmer
- 12.45 Uhr Mittagessen im Hause (auf Wunsch – siehe unten)
- 14 Uhr Oskar Weggel, Hamburg
„Vom Funken zum Präriefeuer – Chinas Wirken in den Ausschüssen der Vereinten Nationen“
- 15 Uhr Diskussion – ergänzende Beiträge anderer Teilnehmer
- 19 Uhr Empfang für Referenten und Tagungsteilnehmer durch das Österreichische China-Forschungsinstitut.
(Ehrenpräsident: Dr. Alfred Maleta, Präsident des Österreichischen Nationalrates a.D., Vorstandsvorsitzender:
DDr. Bruno Pittermann, Vizekanzler a.D.)
im Palais Schwarzenberg, Schwarzenbergplatz 9, 1030 Wien

Sonntag, der 23. Mai:

- 9.30 Uhr Udo Weiß, Heidelberg:
„Die Vereinten Nationen und Chinas Rolle in der Weltwirtschaft“
- 10.30 Uhr Diskussion – ergänzende Beiträge anderer Teilnehmer
- 11.30 Uhr Mineo Nakajima, Tokio
„Chinas UNO-Politik in den Augen seiner asiatischen Nachbarn“ (in englischer Sprache)
- 12.30 Uhr Diskussion – ergänzende Beiträge anderer Teilnehmer
- 13.30 Uhr Mittagessen im China-Restaurant „Kota Raja“, 1010 Wien, Wollzeile 15 (auf Wunsch – siehe unten)
- 15 Uhr Gerd Kaminski, Wien
„Die UNO und Chinas Haltung zum Völkerrecht“
- 16 Uhr Diskussion – ergänzende Beiträge anderer Teilnehmer – Gesamtdiskussion.

Gemeinsam

lassen sich die Dinge leichter in den Griff bekommen. Mit Recht suchen Sie den Partner. Die neue Idee gegenüber der üblichen Bankroutine. Der individuell ausgearbeitete Anlage- oder Finanzierungsplan anstelle konfektionierter „Patentlösungen“ wird so zu Ihrem

Erfolg

Dabei ist es gleich, ob Sie für Ihre Firma oder als Privater zu uns kommen. Wir sind da, um mit Ihnen gemeinsam optimale Lösungen zu finden.

SCHOELLERBANK- PARTNERBANK

Schoeller & Co.
gegründet 1833

A-1010 WIEN
RENNGASSE 1-3
TEL. (0 22 2) 63 56 71
A-1210 WIEN
BRÜNNER STR. 43
TEL. (0 22 2) 38 75 41
A-2351 WR. NEUDORF
IZ NÖ-SÜD
TEL. (0 22 36) 83 6 45

TELEGRAMME:
SCHOELLERBANK

TELEX:
ALLGEMEIN & INLAND 07-4219
AUSLAND &
DENISENARBITRAGE 07-6561
SWITCH & TRANSIT 07-4207
BOERSENABTLG. 07-5314

Die „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

Im Rahmen ihrer Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, betreibt sie das Österreichische China-Forschungsinstitut und ermöglicht das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser.

Die „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“ ist als Verein konstituiert. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benutzen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichische Gesellschaft für China-Forschung.
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Gerd Kaminski, Vervielfältigung: UWI-Dienst Ges.m.b.H.
Alle: 1010 Wien, Tuchlauben 8/1.Stock.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre meinen Beitritt zur „Österreichischen Gesellschaft für China-Forschung“ als ordentliches (Jahresbeitrag ö. S. 500,—), förderndes (Jahresbeitrag ö. S. 5000,— oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), korrespondierendes (ausländische physische — ö. S. 500,— — oder juristische Personen — ö. S. 5000,— — ausländische wissenschaftliche Institutionen — ö. S. 1000,—), außerordentliches Mitglied (inländische physische Personen — ö. S. 200,—).

Meinen Beitrag von ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“, Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzergasse 2-4, 1010 Wien, oder auf das Konto 612.206, Bankhaus Schoeller & Co, 1010 Wien, Renngasse 3, einzahlen.

Datum
Name
Adresse
Unterschrift

Bitte ausschneiden und zusenden an:

Österreichische Gesellschaft für China-Forschung, 1010 Wien, Tuchlauben 8, Telefon 63 04 76

Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200,— (6 Nummern).

Datum
Name
Adresse
Unterschrift

AIR FRANCE

OFFERIERT

ALS ERSTE EUROPÄISCHE
FLUGGESELLSCHAFT

DIE RASCHESTE VERBINDUNG
NACH PEKING.

WIEN – PEKING

wöchentlich

JEDEN DIENSTAG ÜBER ATHEN

| | | |
|----------|-----------|--------|
| AB WIEN | 11.35 Uhr | OS 871 |
| AN ATHEN | 15.45 Uhr | |

| | | |
|-----------|-----------|--------|
| AB ATHEN | 18.15 Uhr | AF 178 |
| AN PEKING | 13.05 Uhr | |

RÜCKFLUG JEDEN DONNERSTAG

| | | |
|-----------|-----------|--------|
| AB PEKING | 18.20 Uhr | AF 179 |
| AN PARIS | 07.10 Uhr | |

| | | |
|----------|-----------|--------|
| AB PARIS | 08.15 Uhr | AF 782 |
| AN WIEN | 09.15 Uhr | |
